Antifa-Nachrichten-Doku

#3 - Februar '95
A 13803 - 3,50 DM

Was geht ab?

ES GIBT KEIN RUHIGES HINTERLAND

KEIN PLATZ FÜR Faschisten

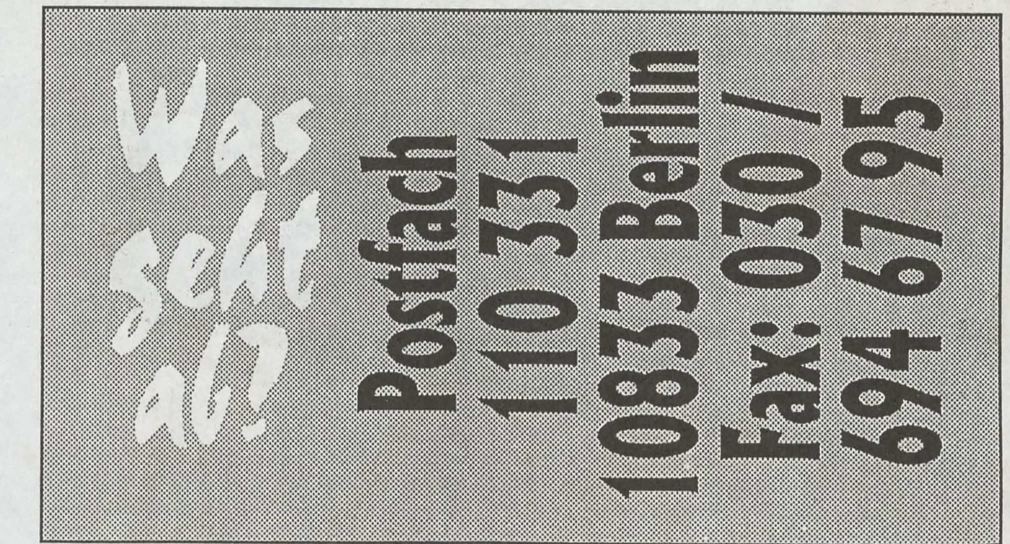
IN DER OBERPFALZ UND ANDERSWO



GRÜSS GOTT!

Mit dieser Ausgabe der "Was geht ab?" machen wir noch einen Schritt nach vorn: Seit Ende Januar kann die Zeitung als Postvertriebsstück verschickt werden, was für uns eine nicht zu verachtende Geldersparnis bedeutet, wir zahlen damit weniger als die Hälfte des bisherigen Preises. Dafür haben wir eine schöne Postvertriebsnummer bekommen, die auf der Titelseite und dem Adressenaufkleber steht. Der Nachteil bei der Sache ist, daß wir die Zeitung jetzt nicht mehr im Umschlag versenden, sondern so wie sie ist, es kommt nur noch der Aufkleber drauf.
Unserem "Ziel", die "Was geht ab?" mit durchschnittlich 24 Seiten herauszubringen, sind wir nicht nähergekommen, im Gegenteil: Nach zweimal 28 Seiten sind wir nun auf 32. Das freut dich und uns - naja - eigentlich auch. Trotzdem mußten wir wieder einiges rausnehmen, so auch das letzte Drittel der Antifa-Adressen. Die kommen dann in die nächste Nummer! Die Anschriften rechtsextremer Organisationen und Zeitungen, die für die März-Ausgabe vorgesehen waren, wandern damit auch eine Nummer nach hinten und erscheinen dann erst in der #5 im April.
In dieser Nummer haben wir bereits viel mehr Artikel, die uns von anderen Gruppen zugesandt wurden, aber das soll noch mehr werden. Denn die "Was geht ab?" soll ein Spiegelbild dessen werden, was hier los ist. Und da wir nicht überall sein können, brauchen wir Artikel, Berichte und auch Fotos aus allen Teilen der Republik! Und das alles natürlich nicht irgendwann, sondern möglichst schnell, spätestens am 20. des Monats muß es hier sein, wenn es noch in die folgende Ausgabe rein soll. Das gilt auch für Termine, Ankündigungen von Veranstaltungen, Demonstrationen, Konzerten.
Nach den beiden ersten Nummern haben wir ja einiges an Briefen bekommen, die meisten waren positiv, es gab Anregungen. Was die meisten anscheinend am meisten stört, ist der Name der Zeitung. Aber es gibt eben Dinge auf der Welt, die außerhalb der menschlichen Aufnahmemöglichkeiten stehen; die die kann der Mensch nicht verstehen und nicht ändern. Begreifen wir doch den Namen dieser Zeitung als eine solche Erscheinung und lernen wir, mit dem Unvermeidlichen zu leben.

In diesem Sinne...



SO FUNKTIONIERT DIE WAS GEHT AB?:

Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche "Bundesweit", die einzelnen Bundesländer in alphabetischer Reihenfolge, "International", "Neuerscheinungen", "Antifa-Adressen" und "Index dieser Ausgabe". Am Anfang des Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf.
Der Index ist sortiert nach "Stichworten", Organisationen / Medien", "Personen" und "Orte". Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Inhalt:



An die AbonnentInnen des "Antifa Jugendinfos":

Das AJI wird ab sofort in der bisherigen Form nicht mehr herauskommen. Dies hat vor allem finanzielle Gründe. Derzeit wird an einem anderen Konzept gearbeitet, das aber nichts mehr mit der alten Zeitung zu tun haben wird. Für die AbonnentInnen heißt das aber nicht, daß sie keine Zeitung mehr bekommen, sondern sie erhalten - entsprechend ihrem AJI-Abo - noch genauso viel Ausgaben der ***Was geht ab?***, wie sie vom Antifa Jugendinfo bekommen hätten.

Für die Edelweiß-Piraten:

Auch dieses Jahr wird es wieder ein Großes Palaver zu Pfingsten gegen. Das EPI-Camp wird dieses Mal in Nordrhein-Westfalen stattfinden.
Als Thema sind bisher vorgesehen:
- Die bundesweite Organisierung/ Dezentralisierung
- Aktion Noteingang

Alle Mitglieder und Stämme, die daran teilnehmen wollen, sollten sich bei uns melden (möglichst früh) und sich Gedanken zu weiteren Themen machen. Es wird diesmal keine zentrale Vorbereitung geben!

Die *Was geht ab?* abonnieren!!!

Hiermit abonniere ich die *Was geht ab?:*
Entweder als Anfangs-Abo (#1-7) oder als ganz normales:

O Anfangs-Abo *(20 DM)*

O Abo (10 Ausgaben) ab Nr.________ *(35 DM)*

Name und Adresse:

Am 20. ist Schluß!

...und zwar Redaktionsschluß. Alles, was in die nächste Ausgabe rein sol, muß spätestens am 20. des Monats hier sein!

Folgende Quellen haben wir für diese Ausgabe benutzt:

AJF Höhr
AN = Antifaschistische Nachrichten
Antifa Chemnitz
Antifa Groß-Gerau
Antifa Herford-Minden
Antifa M
AStA TU Berlin
Bad.Z. = Badische Zeitung
BeZe = Berliner Zeitung
BZ = Berliner Springer-Zeitung
DSZ-Verlag
DWZ = Deutsche Wochenzeitung
Fight the Power
FR = Frankfurter Rundschau
HdK = Hinter den Kulissen
Interim
JF = Junge Freiheit
JW = Jnge Welt
MAZ = Märkische Allgemeine Zeitung
ND = Neues Deutschland
NE = Nation + Europa
RA = Ruppiner Allgemeine
Spiegel
Taz = Die Tageszeitung
Telegraph
Tsp = Tagesspiegel
WGA = Eigener Bericht

Impressum:

#3 vom Februar 1995
2. Jahrgang
Herausgeber:
A-Point e.V.
Redaktion:
Edelweiss-Piraten Berlin
ViSdP:
Kai Mara
Sammelanschrift:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin

Bundesweit

Neue Verbote gegen Nazis?

Tsp 18.12.94 - Nach Angaben des Nachichtenmagazins „Der Spiegel“ will das Innenministerium mit neuen Verboten schärfer gegen Nazi-Gruppen vorgehen. Dabei soll es sich um die ***Deutschen Nationalisten (DN)***, die ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)***, die ***Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF*** und die ***NPD***-Jugendorganisation ***Junge Nationaldemokraten (JN)*** handeln.

Umstrukturierung in der Nazi-Szene

Taz 30.12.94 - Der Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** empört sich über das Verbot verschiedener Nazi-Organisationen: *„Da bleibt nur noch Auswandern - oder das Maschinengewehr“*, so drohte er. Er sprach vom der *„Mediendiktatur“*, die eine *„Pogromstimmung“* erzeugt hätten. Rieger ist selbst von diesen Verboten betroffen: Er erarbeitete ein „9-Punkte-Programm zur Ausländerrückführung“ für die Ende 1992 verbotene ***Nationalistische Front (NF).*** Während in der rechtsextremen Szene noch über die aussichtsreichste Strategie gegen die staatlichen Verbote gestritten wird, hat sich der Nazi-Anwalt bereits entschieden. 30 Jahre lang habe er gekämpft, damit sei Ende 1995 Schluß: *„Ich setze mich doch nicht im Ausland hin und versuche, das deutsche Vok zu retten“.* Das Verbot von acht rechtsextremen Organisationen und der Flop bei der großmäulig angekündigten *„Aktionswoche“* im August '94 haben Teile der Szene verunsichert. Ebenso der gescheiterte Umzug von NF-Chef **Meinolf Schönborn** nach Dänemark sowie zuletzt die Verurteilungen von **Christian Worch** oder **Ewald Althans** zu Haftstrafen ohne Bewährung. Daß alle von einem Verbot betroffenen Gruppierungen vorab gewarnt worden waren und die ***Nationalen Infotelefone*** von Schleswig-Holstein bis Franken schon wieder die nächsten Verbotskandidaten warnen können, beeinflußt die Strategiedebatten und die daraus gezogenen Konsequenzen wenig. Die Neonazi-Aktivisten ziehen sich nicht ins Privatleben zurück, sondern in kleinste konspirative Gruppen, bemerkte sogar schon der Verfassungsschutz. Die Mitglieder der verschiedenen Gruppen schließen sich vor Ort zu Aktionsbündnissen zusammen. Und nicht nur das. Faschistische Skinhead-Bands wie ***Sturmbann, Brutale Haie*** oder ***Radikahl*** ziehen wieder durchs Land, neue NS-Gruppen entstehen, neue Blätter wie ***Kampfzeit*** oder ***Sonnenbanner*** kursieren. In einflußreichen Zeitungen wie ***Nation + Europa*** wird diskutiert, „alten ideologischen Ballast“ wie die „Fixierung auf historische Themen wie die Auschwitzlüge und die Kriegsschuld“ über Bord zu werfen. **Norbert Weidner**, Bonner Aktivist der ***FAP***, gegen die ein Verbotsantrag läuft, will die „Versammlungsfreiheit im Ausland nutzen“. Für das Inland wird innerhalb der Szene über Modelle einer „Kaderstruktur“, über „autonome Stützpunkte“ und eine „gesamtdeutsche Koordination ohne Organisation“ gestritten. Schon Anfang des Jahres 1994 lösten sich die NF-Nachfolge-Organisationen ***Förderwerk Mitteldeutsche Jugend*** und ***Direkte Aktion Mitteldeutschland*** auf dem Höhepunkt ihrer Mitgliederentwicklung auf. Man habe die lokalen „Stützpunkte in die vollständige Autonomie entlassen“, erklärten sie. Diese „Kampfform“ sei „für das System unangreifbar“. Gruppierungen wie die NPD-Jugendorganisation ***Junge Nationaldemokraten (JN)***, die schon seit Jahren Kaderstrukturen praktizieren, werden für Mitglieder verbotener Organisationen attraktiv. Die mindestens 200 Mitglieder der JN rufen zum „Aufbau einer schlagfertigen Bewegung“ auf. Ihre Kader haben die ***Mailbox Widerstand*** gegründet, das Zeitschriftenprojekt ***Saufeder*** initiiert und sind mit spektakulären Aktionen bei den Bayreuther Festspielen oder bei Vertriebenentreffen in die Schlagzeilen geraten. Nun bekommen sie Verstärkung von den Aktivisten der Anfang November '94 verbotenen ***Wiking-Jugend.*** Die Bundesgeschäftsstelle der JN befindet sich mittlerweile im Haus des langjährigen WJ-Chefs **Wolfgang Nahrath** in Stolberg bei Aachen. Im Gegensatz zu anderen Gruppierungen, die ausschließlich auf Kader setzen, will **Steffen Hupka**, einst NF-Führungskader, die Wahlparteien nicht rechts liegenlassen. Der 31jährige, jetzt wohnhaft in Quedlinburg, gibt seit April 1994 ein „Heft für Ideologie und Strategie“ namens ***Umbruch*** heraus. Die Verbindung von Kader und Wahlpartei nennt er „geradezu optimal“. Es gelte jetzt, die rechten Parteien für eigene Ziele nutzbar zu machen. Mangels ausreichender Kader könnten entsprechende Unterwanderungsversuche momentan „nur lokale Erfolge erzielen“. Beispiele dafür gibt es genug. Für die beiden Kundgebungen von ***NPD*** und ***DVU*** im Herbst '94 in Passau stellte die NF-Kameradschaft Freising den Ordnungsdienst. **Sascha Roßmüller** aus Straubing, einst Kämpfer des verbotenen ***Nationalen Blocks***, kandidierte für die NPD zur bayrischen Landtagswahl. NS-Kader wie Ewald Althans, **Fred Eichner** und **Manfred Geith** standen auf der NPD-Liste zu den Münchner Stadtratswahlen und eine Vielzahl von Neonazi-Aktivisten tummelt sich bei der ***Deutschen Liga (DL).*** Eine solch sporadische Zusammenarbeit hat sich in Franken intensiviert. Seit 1990 arbeiten dort Mitglieder verbotener Organisationen wie der ***Nationalen Offensive***, des „Nationalen Blocks“ und der „Wiking-Jugend“ mit Aktivisten der FAP, der DL und der JN im ***Deutschen Freundeskreis*** zusammen. Man hält das regionale Modell für so weit gediehen, daß man inzwischen zur Gründung einer ***Deutsche Volksfront*** aufruft, einer „gesamtdeutschen Koordinierungsarbeit ohne eine zentrale Führung“. Der bayrische FAP-Chef **Falco Schüßler** ist zufrieden: „Durch Verbote wird die Szene nicht kleiner. Sie strukturiert sich nur um und wird dadurch für die Sicherheitsorgane weniger faßbar, die vor dem Verbot noch genau wußten, wer in welcher Organisation welche Funktion ausfüllte“. FAP-Bundeschef **Friedhelm Busse** aus München schert das wenig. Einem möglichen Verbot gewinnt er positive Aspekte ab: „Da trage ich keine Verantwortung mehr dafür, was dann geschieht. Das wird dann einen heißen Sommer geben.“

Antifaschistische Mailbox

EPls Beckum-Oelde - In Zusammenarbeit mit den ***Edelweiß-Piraten Beckum-Oelde*** ging am 25. Januar '95 eine Mailbox ans Netz, die eine Antifa-Rubrik enthält. Wenn eine antifaschistische Gruppe Interesse hat, kann sie ihre Flugblätter, Zeitungen, Vorankündigungen, wichtige Aktionen, Demos, Rundbriefe usw. in der Mailbox zu veröffentlichen. Was veröffentlicht werden soll, muß auf Disketten im ASCII-Format an die EPls in Beckum geschickt werden. Die BetreiberInnen hoffen, daß viele Einzelpersonen und vor allem Gruppen diese Möglichkeit, auch in ihrem eigenen Interesse, nutzen. Hier die Kontakt-Adresse:

Edelweiß-Piraten Beckum-Oelde
Postfach 2337, 59256 Beckum.
Kennwort: Mailbox, „Lost in Space“ 05523/6086

Auswertung der Postzeitungsliste der „Jungen Freiheit“

Telegraph 12/94 - Die ***Junge Freiheit*** entstand im Jahre 1986 als achtseitiges, fotokopiertes Din-A5-Pamphlet auf Schülerzeitungsniveau. Schon damals verstand sich das Blatt als *„Sprachrohr der rechten APO“*, reihte sich also von Beginn an ein in die Hauptstrategie der Neuen Rechten: Die Wiedererlangung der „kulturellen Hegemonie“ in der Bundesrepublik nach 1968. Bald danach erschien sie monatlich in heutiger Aufmachung. Seit dem 20. Juli 1993 residiert die Redaktion der JF in Potsdam. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie nach eigenen Angaben eine Auflage von 35.000 Exemplaren und nahm in Anspruch, damit die auflagenstärkste Publikation des rechten Lagers zu sein, sieht man von den Wochenzeitungen von Gerhard Frey mal ab. Als Grund für den Umzug wurde angegeben, den Verbreitungsgrad gerade in den neuen Bundesländern zu erhöhen. Mit dem Umzug verbunden war auch eine Veränderung der Erscheinungsweise: Seit Mitte Januar 1994 er-

scheint das Blatt als Wochenzeitung. Die Redaktion visierte damit volltönend eine Auflage von 100.000 verkauften Exemplaren an - wobei der größte Impuls für diese Absatzsteigerung eben aus der ehemaligen DDR erwartet wurde. Dem kann nun entgegengehalten werden, daß alle Selbstaussagen und Erwartungen der Redaktion offenbar purem Wunschdenken entsprungen sind. Von der Nummer 41/94 der „Jungen Freiheit" stellte die Weimarer ***Union Druckerei GmbH*** exakt 14.712 Exemplare her. Davon gingen 4.880 Stück an AbonnentInnen in Deutschland und 342 im Ausland. 8258 Zeitungen gingen an deutsche, 400 an österreichische und zehn an schweizer Kioske. 400 Zeitungen wurden direkt bei der Druckerei abgeholt, 374 als Postzeitungsgut, 30 als Paket und neun als Streifbandzeitung verschickt.

Auch die Untersuchung der Verbreitungsräume der „Jungen Freiheit" bringt interessante Details zutage. Das Publikum besteht vor allem in den großen Städte und Ballungsräumen, ländliche Gemeinden sind eher unterpräsentiert. Am meisten wird die Zeitung in Berlin gelesen. Zu den 474 Abonnements kommen weitere 1.000 Exemplare, die an den Kiosken ausliegen. Ein Differenzierung nach Ost- und Westberlin läßt sich nicht vornehmen. Das Kioskgeschäft wird hier zu 80 Prozent vom ***Berliner Presse-Vertrieb (BPV)*** abgewickelt. Insgesamt werden in Berlin mehr Zeitungen abgesetzt, als in der gesamten ehemaligen DDR. Dort stehen insgesamt 327 Abos 948 Kioskexemplare gegenüber. Natürlich gibt es auch hier lokale Schwankungen: In Potsdam und Umgebung ist das Blatt am Kiosk nicht erhältlich, dasselbe gilt für Suhl. Die meisten Exemplare werden in Dresden abgesetzt (48 Abos, 135 an Kiosken); in Halle liegt die Rate bei sieben bzw. 80. Cottbus glänzt mit einem (!) Abonnenten und 45 ausgelieferten Kiosk-Exemplaren auch nicht gerade. In Ostdeutschland wird die Zeitung hauptsächlich in Sachsen und Sachsen-Anhalt (hier Raum Halle) ausgeliefert, woanders ist es eher mau. In den „alten Bundesländern" sieht es folgendermaßen aus: Die meisten AbonnentInnen finden sich im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen (824), die wenigsten im Saarland (53). An Kiosken ist das Blatt ebenfalls am häufigsten in NRW zu finden (1.406), dann folgt Bayern mit 1.042 freiverkauften Exemplaren. Das Schlußlicht bildet Bremen, wo ganze 16 Zeitungen an die Kioske kommen. Alles in allem stellt sich bei der Durchsicht der Vertriebslisten die Frage, ob sich die „Junge Freiheit" überhaupt rechnet. Herstellung, Vertrieb, Gehälter der Redakteure, Honorare, Mieten und fixe Redaktionskosten summieren sich bei einer Wochenzeitung heute auf 45-50.000 DM pro Ausgabe, je nachdem, wie gut die Ausstattung der Redaktion ist und wie hoch der Grad der Selbstausbeutung, dem sich die Redakteure unterwerfen. Bei einem Preis von 3,80 DM und einer Druckauflage von 15.000 Exemplaren (von denen aber 40-50% Nichtverkaufte wieder abgezogen werden müssen), erwirtschaftet die „Junge Freiheit" nur etwa 42.000 DM pro Ausgabe. Die Zahlen sehen vielleicht real anders aus, Tatsache bleibt jedoch, daß eine finanzielle Lücke vorhanden ist. Sie auszufüllen bleiben nur zwei Wege: Sonderkonditionen beim Vertrieb sowie bei der im Blatt enthaltenen Werbung. Im Einzelnen heißt dies: Vertrieb billiger als normal, Werbung teurer. Der Grossovertrieb der JF wird von der ***SPS Verlagsservice GmbH*** aus Koblenz übernommen. Betrachtet man sich die Kundenliste dieser Vertriebsgesellschaft, fällt auf, daß sich dort neben der „Jungen Freiheit" auch die Zeitschrift ***Criticon*** als offensichtlich rechtsextremistisches Machwerk findet, das Hauptgeschäft aber mit Blättern wie „Wehrtechnik", „Military Technology", „Naval Forces", „Technologica Militar", „Luftwaffen-Forum" gemacht wird, neben Garten- und Medizin-Zeitschriften. Die Anzeigen, die in der „Jungen Freiheit" erscheinen, haben hingegen ihr eigenes. Größter Anzeigenkunde ist der, auch von der Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage als rechtsradikal eingestufte, ***Grabert-Verlag***, der vor allem Bücheranzeigen im Blatt hat. Insgesamt ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß die unbedingt notwendige Zusatzfinanzierung der „Jungen Freiheit" über in, auf den ersten Blick unangreifbaren, realen Verträgen versteckten Geldern aus dem rechten und rechtsextremen Lager bestritten wird. Solange keine öffentliche Tiefenrevision stattgefunden hat, bleiben die Analysen allerdings auf Mutmaßungen angewiesen, die auf allgemeine Kenntnisse des Pressegeschäftes beruhen.

Antisemitische Straftaten

BeZe,JW 21.12.94 - Das Bundeskriminalamt hat in den ersten neun Monaten des Jahres '94 937 antisemitische Straftaten registriert. Besonders häufig kam es zu Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten. Insgesamt wurden lediglich 235 Tatverdächtige gemeldet.

Rassistische Angriffe

JW 16.12.94 - Ausländerfeindliche Übergriffe nehmen nicht ab. Vom Bundeskriminalamt wurden allein im Oktober 1994 insgesamt 181 solcher Delikte registriert, darunter sieben Brandanschläge und mindestens 20 Angriffe auf Personen. Im September waren es 207 Straftaten, im August 169.

Hochschulwoche mit Daimler-Benz und NF

RAG 11 - Vom 25. bis zum 30. September 1994 fand im Studienzentrum Weikersheim eine sogenannte Weikersheimer Hochschulwoche statt. Unter dem Motto *„Der geistige und politische Brückenschlag zwischen West- und Osteuropa"* referierte dort u.a. **Hans-Helmut Knütter**, einer der Theoretiker der ***Anti-Antifa***-Kampagne. Als Professor an der Bonner Universität betreute er dort einen „Ost-West-Arbeitskreis", in dem „politische Bildung" für Mitglieder der **FAP** betrieben wurde. Auch der Geschichtsfälscher und Holocaust-Leugner **David Irving** referierte dort. Außerdem traten noch **Klaus Hornung**, Autor des ***Ostpreußenblattes*** und der ***Jungen Freiheit*** und **Matthias Kleinert** bei der Veranstaltung als Referenten auf. Kleinert ist Mitglied des ***Daimler-Benz***-Direktoriums. Wahrscheinlich hat auch er dafür gesorgt, daß die gesamte Veranstaltungsreihe „mit Mitteln des Hauses Daimler-Benz gefördert" wurde, wie es in der Einladung heißt. Einer der Verantwortlichen für die Jugendorganisation des ***Studienzentrums Weikersheim*** ist **Ulli Boldt** aus Berlin. Boldt, ehemaliges Mitglied in der verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** ist Vorsitzender der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen***, der wichtigsten Schaltzentrale der rechtsextremen Szene in Berlin.

„Einblick"-Prozeß

Antifa Groß-Gerau - Am Dienstag den 17. Januar 1995 begann vor der Jugendkammer am Amtsgericht Groß Gerau der Prozeß gegen die HerausgeberInnen und Autoren der Nazi-Hetzbroschüre ***Einblick***. Im „Einblick" wurden im Herbst 1993 über 250 Adressen von Menschen abgedruckt, die Position gegen Rassismus und Fremdenhaß bezogen hatten. Der „Einblick" wurde bereits im August '92 in der Zeitung ***Die Neue Front*** vorgestellt. Die „Neue Front" ist eine Kaderzeitung der ***Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)***. Auch der Hamburger Neonazi **Christian Worch**, Chef der ***Nationalen Liste (NL)***, erklärte in einer Sonderausgabe der Zeitung ***Index*** seinen „Gefolgsleuten" wie Anti-Antifa-Arbeit auszusehen hat. Ideengeber für den Einblick war die ***FPÖ***-Jugendorganisation und die britischen Faschisten von ***Combat 18 (C 18)***. Die Anklage lautet bei zwei der vier Faschisten auf Nötigung, Aufruf zu Straftaten und Beleidigung. Die anderen beiden stehen wegen Beihilfe dazu vor Gericht. Die zwei Hauptangeklagten sind **Stefane Cumic** (23 Jahre) und **Norman Kempken** (26). Das damalige „Einblick"-Postfach in Wiesbaden war identisch mit dem des ***Nationalen Infotelefons (NIT)*** welches damals von Cumic betrieben wurde. Cumic war nicht nur Produzent des „Einblicks", er bezeichnet sich selbst als dessen Erfinder. Cumic, Mitglied beim ***Deutschen Hessen (DH)*** und Kader der GdNF, lieferte auch die Aussagen, die zur Überführung der anderen Nazis führten. Cumic ist bekannter Nazikader und pflegt gute Kontakte zu großen Teilen der Nazi-Szene, u.a.zu **Friedhelm Busse**, **Norbert Weidner**, beide ***Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)***, oder zu **Kurt** und **Ursula Müller** aus Mainz-Gonsenheim: Ursula Müller ist Vorsitzende der ***Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener und deren Angehörige e.V. (HNG)*** und der ***Deutschen Frauenfront (DFF)***. Kempkens

„Laufbahn“ begann bei der Rüsselsheimer Hooligan-Truppe ***Preßwerk***. Bis 1989 arbeitete er sich bei der faschistischen ***Taunusfront*** hoch und wurde 1991 ihr unangefochtener Chef. Die „Taunusfront“ hat enge Kontakte zur mittlerweile verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)***, zur FAP und zu den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***, der Jugendorganisation der ***NPD***. Ein weiterer Angeklagter im Prozeß ist der 65jährige Nazi **Eberhard Hefendehl** aus Rodach in Oberfranken. Druckereibesitzer Hefendehl druckte in seinem ***Odal-Druck Verlag*** nicht nur den Einblick, sondern auch eine ganze Reihe weiterer Nazipublikationen, wie z.B. die ***HNG-Nachrichten***. Hefendehl ist zudem Herausgeber der Zeitschrift ***Der Scheinwerfer***, das Pendant zur internationalen Nazizeitung ***Spotlight*** ist, einem Blatt der ***NSDAP/AO*** (AO =Auslands- und Aufbauorganisation). Hefendehl beteiligte sich bereits Ende der 70er am Aufbau der verbotenen NSDAP. Die vierte Angelagte ist die 18jährige **Karin Meyer**, die den Vertrieb des Einblicks organisiert haben soll. Nach den belastenen Aussagen Kempkens wurden neben dem vier im Prozeß angeklagten Nazis weitere Faschisten für wenige Tage verhaftet, dies betraf **Michael Petri**, Vorsitzender der ***Deutschen Nationalisten (DN)*** und **Sascha Chaves-Ramos**, er ist Betreiber des NIT Mainz und pflegt ebenfalls seit vielen Jahren persönliche wie auch politische Kontakte zu Nazi-Kadern wie z.B. den Faschisten **Heinz Reisz** (DH) oder zu Michael Petri. Insgesamt, so sagte Cumic aus, wurden 500 Exemplare hergestellt, wobei Kempken den Großteil der Adressen besorgt habe. Ursprünglich wurde der in den USA lebende Neonazis **Garry Rex Lauck** (NSDAP) gebeten, logistische Hilfe zu leisten, dieser verwies Cumic und die anderen dann aber nach Dänemark, wo Nazis aus der ***DNSB (Dänische Nationalsozialistische Bewegung)*** ihre Hilfe anboten. Sie stellten ein Postfach bereit, das als Kontaktadresse im „Einblick“ abgedruckt wurde.

Kempken war seit Oktober 1991 Mitglied der ***CDU***, zu einem Zeitpunkt, als Kempkens Position als Führer der „Taunusfront“ schon bekannt war. Auch nach öffentlichen Outing-Aktionen von AntifaschistInnen über Kempkens Rolle in der Naziszene, wollten weder Kripo noch CDU etwas wissen. Als dann endlich klar war, daß Kempken zu den „Einblick“-Machern gehörte, wurde sein Name von der Bundesanwaltschaft neutral als Wolfgang K. angegeben. Schließlich kam es zur völligen Verwirrung, was den Prozeß betrifft: Anklagepunkte wurden fallengelassen (z.B. § 129 „Bildung einer kriminellen Vereinigung“), die alte Leier des „verwirrten Einzeltäters“ wurde eingesetzt und zur guter letzt wurde der gesamte Prozeß von der Bundesanwaltschaft zuerst an die Staatsanwaltschaft Dortmund und dann zum Jugendschöffengericht von Groß-Gerau weitergegeben. Dabei kommt die Frage auf, wieso überhaupt vor einem Jugendgrichtverhandelt wird, hier sind erwachsene Menschen teils von über 60 Jahren angeklagt. Zwischenzeitig drohte die Verjährung und es stellt sich die Frage, ob hier nicht von der Justiz ein unangenehmes Verfahren unter den Tisch gekehrt werden soll. Im Laufe des Verfahrens wurde gegen vier weitere Führungskader der Neonazi-Szene ermittelt. Die Ermittlungen wurden angeblich aus Mangel an Beweisen eingestellt. Weitere und vor allem ausführlichere Informationen bietet eine Broschüre des Bildungs- und Solidaritätswerks Anna Seghers e.V. mit dem Namen Die ***Anti-Antifa und der Einblick***. Zu bestellen gibt es sie beim genannten Bisdungswerk, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden für 4,- DM plus 1,50 DM Porto.



Funktionäre der "Republikaner"

Bundesvorsitzender:
Rolf Schlierer
Stellvtr. Bundesvorsitzende:
Christian Käs
Rudolf Krause
Imgeborg Seifert
Otmar Wallner
Uschi Winkelsett
Schatzmeister:
Reinhold Giegold
Sauer (Stellvtr.)
Schriftführerin:
Margot Neiss
Ingeborg Ackermann
Vorstandsmitglieder:
Ingrid Behrens
Bernd Bernhard
Dietmar Donnerstag
Thomas Friedrich
Kurt Goldmann
Alexander Hausmann
Hans Hirzel
Claudia Kübel
Dieter Lieberwirth
Klaus Ortmaier
August Oetersen
Ralf Riedemann
Matthias Ritter
Friedrich Röder
Gottfried Schubert
Jens Steffen
Burkhard Stieglitz
Dr. Tittel
Horst Trageiser
Klaus Zeitler

Rassistische Studenten

FR 28.12.94 - Nach einer neuen Studie äußern ostdeutsche Studenten häufiger rassistische Vorbehalte gegenüber Minderheiten als westdeutsche Studenten. Aus einer Umfrage der Universität Wuppertal geht hervor, daß Schwarze, Türken und „Zigeuner“ in den neuen Ländern eher als „unsympathisch“ bezeichnet werden als in den alten. Während im Westen 7,5% Abneigungen gegen Türken haben, sind es im Osten bereits 27,2%. Auch die Abneigung gegen "Zigeuner" (60,4%) und gegen Schwarze (13,4%) ist bedeutend höher. Zu den am meisten gehaßten Minderheiten gehören nach wie vor Asylbewerber sowie Spätaussiedler. Auf die Frage nach ihrer Einstellung zu Juden äu[illegible]ten bundesweit 5% ihre Abneigung. Aufällig ist, daß Studentinnen weitaus häufiger Sympathie für Minderheiten haben als Studenten. Nach Darstellung des Soziologen Manfred Brusten gebe die Untersuchung, aufgrund des hohen Bildungsstandes der Befragten, ein „viel zu positives Bild“ der Einstellung der Bevölkerung wieder.

Scharfe Kritik an Deckert-Richter

Taz 19.1.95 - In Mannheim wollen zwei Schöffen des Landgerichts nicht mehr mit dem umstrittenen Mannheimer Richter **Rainer Orlet** zusammenarbeiten. Die beiden ehrenamtlichen Richter hätten ihre Mitarbeit an den Verhandlungen der beiden Strafkammern verweigert, denen Orlet zugeteilt ist, berichtete gestern ein Sprecher des Mannheimer Landgerichts. Am Dienstag hatte erstmals ein Strafverteidiger einen Befangenheitsantrag gegen Orlet gestellt. Der Anwalt vertritt einen albanischen Asylbewerber,

der aufgrund seiner Herkunft Angst hat von Orlet benachteiligt zu werden. Rainer Orlet hatte das vom Bundesgerichthof inzwischen aufgehobene Deckert-Urteil mit verfaßt und öffentlich verteidigt. In diesem Urteil wurde **Deckert** wegen Volksverhetzung und Anstachelung zum Rassenhaß nur zu einem Jahr Bewährungsstrafe verurteilt und gleichzeitig als *„charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen"* bezeichnet.

Prozeß gegen NPD-Chef abgelehnt

ND 19.1.95 - Das Amtsgericht Frankfurt/Main hat die Eröffnung des Prozesses gegen den Chef der ***NPD***, **Günter Deckert**, abgelehnt. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Frankfurt Beschwerde ein. Die Staatsanwaltschaft hatte Günter Deckert wegen Volksverhetzung angeklagt, weil er in einem offenen Brief an **Michel Friedmann**, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden, geschrieben hatte: *„Das Land der Juden ist schon seit Jahrzehnten Israel und nicht Deutschland! Was suchen Sie also noch in unserem Land."* Nach Meinung der Anklage erfüllt dies den Tatbestand der Volksverhetzung. Das Gericht lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab, weil Deckerts Schreiben nicht zu einer Störung des öffentlichen Lebens führte.

Wiking-Jugend weiter aktiv

JW 20.12.94 - Trotz Verbot ist die ***Wiking-Jugend (WJ)*** weiter aktiv. Die erste Post erreichte die deutschen Faschisten aus Belgien. Sie wurden von der ***Viking Jeugd Nederland*** zur Julfeier der ***Flämischen Jugend e.V.*** eingeladen. Im zweiten Brief ist die ***Wiking Jeugd Westland*** der Absender, welche die deutschen Kameraden zum Winterlager nach Soviat bei Malmedy einladen. Dieses Winterlager fand vom 27. Dezember bis 1. Januar statt und wurde bereits Ende November vom Rheinländer ***Nationalen Infotelefon (NIT)*** angekündigt. Angesichts solcher Aktivitäten kann keine Rede davon sein, daß das Verbot tatsächlich eine Einschränkung für die deutsche Wiking-Jugend bedeutet. Die älteste NS-Nachfolgeorganisation, die in der Tradition der ***Hitler-Jugend (HJ)*** steht, war nach eigenen Angaben bereits 1978 in Frankreich, England, Spanien, Holland, Belgien, Dänemark und Schweden organisiert. Diese Strukturen scheinen trotz Verbot gut zu funktionieren. Ein mit den Einladungen verschickter ***Odalkalender 1995*** zeigt WJ-Aufmärsche, „Pimpfe" und „Jungmädel" in Uniform und auf dem Dezemberblatt den nationalen Sänger **Frank Rennike**, der in seinen Liedern den Nationalsozialismus propagandiert. Geworben wird für rechte Zeitungen wie die ***Junge Freiheit***, ***Recht und Wahrheit*** sowie für den Revisionistenverlag ***Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung*** von **Udo Waledy**. **Wolfgang Narath**, Chef der WJ, behauptete, daß jedes Mitglied mit dem Aufnahmeantrag eine Verplichtung unterschreibe, Handlungen zu unterlassen, die der bestehenden staatlichen Ordnung zuwider laufen. Nach Angaben des Nationalen Infotelefons Berlin müßte Kriegsminister **Volker Rühe** auch so eine Erklärung unterschrieben haben, denn, so das NIT, Rühe sei Mitglied der Wiking-Jugend gewesen. Bereits am 18. November 94 teilte das Nationale Infotelefon mit, die WJ habe noch einige höchst interessante Trümpfe. In der neuesten Ausgabe des ***Wikinger*** wird kein Wort über das Verbot verloren. Die Bundesführung veröffentlichte Fahrten- und Gauberichte sowie Fotos. In einem Bericht über ein Frank-Rennike-Konzert wurde geschrieben: „...Die Vermieterin des Zeltes, ein Mitglied der ***Deutschen Sozial Union (DSU)***, der Veranstallter, ein Mitglied der ***NPD***, und das Publikum Parteifreunde von den ***Republikanern*** bzw. der ***Deutschen Liga (DL)***...". Fotos eines WJ-Lagers zeigen **Thorsten Heise** ***(FAP)***, Frank Rennike, **Friedhelm Busse** ***(FAP)***, **Falco Schüßler** ***(FAP)*** sowie **Tim Binar** und **Thorsten Stecker** ***(Freie Kameradschaft Oldenburg)***. Wie schrieb **Manfred Rouhs** von der Deutschen Liga in ***Europa Vorn***: „Die WJ wollte Hitlers Gedankengut für spätere Zeiten konservieren durch die Weitergabe an Jugendliche".

Die FDP-Rechte

JW 7.1., SZ 16.1.95 - Beim „Dreikönigstreffen" der ***FDP***, das am 6. Januar '95 begann, gab es einen Eklat: Die Gruppe um den ehemaligen Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl** hielt neben dem traditionellen Treffen eine eigene Veranstaltung ab, mit der die Berliner Gruppe eine bundesweite Ausdehnung erfahren hat. An die 80 Parteimitglieder aus allen Landesverbänden waren zu dem Treffen erschienen, das initiiert war von den Verfassern der „Berliner Thesen", die einen deutlichen Rechtsruck der Partei fordern. Darunter auch die Berliner FDP'ler **Rainer Zitelmann** und **Wolfgang Mieczkowski**. Gleichzeitig bekräftigte der Bundesvorsitzende **Klaus Kinkel**, seine Partei werde sich nicht weiter nach rechts bewegen, was aber wohl eher als Lippenbekenntnis zu werten ist. Denn viel zu groß ist schon die Angst der Parteiführer, daß ihnen aufgrund der Wahlniederlagen die Basis nach rechts abhauen könnte. Der FDP-Generalsekretär **Guido Westerwille** sagte, die Partei werde sich nicht zur „deutschen FPÖ" entwickeln, man bleibe *„dem Fortschritt, der Freiheit und der Toleranz"* verpflichtet und wolle auch weiter Flagge zeigen beim Thema Ausländerintegration. Doch in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung machte Westerwille später schon deutliche Zugeständnisse an die Partei-Rechte: Er warnte vor einer *„ungebremsten Zuwanderung"* von AusländerInnen und sprach sich gegen doppelte Staatsbürgerschaften im Regelfall aus - entgegen der bislang geäußerten Parteilinie.
Eine Woche später fand in Berlin der Landesparteitag statt. Auch hier natürlich dasselbe Thema, das Papier von Stahl und anderen. Der Landesvorsitzende **Günter Rexrodt** distanzierte sich von den Thesen und kündigte an, die Versuche einer Unterwanderung der Partei zu verhindern. Daraufhin forderten die Deligierten die Verfasser des Papiers auf, deutlich zu machen, daß sie nicht im Namen der Berliner FDP sprechen würden. Der ebenfalls anwesende Westerwille spielte den Versuch einer Unterwanderung der Partei von rechts herunter. Rexrodt sagte zu den 120 gezielt geworbenen Rechten, die allein in zwei Stadtbezirken Mitglied geworden sind, sie sollen sich den Parteigremien stellen. An anderer Stelle bestritt Rexrodt, daß es sich um Rechtsradikale handele, sie seien eher dem „nationalen und bündischen Spektrum" zuzuordnen.

Nazis gemeinnützig?

Taz, Tsp 23.11.94 - Etliche bundesdeutsche Finanzämter sehen neonazistische und rechtsradikale Vereine als „gemeinnützig" an. Ein Bericht des Femsehmagazins „Panorama" nannte jetzt acht Vereine mit solch rechtem Hintergrund, die durch diesen Status erhebliche Steuervorteile verbuchen können. Von diversen Steuem befreit und berechtigt, abzugsfähige Spendenquittungen auszustellen, sei z.B. der ***Verein Heideheim e.V.*** Dieser unterhält im niedersächsischen Hetendorf bei Celle ein Neonazi-Zentrum, das seit vielen Jahren von der faschistischen und mittlerweile verbotenen ***Wiking-Jugend*** als Aufmarschplatz, für Heldengedenkfeiern und Wehrsportübungen benutzt wurde. Als weitere Beispiele für „gemeinnützige" rechtsradikale Organisationen werden von „Panorama" die ***Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur***, ein bayrischer Verein ***Kultur und Zeitgeschichte - Archiv der Zeit*** und das ***Collegium Humanum*** in Husum genannt. Mit Blick auf das Nazizentrum in Hetendorf haben Kommunalpolitiker in der Vergangenheit schon öfter Anstoß daran genommen, daß diese Einrichtung durch Steuervorteile indirekt vom Staat gefördert werde. Der niedersächsische Verfassungsschutz behauptete auf eine Taz-Anfrage, er hätte schon vor Jahren auf diesen Umstand hingewiesen, aber erst im Dezember '94 sei diese Nachricht im Finanzministerium angekommen! Dort hieß es Ende Dezember, man habe erst vor Kurzem ein Schreiben des Innenministeriums erhalten, aufgrund dessen man jetzt bei einem rechtsradikalen Verein, dessen Name aus Gründen des Steuergeheimnisses icht nennen wolle, die Berechtigung auf die Gemeinnützigkeit überprüfe. Das Finanzministerium behauptete, man wäre in der Vergangenheit nicht untätig geblieben und hätte schon vorher einem in Rotenburg ansässigen Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt, alelrdings sei diese Entscheidung noch nicht rechtskräftig.

Rechte Zeitung eingestellt

Verlags-Faltblatt - Nach eigenen Angaben des ***Verlags für ganzheitliche Forschung und Kultur*** ist die Produktion der rechtsextremistischen Zeitung ***Nation*** Ende ´94 eingestellt worden. Weiter heißt es, daß **Roland Bohlinger** eine neue Zeitschrift herausbringen wird, vorraussichtlicher Name: ***Rechtsstaat***.

Herbert Fleissner und der Verlag Ullstein/Langen-Müller

BeZe 17.1.95 - Jahrelang hat es der Verleger **Herbert Fleissner** verstanden, sein rechtes Verlagsangebot bei ***Ullstein/Langen-Müller*** mit unverdächtigen Titeln zu tamen.

Seit aber ein neues Sachbuch diese Verlagspolitik lückenlos dokumentiert *(Hans Sarkowicz: „Rechte Geschäfte. Der unaufhaltsame Aufstieg des deutschen Verlegers Herbert Fleissner", Eichborn Verlag)* sind einzelne AutorInnen nachdenklich geworden. Der Schriftsteller **Lutz Rathenow** zog bereits Ende '94 einen Vertrag mit Ullstein über seinen neues Buch zurück, ihm folgte die Autorin **Karin Struck**. Aber wer ist eigentlich dieser Herbert Fleissner, der mit seinen etwa 35 Verlagen rund 130 Millionen Mark im Jahr erwirtschaftet? Seit den 50er Jahren hat der 1928 geborene Fleissner einen Verlag nach dem anderen erworben, wieder abgestoßen und ist zahlreiche Kooperationen eingegangen. Früh hat er die Vertriebenen als finanziell lukrativen Kundenstamm entdeckt und sich in Verlage mit Vertriebenengazetten eingekauft. Gleichzeitig bot er NS-Dichtern, die nach 1945 verständlicherweise ohne Verträge dastanden, eine verlegerische Heimat. So druckte er den vom NS-Regime preisgekrönten Autor **Wilhelm Pleyer** oder auch **Gerhard Schumann**, einen hohen NS-Literaturfunktionär. In die Gilde der Traditionsverlage kaufte sich Fleissner 1966/67 mit dem ***Herbig-Verlag*** und dem Langen-Müller-Verlag ein. Bei Herbig machte er fortan gute Geschäfte mit einem Bestseller-Autor, der 1944 als SS-Kriegsberichterstatter Durchhalte-Artikel schrieb: **Joachim Fernau**. Als Feigenblatt diente Fleissner der jüdische Autor **Ephraim Kishon**, der ihm vor allem hohe Gewinne brachte. 1985 erreichte Fleissner den Zenit seines Einflusses und seiner Marktstellung, als er mit dem ***Axel-Springer-Konzern*** und dessen Verlagen Ullstein und Propyläen in der Ullstein/Langen-Müller-Gruppe fusionierte. Auch weiterhin werden Autoren angeboten, die außerhalb jedes Verdachts der Sympathie zum Faschismus stehen, so **Willy Brandt** oder **Simon Wiesenthal**. Doch sind noch immer die alten und neuen Rechten unübersehbar im Programm vertreten. Ein **Hans-Ulrich Rudel** legt sein „Kriegstagebuch" vor, Hitlers Sekretär erinnert sich, Joseph Goebbels' persönlicher Pressereferent schwärmt von seinem Chef und der belgische Faschist **Leon Degrelle** preist Hitler als „das Universalgenie" an. Die Autoren aus der heutigen rechten Szene sind zum Beispiel **David Irving**, der die Vergasungen vom Auschwitz leugnet; **Franz Schönhuber**, dessen Waffen-SS-Memoiren sich allein 130.000 mal in Hardcover verkauften; oder ein ***Republikaner***-Vordenker wie **Armin Mohler**, der vermutete, daß Vergasungsanlagen nur simuliert wurden. Offiziell will Fleissner seine rechtsextremistischen Programmteile als „Meinungspluralität" verstanden wissen. Doch innerhalb des Verlages ist dieser Pluralismus nicht erwünscht, eine Debatte gibt es nicht: Wer den Verleger-Kurs nicht mitmacht, muß gehen.

Keine Nazi-Telefonkarten

DSZ-Verlag 4.1.95 - In ihrer Abonenntenmitteilung vom 4. Januar 1995 teilt der ***DSZ-Verlag (Druckschriften- und Zeitungsverlag)*** mit, daß die Telefonkarten der ***Deutschen National-Zeitung*** nicht zu liefern sind, da sie sich in einem Rechtsstreit mit den zuständigen Stellen der Post, die keine Fascho-Telefonkarten herstellen wollen, befinden. Die „Deutsche National-Zeitung" und die ***Deutsche Wochen-Zeitung*** hetzen gegen Minderheiten, relativieren die Schrecken des Krieges und leugnen den Holocaust. Herausgeber ist der Multimillionär und Chef der ***Deutschen Volksunion - DVU, Gerhard Frey.***

Löwenthals Kontakte

JW 4/5.1.95 - Der durch seine langjährige Leitung des „ZDF-Magazins" berühmt-berüchtigte Publizist **Gerhard Löwenthal** darf im *„Projekthandbuch Gewalt und Rassismus"* nicht mehr als Rechtsextremist bezeichnet werden. Das Landgericht Köln gab dem Antrag des Journalisten auf einstweilige Verfügung gegen den *„Verlag an der Ruhr"*, in dem das Buch herausgegeben wird, statt. Unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 DM untersagte das Gericht, die beanstandete Behauptung weiter zu verbreiten. Im „Projekthandbuch" sind auch Berichte zu lesen, nach denen Löwenthal in Verbidung mit neonazistischen Gruppen steht. Das Buch wird vom Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche Westfalens mitverantwortet und entstand u.a. in Zusammenarbeit mit dem hannoverschen Landesjugendpfarramt, der ***Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste*** und Jugendabteilungen der ***IG Metall***. Die Vorwürfe bestreitet Löwenthal unter anderem mit dem Argument, er sei selber Jude und es handele sich um eine *„perfide Form des Antisemitismus der Linken"*. Doch ein ganz so unbeschriebenes Blatt ist Gerhard Löwenthal nicht: Die 1981 von ihm mitgegründete ***Konservative Aktion (KA)*** hatte das Ziel, die Konservativen innerhalb und außerhalb der CDU/CSU zu mobilisieren. Dies versuchte die KA unter anderem mit der Organisation von Kongressen wie zu dem Thema *„Freiheit für Rudolf Heß"*, die auch Neonazis ansprachen. Pöstchen und Funktionen hat Löwenthal, der sich einen Namen als strammer Antikommunist und erzreaktionärer Stratege machte, stets gern besetzt. Er war leitendes Mitglied verschiedener extrem rechter Organisationen wie der ***Deutschland-Stiftung***, der ***IGfM***, dem ***Verein Konservative Kultur und Bildung*** oder des ***Brüsewitz-Zentrums***. In einer Organisation mit dem harmlosen Namen ***Hochschulbund Tübinger Studenten*** war er sogar Ehrenmitglied - in einer Gruppe, die den NS-Terroristen **Gundolf Köhler** hervorbrachte. Köhler war auch Mitglied der ***Wehrsportgruppe Hoffmann*** und zündete 1980 eine Bombe auf dem Münchener Oktoberfest, bei der neben ihm noch zwölf weitere Menschen ums Leben kamen und 200 verletzt wurden. Neben weiteren Mitgliedschaften wurde Löwenthal in den vergangenen Jahren auch für mehrere Parteien aktiv, zuletzt für den ***Bund freier Bürger*** von **Manfred Brunner**.

Kein Verfahren gegen Charlotte Höhn

Tsp 17.12.94 - Die Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, **Charlotte Höhn**, hatte sich vor der Weltbevölkerungskonferenz an der sie als Deligierte teilnahm über „unwissenschaftliche Denkverbote" beklagt. Höhn wörtlich: *„Zum Beispiel sagt man, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist, als die anderer. Selbst das Wort Rasse darf man ja nicht mehr in den Mund nehmen."* Das Bundesinnenministerium sah von einer disziplinarrechtlichen Maßnahme ab, kündigte allerdings an, Röhns Institut werde als eigenständige Behörde aufgelöst.

GfP-Kongreß 1995

NE 1/95 - Die ***Gesellschaft für Freie Publizistik*** hält vom 5.-7. Mai '95 ihren Jahreskongreß in Oberfranken ab. In rechtsextremen Zeitschriften wirbt sie für die Teilnahme an der Veranstaltung. Das Treffen steht unter dem Thema *„Deutschland 50 Jahre nach Kriegsende. Ein neuer Anfang muß her"*. Einladungen mit An-

40.000 sollen zurück

Tsp 12.1.95 - Rund 40.000 VietnamesInnen sollen bis zum Jahr 2.000 in ihre Heimat zurückkehren. Einem entsprechendem Abkommen zwischen der BRD und Vietnam, das die Staatsminister Bernd Schmidbauer (Kanzleramt) und Werner Hoyer (Auswärtiges Amt) in Hanoi unterzeichnet hatten, stimmte das Kabinett am 11. Januar '95 in Bonn zu. Zur Rückführung der illegal in Deutschland lebenden VietnamesInnen wurde ein schrittweises Verfahren festgelegt. In diesem Jahr sollen zunächst 2.500 aus Deutschland in ihre Heimat abreisen, 1996 sollen es 5.000 sein und in den beiden darauffolgenden Jahren jeweils 6.000. Die Rückführungen wer-

den auch ohne Zustimmung der Betroffenen (AsylbewerberInnen und ehemalige DDR-GastarbeiterInnen ohne festen Arbeitsplatz) vorgenommen. Als besonders fragwürdig empfindet die Ausländerbeauftragte **Barbara John** (CDU) den vorgegebenen Zeitraum von fünf Jahren: „Was macht ein Mensch, der jetzt erfährt, das er in spätestens fünf Jahren das Land verlassen muß - egal, was er bis dahin tut oder unterläßt? Frau John kann sich nicht vorstellen, daß diese Zeit so einfach zu überbrücken ist, ohne den betroffenen Menschen in der Zwischenzeit einen Aufenthaltsstatus oder wenigsten eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Daß die Abschiebung jetzt möglich geworden ist begrüßte der Berliner Innensenator **Heckelmann**. Sein Pressesprecher Thomas Raabe hält den Abschiebezeitraum von fünf Jahren für zu lange.

Wahlrecht für Ausländer

JW, Tsp 20.12., 22.12.1994, 3.1.95 - Das in Brüssel beschlossene Wahlrecht für Ausländer aus dem EU-Gebiet kann, so SPD-Geschäftsführer **Günter Verheugen**, nur ein erster Schritt sein. Ein Drei-Klassen-Wahlrecht, das den größten Teil der in Deutschland lebenden Ausländer ausschließe, könne nicht hingenommen werden. Dagegen sprach sich der bayrische Innenminister **Günther Beckstein.** Er begrüßte den Beschluß, wonach es EU-Bürgern möglich sein soll, an kommunalwahlen des Gastlandes unter bestimmten Voraussetzungen teilzunehmen. Eine ähnliche Regelung für „nicht-EU-Ausländer" lehnte er allerdings entschieden ab. Der Zentralrat der Juden in Deutschland dagegen sprach sich sogar dafür aus, daß Kinder von Einwanderern, wenn sie in Deutschland gebohren sind, automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sollen. Außerdem verlangte Präsidiumsmitglied **Michel Friedman** eine schnelle Einbürgerung und ein Einwanderungsgesetz. Die Bundesbürger rief Friedman dazu auf, sich im Alltag gegen Ausgrenzung und Intolleranz zur Wehr zu setzen.

Abschiebung

JW, BeZe 5.1., 16.1.95 - Die Zahl der im vergangenen Jahr gestellten Asylanträge ist im Vergleich zu den Jahren davor drastisch gefallen. Dies ist auf die Verschärfung des Asylrechts zurückzuführen. Dabei liegt die brandenburger Anerkennungsquote weit unter dem Bundesdurchschnitt. 1994 wurden in der Zentralen Asylbewerberstelle Eisenhüttenstadt 300 Anträge registriert. Davon sind 1,7 Prozent positiv bewertet worden. Zwei Jahre zuvor lag die Zahl um das Zehnfache bei 34.000, wobei 7,3 Prozent der Antragsteller Asyl gewährt bekamen. Das neue Asylgesetz wird sei dem 1. Juli 94 konsequent durchgesetzt. So waren im Juni 94 noch 1127 Anträge zu verzeichnen, während es im Oktober nur noch 346 waren. Parallel dazu hat sich die Zahl der Bewohner von Asylbewerberheimen von 30.000 auf heute 8.000 verringert. Von den 150 Asylbewerberheimen in der Bundesrepublik sind heute nur noch 45 belegt. 1993 wurde 55 Menschen Asyl gewährt, im Jahr darauf waren es 45. Wurden 1991 nur zwölf Asylbewerber abgeschoben, waren es ein Jahr später schon 393. 1993 schnellte die Zahl auf 3164 abgeschobene Asylbewerber. Davon betroffen waren haupsächlich Rumänen. Wegen der sinkenden Zahl an „Neuzugängen" ist auch ein baldiges Sinken der Abschiebungen zu erwarten.

Klage erfolgreich

Taz 11.1.95 - Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin kann bei einem Flüchtling auch die drohende Mißhandlung im Heimatland als politische Verfolgung anerkannt werden. Damit setzte sich am 10. Januar '95 ein ursprünglich abgelehnter Asylbewerber aus Sri Lanka mit seiner Klage durch, der führendes Mitglied der tamilischen Befreiungsorganisation LTTE war.

Überwachung mit Chip-Karte

JW 4./5./11.1.95 - Das Bundesinnenministerium und die Länder prüfen die Einführung einer elektronischen Chipkarte für Asylbewerber. Danach sollen Asylsuchende künftig gezwungen werden, eine sogenannte Asyl-Card mit sich zu führen, auf der unter anderem ihre persönliche Daten, Foto und Fingerabdrücke gespeichert seien, erklärte der niedersächsische Datenschutzbeauftragte, **Gerhard Dronsch**, am Dienstag in Hannover. Der Datenschützer kritisierte das Vorhaben als verfassungswiedrich. Er erkärte, daß die prozessorgesteuerte Chipkarte folgende Funktionen haben solle: „Identifizierung, Zutrittskontrollfunktionen, Aufenthaltskontrolle, Verfahrensdaten (Antrag, Anhörungen usw.), Empfang von Sachleistungen (z.B. Essensempfang in der Aufenthaltseinrichtung), der Empfang von Unterstützungsleistungen, Arbeitserlaubnis, Leistungen von Dritten (z.B. Abrechnung privater Unterkunftsbetreiber)." Die Liste könne erweitert werden. Gespeichert werden sollten auf der Karte auch ein Foto und „die biometrischen Daten eines Fingerabdrucks des Asylbewerbers". Das künftige Verfahren solle sich an dem Grundsatz „Ohne Asyl-Card keine Leistungen" orientieren, erläuterte Dronsch. Der Datenschützer hat sich bei seinen Angaben auf einen Zwischenbericht der vom Bundesinnenministerium koordinierten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Verwaltungsabläufe im Asylverfahren bezogen. Nach deren Bewertung von

Interview mit Wolfgang Templin

Spiegel 3/95 - **Wolfgang Templin**, Bürgerrechtler in der DDR und heute Mitglied des Bündnis 90/Grüne, zog sich in den vergangenen Monaten den Zorn vieler Linker auf sich, da er der rechtsradikalen Wochenzeitung ***Junge Freiheit*** mehrere Interviews gegeben hat und sich auch sonst scheinbar immer mehr nach rechts bewegt. Bisheriger Höhepunkt war seine Unterzeichnung einer Erklärung von Neurechten gegen die PDS. Nun sind bei den Grünen/Bündnis 90 Stimmen laut geworden, die den Ausschluß Templins fordern.

Spiegel: *Der Landesausschuß der Berliner Grünen hat Sie zum Austritt aufgefordert. Was hält Sie noch?*

Templin: Meine Meinung ist innerhalb der Grünen eine Minderheitsmeinung, aber als solche legitim. Ich werde mich von solchen Attacken nicht beirren lassen.

Warum suchen Sie den Kontakt zur rechten Szene?

Dieser Angriff ist schamlos. Mit genau der gleichen Berechtigung könnte man mir den Kuschelkontakt zu Linksextremen nachsagen. Ich habe regen Kontakt in die linke Szene, auch in die radikalen Teile der linken Szene hinein.

Werden Sie auch künftig in der rechten „Jungen Freiheit" publizieren?

Die „Junge Freiheit" ist für mich ein ähnlichen Problemfall wie es vor einigen Jahren die traditionelle rechtskonservative Zeitschrift „Mut" war. Zensierende Antifaschisten gefallen sich bis heute darin, „Mut" zu kriminalisieren. Dabei überzeugt jeder Blick, daß dort längst die intellektuelle Deutungselite von links bis rechts, von liberal bis konservativ, von Eppler bis Bubis, von Cohn-Bendit bis Franz Alt schreibt. Warum? Weil dort ein Läuterungsprozeß hinein ins bürgerliche konservative Lager stattgefunden hat. Solange es bei der „Jungen Freiheit" auf der Kippe steht, werde ich auch dort weiter publizieren.

Sie haben einen Aufruf für den Rechtsausleger Rainer Zitelmann unterzeichnet. Darin beklagen Sie eine „Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte".

Ich würde heute nicht von Hexenjagd, sondern von hysterischer Reaktion sprechen, wenn Leuten wie Zitelmann, dessen Position ich in keiner Weise teile, das Auto angezündet wird, wenn Brandanschläge verübt werden, wenn eine Reihe weiterer Intellektueller, denen man rechtskonservative Positionen zuschreibt, physisch angegriffen und malträtiert wird, dann sind das für mich inakzeptable Zustände. Dagegen wehre ich mich.

Ein Teil Ihrer Partei und nicht nur in Berlin, kann sich eine Zusammenarbeit mit der PDS vorstellen. Werden Sie dann die Partei verlassen?

Dann würde ich sofort die Partei verlassen, definitiv. Schon die Wiederholung des Modells aus Sachsen-Anhalt reicht, und ich bin weg. Jede Kooperation ist für mich nicht akzeptabel.

Verbesserungsvorschlägen für das Asylverfahren schnitt die „Asyl-Card" weit besser ab als die verstärkte Vernetzung von Behörden. In den Niederlanden werde ein solches Chip-Card-System im Asylbereich schon eingesetzt. In Deutschland gebe es Vorläuferversuche mit Magnetstreifenkarten, so Dronsch weiter. Der Sprecher des Bundesinnenmimsteriums, **Detlef Dauke**, bestätigte die Existens eines Zwischenberichtes über die Chipkarte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Der Bericht sei den Bundesländern zur Stellungnahme zugeschickt worden. Auf politischer Ebene sei über die Einführung der Asyl-Card noch nicht entschieden worden, betonte Dauke.

Kinder-Abschiebung

JW 10.1.95 - Eine offensichtliche härtere Gangart fährt der ***Bundesgrenzschutz (BGS)*** seit Anfang 1995 gegenüber Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren, die ohne Begleitung Erwachsener auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt/Main landen und um Asyl nachsuchen. Dies ergab eine Recherche von ***Pro Asyl***, nachdem innerhalb einer Woche mehrere unbegleitete Kinder erhebliche Schwierigkeiten hatten, in die BRD einzureisen. Offenbar hat der BGS die Anweisung erhalten, seinen Ermessensspielraum nicht auszuschöpfen, sondern alle Kinder in das sogenannte Flughafen-Verfahren zu leiten. Das Bundesinnenministerium dementierte allerdings eine solche Weisung. Das Flughafenverfahren wurde als Teil des „Asylkompromisses" im Zuge der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 in das Asylverfahrensgesetz aufgenommen. Danach wird das Asylverfahren für Flüchtlinge, die aus „sicheren Herkunftsstaaten" oder ohne Ausweispapiere kommen, in beschleunigter Form im Transitbereich des Flughafens vorgenommen. Die betroffenen Menschen haben damit keine Möglichkeit, überhaupt in die BRD einzureisen. Nur wenn das für die Asylgewährung zuständige „Bundesamt für ausländische Flüchtlinge" nicht innerhalb von zwei Tagen über den Asylantrag entscheidet, darf der Flüchtling einreisen. Das kann er auch, wenn ein angerufenes Verwaltungsgericht nicht innerhalb von 14 Tagen über einen Antrag auf Einreise entscheiden kann. Kommen unbegleitete Kinder bis 16 Jahren, so muß das vor Ort zuständige Jugendamt verständigt und ein Vormund bestellt werden, der das Kind asylrechtlich vertritt.

Baden-Württemberg

Urteil im Lörracher Antifa-Prozeß

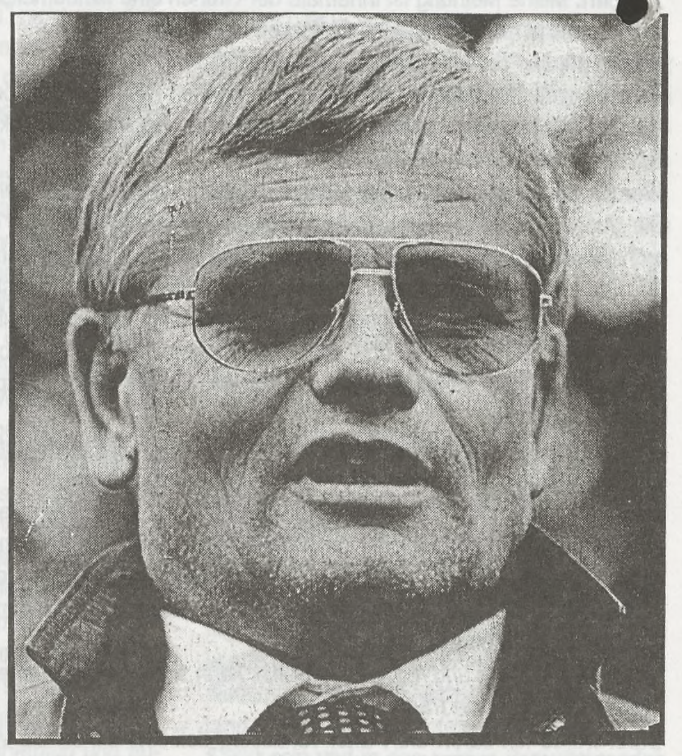
Bad.Z. 22.12.94 - Am 21. Dezember '94 endete vor dem Amtsgericht Lörrach ein Prozeß gegen zwei Antifas. Diese standen wegen einer Auseinandersetzung mit ***Republikanern*** vor Gericht. Der Richter sprach einen der Antifas, der wegen Körperverletzung und versuchter Nötigung angeklagt war, frei. Eine weitere Angeklagte verurteilte er wegen Beleidigung und versuchter Nötigung zu einer Geldstrafe von 22 Tagessätzen á 60 Mark, die jedoch zur Bewährung ausgesetzt wurde. Zwischenzeitig sollte das Verfahren wegen „erstaunlichen Erinnerungssprüngen" der Zeugen mit einer Geldbuße von 400 bzw. 600 DM eingestellt werden. Dazu kommen die merkwürdigen Ermittlungsmethoden der Polizei. So legten sie einem Republikaner dreimal Fotos vor, bis er dann endlich den Antifaschisten identifizieren konnte, der ihn angeblich getreten haben soll. Der Staatsanwalt stimmte der Einstellung des Verfahren anfangs der zu, zog dies aber später zurück und forderte 50 Tagessätze á 45 bzw. 70 Mark. Der Richter blieb also mit seinem Urteil unter diesem Strafmaß. Er hielt es zwar für erwiesen, daß die Angeklagten an jenem Februartag 1992, als Infostände der Republikaner in der Lörracher Fußgangerzone von Antifas angegriffen wurden, am Ort des Geschehens waren. Doch sei dem Angeklagten nicht nachzuweisen, daß er derjenige war, der im allgemeinen Gerangel den am Boden liegenden Republikaner trat. Kein Zweifel hatte der Richter hingegen, daß die angeklagte Frau tatsächlich die Republikaner als „Scheißfaschisten" bezeichnet hatte. Außerdem habe sie den Rep genötigt, seinen Film herauszugeben, nachdem er den Antifa-Übergriff fotografiert hatte.

Nazis bei der Polizei

AN 19.1.95 - Wie das Stuttgarter Magazin ***Lift*** in seiner Januarausgabe berichtet, haben sich über mehrere Monate Neonazis aus verschiedenen Parteien gemeinsam beim Polizeisportheim gegenüber dem Gottlieb-Daimler-Stadion versammelt. Eingeladen hatte zu diesem Treffen die ***NPD***-Vorfeldorganisation ***Ein Herz für Deutschland***; unterschrieben waren die Einladungen von dem Ludwigsburger Vorsitzenden der ***NPD***, **Martin Bayer.** Dem „Freundeskreis" werden, so die Lift-Autoren, gute Kontakte zu den ***Republikanern*** ebenso wie zur 1993 verbotenen ***Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD)*** nachgesagt. Nach Informationen der **Cannstatter Zeitung** hatte der Pressesprecher des Innenministeriums Helmut Zorell, bereits vor einigen Monaten die Stuttgarter Polizei auf die rechten Gäste aufmerksam gemacht. Warum diese allerdings erst wenige Tage vor Erscheinen des Artikels hektisch ihren Treffpunkt geändert haben, war ihm auch nicht bekannt. Der „Freundeskreis" trift sich jetzt im ***Alten Spinnrad*** im „Haus des Bessarabien-Deutschen" im Stuttgarter Osten.

Neue Nazi-Aktivitäten in Eningen

JW 7.1.95 - Es gibt Neues aus Eningen. Eningen - der kleine schwäbische Ort, wo sich zahlreiche BürgerInnen und verschiedene Antifa-Gruppen zusammen mit der ***Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)***, den ***Grünen*** und der ***MLPD*** gegen ein Zentrum der ***NPD*** in ihrem Ort zusammengeschlossen haben. Der NPD wurde diese Villa in der Schillerstr. 73 von den Altnazi-Schwestern **Frida** und **Charlotte Krieg** vererbt (siehe #1). Mittlerweile haben einige jugendliche Neonazis in Eningen ein Flugblatt der ***Anti-Antifa Mittlerer Neckar*** verteilt. Darin wird mit Aktionen gegen „rotgrüne Chaoten und Ratten" gedroht. Neue Aufregung rief **Günther Deckert**, der seinen Zweitwohnsitz nach Eningen verlegt hat, durch seine Kandidatur für die im Januar anstehend Bürgermeisterwahlen in Eningen und Reutlingen hervor. Von seiten der dortigen Antifas wurden Aktionen gegen die anstehende öffentliche Kanditatenvorstellung in Reutlingen angekündigt, sollte Deckert daran teilnehmen. Sogar die CDU-Kandidaten Stefan Schultes und die anderen Kandidaten für die Reutlinger Wahl wollen diese Veranstaltung boykottieren, nachdem sie von der Bürgeriniative ***Bürger und Bürgerinnen gegen ein Nazi-Zentrum*** dazu aufgefordert



Günther Deckert

wurden. Für weitere Beunruhigung sorgte unlängst die Bürgermeisterkandidatur des bekannten Neo-Nazis **Axel Heinzmann**. Doch gut sehen seine Chancen nicht aus, Heinzmann sitzt seit der Polizeirazzia gegen den ***Stuttgarter Kameradschaftsbund*** in Untersuchungshaft (siehe #1).

Reps weiterhin Rechtsradikal

JF 6.1.95 - Der baden-württembergische Innenminister **Birzele** (***SPD***) sieht zwar einen Führungswechsel aber keinen Kurswechsel bei den ***Republikanern.*** Die Republikaner sind nach wie vor eine rechtsradikale Partei und werden auch nach wie vor vom Nahrichtendienst beobachtet werden.

Friedhof geschändet

Taz 29.12.94 - Unbekannte haben einen jüdischen Friedhof im baden-württembergischen Göppingen verwüstet. Die Täter hatten 14 Grabsteine umgeworfen, berichtete die Polizei, ein Teil der Steine zerbrach dabei.

Kanal Ratte

Bad.Z. 10.1.95 - Seit dem 19 Januar '95 geht in und um Schopfheim der nichtkommerzielle Sender ***Kanal Ratte*** mit anfangs vier Stunden wöchentlich auf Sendung. Bis zum Frühjahr sollen es acht Stunden am Tag werden. Die MacherInnen des Radios, das auf der Frenquenz 104,5 MHz sendet, begreifen ihren Sender als Alternative zum Kommerzfunk. Sie wollen an die Tradition des Revolutionärs Goerg Ühlin anknüpfen, der einst den „Statthalter von Schopfheim" ins Leben rief. Kontakt über **Tel. 07622/62788.**

Diskriminierung in der Disco

Bad.Z. 12.1.95 - In der Discothek ***Fun*** und im Tanzlokal ***Lollipop*** in der Siemensstraße in Steinen wurden mehrfach ausländisch aussehenden Personen der Eintritt verwehrt. So mußte ein ausländisch aussehender Mensch, nachdem sein Ausweis kontrolliert wurde, den Satz hören *„wir haben das Kontingent an Ausländern erreicht, wir können sie leider nicht mehr hereinlassen"* Eine Videokamera habe das Mischungsverhältnis der Nationalitäten ermittelt. Nachdem die Vorfälle bekannt wurden, schoben sich alle Mitarbeiter die Schuld gegenseitig in die Schuhe. Einer sagt, er sei von seinem Chef **Erich Schramm**, Geschäftsführer der Unternehmensgruppe „Gastronomie und Tanz, Gesellschaft für Kommunikative Erlebnisgastronomie" aus Erlabrunn, dazu aufgefordert worden, Ausländer seien mit der Begründung abzuweisen, das Kontigent sei erreicht. Dieser weist alle Schuld von sich, will aber nicht ausschließen, daß der Sicherheitsdienst ***Ventura*** gelegentlich über die Stränge geschlagen haben könnte. Diesen hatte man angeheuert um Ruhe vor unliebsamen Gästen zu haben. Schramm gab an, er sei mit dem Ventura-Leuten nicht sehr zufrieden gewesen und habe ihnen deshalb gekündigt. Jetzt sorgt ein anderes Team für Ordnung. Vincenco Ventura der Chef des ausgebooteten Sicherheitsdienstes gibt sich und seinen Mitarbeitern freilich nicht die Schuld. Er beteuert, daß es keiner von seinen Leuten war, die den Ausländern den Eintritt verwehrten.

Bayern

Antifa-Demo in Amberg

Regionalbericht - Am 10. Dezember '94 fand in Amberg eine antifaschistische Demonstration mit anschließendem Antifa-Fest statt. Mit dieser Demonstration trat zum ersten Mal das ***Aktionsbündnis gegen Rechts*** in der Öffentlichkeit auf. Dieses wurde schon einige Monate vorher durch die Initiative der Antifa Sulzbach-Rosenberg gegründet. Es arbeiten hier verschiedenste linke Gruppen zusammen: Mehrere Antifagruppen, ***Edelweiß-Piraten, DFG/VK, Jusos, SJD - Die Falken*** und die ***IG Metall Jugend.*** Schon einige Wochen vor der Demonstration wußten die AntifaschistInnen sowie die Polizei, daß Faschisten an diesem Tag ebenfalls in Aktion treten würden und mit Übergriffen von Nazis zu rechnen sei. Ungünstigerweise fanden an diesem Tag noch eine Antifa-Demo in Zittau sowie die Proteste gegen den EU-Gipfel statt. Trotzdem kamen 600-700 Menschen zur Demonstration, welche friedlich und ohne größere Zwischenfälle verlief. Zeitgleich versammelten sich 25 Faschisten aus Schwandorf in der Innenstadt Ambergs. Sie führten von der Polizei ungehindert einen Aufmarsch durch die halbe Innenstadt, vom Bahnhof bis zum Marktplatz, durch. Erst nachdem sich die Faschisten bestens präsentiert hatten, begann die Polizei mit Festnahmen. Trotzdem werten die Antifas das Fest und die Demo als vollen Erfolg.

Neonazi-Gruppe aufgeflogen

BeZe 28.12.94 - Am 27. Dezember '94 durchsuchte die Polizei mehrere Wohnungen von Faschisten in Bayern und Südhessen und nahm anschließend 20 Nazi-Aktivisten fest. Bei ihnen fand man zahlreiche verbotene Schlagwerkzeuge, Stich- und Schußwaffen, rund 300 Schuß Pistolenmunition sowie Nazi-Propaganda und einige Computer-Programme faschistischer Organisationen. Es konnten außerdem noch Teile einer selbstgebauten Bombe sichergestellt werden, nun ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens. Den vorwiegend Jugendlichen aus Unterfranken sowie aus dem Raum Hanau, Offenbach und Darmstadt in Hessen werden außerdem Verbindungen zu verbotenen rechtsextremen Organisationen und zahlreiche politisch motivierte Straftaten zur Last gelegt. So sollen diese Jugendiche im hessischen Großkrotzenburg einen gehbehinderten Passanten zusammengeschlagen haben, das Auto eines Asylbewerbers angezündet und eine Flüchtlings-Unterkunft mit Nazisymbolen beschmiert haben. Dazu kommt noch die Zerstörung eines Kerzenarrangements in der ehemaligen Synagoge in Großkotzenburg. Wieviel weiterer Naziterror auf ihr Konto geht, kann man nur erahnen.

DVU-Stammtisch in Regensburg

DWZ 23.12.94 - Am 8.1.1995 fand um 11.Uhr in Regensburg ein"politischer Stammtisch" der ***Deutschen Volksunion (DVU)*** statt. Ort dafür war der „Straubinger Hof" in der Adolf- Schmetzer- Str.33.

Münchner Telefon ART

ND 17.1.95 - Das Anti-Rassistische Telefon in München, kurz ART, besteht jetzt seit zwei Jahren. Kurz nach den Morden von Mölln hat eine kleine Initiative das Telefon ins Leben gerufen. An drei Tagen in der Woche werden Anrufe entgegengenommen. 321 Ausländer und Deutsche schilderten im letzten Jahr ihre Erlebnisse und baten um Rat und Hilfe. Neben Beleidigungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz und im Wohnbereich erreichten das Telefon oft Klagen über Ausländerfeindlichkeit in der Verwaltung und bei der Polizei. Die MitarbeiterInnen des ART sehen ihre Zukunft in einer professionell geführten „Anti-Diskriminierungsstelle", die dann auch zwischen Opfern schlichten und vermitteln soll.

Hand in Hand

JW 13.1.95 - „Skinhead Rock" heißt das Buch eines Rechtsradikalen, in dem ein Gruß des Staatssekretärs im bayerischen Justizministerium, **Bernd Kränzle**, an den Autor abgedruckt ist. In diesem Buch werden die in- und ausländischen rechtsextreme Musikszene vorgestellt. Auf Seite 11 ist ein Foto abgebildet, auf den Kränzle die Hand von Autor **Torsten Lemmer** schüttelt. Lemmer war früherer Geschäftsführer der Düsseldorfer Stadtratsfraktion der rechtsextremen ***Freien Wählergemeinschaft*** und Manager der Naziband ***Störkraft.*** Kränzle streitet alle Verbindungen zu Lemmer ab.

Berlin

Brandanschlag auf Eine-Welt-Laden

WGA - In der Nacht auf den 15. Januar '95 wurde ein Brandanschlag auf den Eine-Welt-Laden ***Baobab*** im Prenzlauer Berg verübt. Dabei wurde die gesamte Inneneinrichtung und alle Waren zerstört. Über die Täter kann man nur spekulieren, aber es liegt nahe, daß es Rechtsradikale waren, da vor allem die ***FAP*** in dieser Gegend sehr stark ist. Außerdem liegt der Laden nur ca. 100 m vom Nazi-Treffpunkt ***Harakiri*** entfernt. Das Feuer, das den Laden vernichtete, wurde an mehreren Stellen innerhalb des Ladens gelegt, so daß die Täter vorher eingestiegen sein müssen. In der Vergangenheit gab es schon einmal einen ähnlichen Vorfall: Drei Männer hatten damals die Tür aufgebrochen. In dem Moment kamen einige Schwarze vorbei, die von den Männern angegriffen wurden. Die Schwarzen konnten in ein Taxi fliehen, aber damit war die Aktion der Männer aufgeflogen. Das Baobab ist ein Laden, Treffpunkt und Café von vielen Menschen aus dem Kiez - und auch Kontaktadresse der bezirklichen Antifa.

Mehr Nazi-Straftaten

Taz 19.1.95 - Die Zahl der rechtsextremen Straftaten ist 1994 nach Angaben des Verfassungsschutzes weiter angestiegen. Während 1993 noch 647 Delikte erfaßt worden seien, wurden in letzten Jahr rund 750 Taten gezählt. 1992 waren es 475 Fälle. Allerdings sei die Zahl der angezeigten rechtsextremen Gewalttaten von 75 im Jahr 1993 auf 27 im vergangenen Jahr zurückgegangen. Dabei muß man allerdings von einer hohen Dunkelziffer rechnen, da sich viele Opfer nicht trauen, Anzeige zu erstatten oder dies für sinnlos halten.

Kulik will auch mal raus

WGA - Im Dezember '94 gab **Oliver Kulik**, 19jähriger Jungnazi aus Berlin-Marzahn bekannt, er wäre nun aus der Fascho-Szene ausgestiegen und möchte mit seiner Freundin ein privates Leben führen. So wie er in den letzten Jahren alles nachgemacht hat, was seine großen Vorbilder ihm zeigten, so will er nun wohl auch mal das „Aussteigen" probieren. Kulik - das ist eine sehr merkwürdige Gestalt und es fällt sehr schwer, ihn ernstzunehmen. Doch muß man das wahrscheinlich trotzdem. Denn er war nicht nur ein kleiner Mitläufer, sondern hat sich zu einem großen Mitläufer hochgeschleimt. Bis hoch in die Etagen von **Arnulf Priem** und **Christian Worch**. Und bis zu **Bernd Koch**, den durch die Solinger Morde bekannt gewordenen Inhaber der Kampfschule, in der auch die Attentäter trainierten. Koch war außerdem Führer des ***Arbeitskreis Deutscher Interessen (ADI)*** und bald wurde Oliver Kulik zu seinem Vertreter in Berlin. Als Koch nach den Morden in den Hintergrund rückte, übernahm Kulik offiziell die ganze Organisation. Kulik wollte immer jemand sein, eine Persönlichkeit darstellen - und er machte sich dabei reichlich lächerlich. Seine Zeitung, die ***Elite***, reicht kaum an das Niveau einer durchschnittlichen Schülerzeitung heran, mit Computerkursen und Gedichten für seine Freundin. Irgendwan schaffte es Kulik, sich „Privatsekretär von Arnulf Priem" nennen zu dürfen. Er reiste mit ihm nach Hamburg zu Christian Worch und schrieb Artikel für die ***Neue Front***, der europaweiten internen Zeitung der Naziszene. Nun macht er einen auf Aussteiger, weil das wohl im Moment in ist bei den Faschisten. Wenn sich in der NS-Szene eine neue Mode durchsetzt, wird er sicher wieder mit dabei sein...

Nazi-Skins vor Gericht

JW 18.1.95 - Seit dem 17. Januar stehen sieben rechtsextreme Skins vor Gericht. Ihnen werden in 13 Fällen Raub, Erpressung, gefährliche Körperverletzung und andere Straftaten vorgeworfen. Die Angeklagten sollen im Oktober 94 in einer Gruppe von 20 bis 30 Leuten, nachdem sie aufgrund ihres Aussehens nicht in eine Disco eingelassen wurden, auf der S-Bahnlinie 8 ihre Opfer, die sie als Zecken oder als Ausländer beschimpften, mißhandelt und beraubt haben. Dabei wurde wiederholt Sieg-Heil gegrölt. Einige der Angeklagten sind schon geständig.

Drohbrief gegen Frauen

WGA - Mit dem Namen ***Militante Antifeministische Aktion (MAA)*** war Anfang Januar '95 ein Drohbrief gegen die Mitarbeiterin einer Radio-Frauenredaktion unterschrieben. Da der Name extra eingetragen wurde ist davon auszugehen, daß noch mehr dieser Briefe verschickt wurden. Zitat aus dem Brief: *„Die MAA ist willens, die Kriegserklärung der publizierenden feministischen Kämpferinnen anzunehmen und diesen entschlossene Kräfte entgegenzusetzen. Die MAA wird gezielt Exponentinnen des lokalen feministischen Establishments angreifen."*

Gegen die FAP im Prenzlauer Berg

WGA - Seit Monaten leiden vor allem linke und alternative Jugendliche unter dem Terror, den organisierte Neonazis im Stadtbezirk Prenzlauer Berg verbreiten. Immer wieder werden Leute mit „Gegen Nazis"-Aufnähern oder die das „falsche" Aussehen haben, gejagt, zusammengeschlagen und teilweise auch mit Waffen angegriffen. Besonders im nördlichen Teil des Bezirks ist die ***FAP*** sehr aktiv sowie ihre Jugendorganisation, die ***Deutsche Jugend***. Neben der Beteiligung an solchen Angriffen und Überfällen geht die FAP vermehrt mit Propaganda in die Öffentlichkeit, mit Plakaten, Zeitungen ***(„Angriff")*** und Interviews in den Medien. Dabei tut sich vor allem der Berliner Landesvorsitzende **Lars Burmeister** hervor. Dazu kommt auch der Brandanschlag auf den Eine-Welt-Laden, Mitte Januar, der ebenfalls der FAP bzw. ihrem Umfeld zugeschrieben wird. Im letzten Jahr beschloß die Partei nun, ihren Bundessitz Anfang 1995 nach Berlin zu verlegen. Dies alles und auch der 63. Jahrestag der Machtübergabe war für die „Antifa Prenzlberg" Anlaß, zusammen mit vielen anderen Gruppen, am 29. Januar '95 eine antifaschistische Demo durch den Kiez zu führen. Diese Demo sollte unter anderem auch durch die Grellstraße ziehen, in der sich eine Wohnung von Burmeister befindet. Diese Wohnung hat sich im Laufe der Monate zu einem Nazi-Treffpunkt entwickelt und war öfters Ausgangspunkt von Aktionen der Faschisten. Drei Tage vor der Demonstration wurde der gesamte Teil der Demo, der in die Nähe der Grellstraße liegt, verboten. Die Begründung lautete sinngemäß: Da die Demo eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit Burmeisters darstellt und auch eine Gefährdung seiner Person nicht ausgeschlossen ist, darf sie nicht durch die Straße gehen. Kurzzeitig wurde dieser Beschluß zwar vom Verwaltungsgericht zurückgenommen, später aber wieder bestätigt. In der Begründung wurde dem Veranstalter auch gesagt, daß die Wohnung im 4. Stock der Grellstr. 46a direkt zur Straße hin gelegen ist, und daher besonders gefährdet. Am Vorabend der Demo wurden in der Straße mehrere jugendliche Tagger von einer Gruppe Jungnazis angehalten und mit einem Messer bedroht. Unter den Faschos waren auch die Jugendlichen **Erik Kretzschmer** und **Riccardo Ackermann**, die bereits seit Jahren bekannt sind. An der Demo am 29. Januar nahmen dann etwa 2.500 Menschen teil. Die Polizei war wie gewohnt in voller Montur aufgefahren, unter anderem mit Wasserwerfern und Räumpanzern. Damit wollten sie angeblich einen Durchbruch in die Grellstraße verhindern. Die von den Polizei zur Schau gestellte Aggressivität entlud sich schließlich gegen Ende der Demo, als sie einigen Leuten die Tücher vom Gesicht reißen wollten und sich dafür durch die Demo prügelten. Auch auf der Abschlußkundgebung, als ein Kranz an dem ehemaligen „wilden KZ" Wasserturm niedergelegt wurde, begannen sie wieder zu provozieren und trieben schließlich die DemoteilnehmerInnen in alle Richtungen auseinander.

Rechte Gedenkbibliothek?

Taz 11.1.95 - Der 1989 vom „Neuen Forum" gegründete Verein ***Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus*** hat sich gespalten. Nachdem auf einer Mitgliederversammlung am 9. Januar '95 eine Diskussion um die Entschädigung der ehemaligen KZ-Wächterin **Margot Pietzner** abgelehnt wurde, verließen der Schriftsteller **Jürgen Fuchs**, die Havemann-Witwe **Katja Havemann** sowie mehrere Gründungsmitglieder aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung die Veranstaltung. Zurück blieb die rechtskonservative Mehrheit des Vereins und **Wolfgang Templin**, ehemaliger Bürgerrechtler und Gelegenheitsautor der rechten ***Jungen Freiheit***, der anschließend zum einzigen Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde. Templin hatte zuvor darauf gedrängt, daß nur ein neuer Vorstand die Vorgänge um das Verhalten der „Gedenkbibliothek" bei der Entschädigung von Margot Pietzner aufklären könne. Eine öffentliche Debatte hatte er zum Ärger von Jürgen Fuchs und den anwesenden BürgerrechtlerInnen abgelehnt. Anfang Dezember wurde bekannt, daß sich die Vorstandsmitglieder der „Gedenkbibliothek", **Siegmar Faust** und **Ursula Popiolek**, für eine Entschädigung von Pietzner für ihre Haft in der DDR und ihre Anerkennung als Opfer des Stalinismus eingesetzt hatten. Von den 64.350 Mark Entschädigung hatte Popiolek 15.000 Mark entgegengenommen, ihr Sohn 5.000 Mark und Faust 7.000 Mark. Sowohl Popiolek als auch Faust war bereits seit 1991 ein Hinweis bekannt, demzufolge Pietzner in einem Außenlager des KZ Ravensbrück als Wärterin tätig war. Auf einer Veranstaltung der „Gedenkbibliothek" Mitte Dezember '94 hatten zwar Popiolek und Faust ihre Ämter als Vorstandsmitglieder niedergelegt, die Forderung von **Bärbel Bohley** nach einer Entlassung von Ursula Popiolek als Leiterin der Bibliothek war allerdings entschieden abgelehnt worden.

Staatsschutz behält Akten

ASta TU, JW 10.1.95 - Am 9. Januar '95 besetzten StudentInnen der Technischen Universität die Räume des Präsidialamtes ihrer Lehranstalt. Ziel der Aktion war es, mit dem Präsidenten **Dieter Schuhmann** ein Gespräch über die Akten des ***Allgemeinen Studierenden Ausschusses*** (***AStA***) zu führen, die der Berliner ***Staatsschutz*** am 19. August 1994 und am 13. September 1994 bei einer richterlich bestätigten Haudurchsuchung mitgenommen und bis heute nicht zurückgegeben hat. Hintergrund war die Vorbereitung für die Autonome 1.Mai Demo 1993. Die Polizei hatte damals eine verdeckte Ermittlerin des ***Mobilen Einsatzkommandos*** in die linke Szene eingeschleust und so auch in die Demo-Vorbereitung. **Christiane Schmidke**, so ihr Name, wurde zwar Anfang 1994 enttarnt, aber mit dem von ihr gelieferten Material konstruierte der Staatsschutz eine Beschuldigung gegen den damaligen Sozialreferenten des AStA der Technischen Universität. Für diesen Vorwurf brauchten die Ermittler Aktenbelege, welche sie nicht erhielten - Darum die Durchsuchungen, doch das einzige was an den Unterlagen interessant sein könnte, sind zahlreiche Namen und Daten von Unbeteiligten. Nun ist das Verfahren eingestellt, die Fahnder behalten die Akten und der Staatsschutz weiß wieder mehr über die linken Strukturen.

Polizei erforscht sich selbst

JW 9.12.94 - Die Innenminister von Bund und Ländern haben bei der polizeilichen Führungsakademie Münster eine Studie zur Fremdenfeindlichkeit in der Polizei in Auftrag gegeben. Sie soll als Grundlage für eine verbesserte Aus- und Weiterbildung der Beamten dienen. In Rheinland-Pfalz hat es schon eine ähnliche Studie gegeben, die dazu führte, daß die Polizeilehrpläne geändert wurden. Im täglichen Dienst werden bei kritischen Einsätzen, wie z.B. bei kurdischen Demonstrationen, mehrere Polizeizüge gemischt. Dies soll verhindern, daß fremdenfeindliche Straftaten von Polizisten, die sich gut kennen, gedeckt werden.

Behinderter terrorisiert

BeZe 4.1.95 - Zum zweiten Mal ist der elektrische Rollstuhl des querschnittgelähmten Äthopiers **Nemera Desisa** in Flammen aufgegangen, diesmal in der Silvesternacht 1994/95. Dem Nachbar Desisas, der sich ihm gegenüber als Neonazi bekannte, konnte nichts nachgewiesen werden. Die Rechtextremismus Inspektion und der Staatsschutz haben bisher noch keine weiteren Informationen. Den 14 000 DM teuren Rollstuhl bezahlt zum Glück die AOK.

Bischöfe für Abschiebestopp

Taz 17.1.95 - Der evangelische Bischof **Wolfgang Huber** und der katholische Kardinal **Georg Sterzinsky** haben in gemeinsamen Briefen an Berlins Regierenden Bürgermeister **Eberhard Diepgen** und Brandenburgs Ministerpräsidenten **Manfred Stolpe** eine Änderung des Ausländergesetzes verlangt. Sie sprachen sich für eine Neuregelung aus, die zum Ziel habe, das bereits durch eine Mehrheit der Bundesländer im Bundesrat ein Abschiebestop erlassen werden könne. Die führenden Geistlichen beklagten, daß zur Zeit die Stimme des Bundesinnenministers oder eines Bundeslandes ausreiche, um einen mehrheitlich befürworteten Gruppenschutz von gefährdeten Ausländern zu verhindern. Der Erlaß eines Abschiebestopps werde immer wieder blockiert. Mit „wachsender Sorge" beobachteten sie die Situation von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen sowie solcher Asylsuchender, die sich in ihrer Heimat einer Gruppenverfolgung ausgesetzt sehen, heißt es in den Schreiben.

REP-Funktionär ficht Bundestagswahl an

Tsp 6.1.95 - Ein abgewiesener ***REP-Kandidat*** hat die Bundestagswahl in Berlin-Mitte/ Prenzlauer Berg angefochten. In diesem Wahlkreis zog **Stefan Heym** von der ***PDS*** ins Bonner Parlament ein. **Detlef Mahn**, Fraktionschef der ***Republikaner***, war vom Landeswahlausschuß nicht als Direktbewerber zugelassen worden. Er hatte die erforderliche Mehrheit nicht erhalten. **Mahn** hält dagegen, daß der Landeswahlausschuß die Enthaltungen als Gegenstimmen gewertet hat. Über die Klage muß der Wahlprüfungsausschuß des Bundestages entscheiden. Bekommt **Mahn** Recht, muß die Wahl wiederholt werden.

Afrika-Rat gegründet

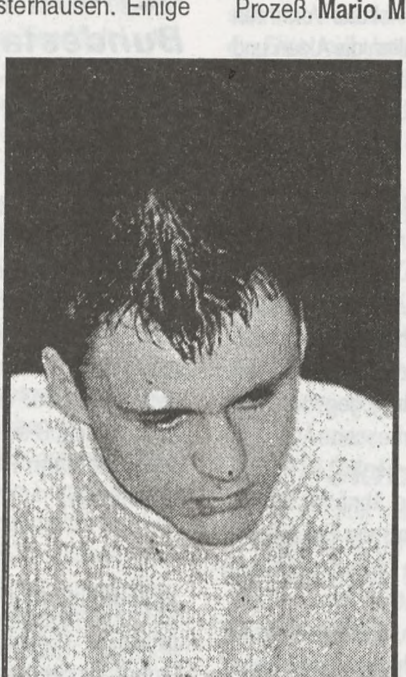
JW 24.11.94 - In Berlin haben sich 22 afrikanische Organisationen zu einen ***Afrika-Rat*** zusammengeschlossen. Der hauptsächliche Grund dafür war die zunehmende Gewalt gegen hier lebende AfrikanerInnen und die zunehmende Diskriminierung von ihnen. *„Wenn man bedenkt, daß, obwohl wir eine Minderheit sind, wir mit die größten Opfer zu beklagen haben, ist es deshalb umso dringender, mit unseren Forderungen nach Leben und Recht auf Mitbestimmung an die Öffentlichkeit zu treten"*, so ein Mensch des Afrika-Rates. Die MitarbeiterInnen des Afrika-Rates arbeiten gezwungenermaßen ehrenamtlich.

Sozialistischer Gedenkmarsch

Taz 15.1.95 - Am Sonntag den 15. Januar 95 haben mehr als 80.000 Menschen in einem Demonstrationszug die ermordeten SozialistInnen **Rosa Luxemburg** und **Karl Liebknecht** geehrt. Die beiden wurden vor 76 Jahren ermordet. Ihre Gräber auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde waren mit Nelken übersäht. Auch die „Gedenkstätte der Sozialisten" und die dort begrabenen DDR-Politiker Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wurden mit Blumen geschmückt. Bereits am Mittag hatten sich nach Schätzungen der Polizei 50.000 Menschen versammelt. Beamte vor Ort sprachen von wesentlich mehr Demonstranten. Der Demonstrationszug wurde angeleitet von der Parteispitze der ***PDS***. Genau wie jedes Jahr versammelten sich dort auch wieder Tausende von Stalinisten und DDR-Nostalgikern.

Mordversuch in KW

BeZe,JW,RA 11,12,19.1.95 - Am 9. Mai 1992 kam nach Mitternacht ein rassistischer Mob mit deutschen Gruß in ***Ollis Disco***, eine Disco in Wendisch-Rietz bei Königswusterhausen. Einige Männer aus der KW'er Nazitruppe bemerkten den Nigerianer **Steve E.** und provozierten ihn mit Ausdrücken wie *Negerschwein*, als er versuchte zu fliehen wurde er gestellt. Wie in Ekstase - so beschreiben es die drei Angeklagten einmütig - habe **Kai Müller** auf den Schwarzen eingetreten und geschlagen. Mit rassistischem Gejohle und Rufen wie *Ku Klux Klan* und *White Power* brachte sich die Meute in Lynchstimmung. Die Gruppe bildete einen Ring und hinderte so das Disco-Personal zu helfen. Sie schlugen ihr Opfer bis zur Bewußtlossigkeit, nachdem sie es nicht schafften den Schwarzen anzuzünden wurde Steve zum Scharmützelsee geschleift und ins Wasser geworfen. Ein Disco-Angestellter zog den Schwerverletzten aus dem Wasser und rettete ihm so das Leben. Kai Müller wurde am 19. Dezember 1992 zu acht Jahren Haft verurteilt. Beim zweiten Prozeß im Dezember 1993 endete das Verfahren vor dem Landgericht Potsdam gegen **Silvio Arndt**, **Mirko Schröter**, **Bertram Schulz** und **Diana Dubinske** mit Jugendhaftstrafen zwischen drei und vier Jahren. Mirko S. und Bertram S. wurden während ihrer Inhaftierung vom ***Internationalen Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörigen (IHV)*** betreut. Laut der Broschüre ***Hinter den Kulissen*** war Mirko S. aus Senzig an einen Überfall von ca. 20 Nazi-Skins auf die Disco ***Grüner Baum*** in Wolzig 1991 beteiligt.



Mario M.

Am 22.12.1994 wurde er in Potsdam wegen Mordversuch an dem Nigerianer zu vier Jahren Haftstrafe verurteilt. Vor dem Potsdamer Landgericht begann am 11. Januar 1995 der dritte Prozeß. **Mario. M** (21), **Bruno. J** (19) und **Axel. P** (19) stehen wegen Körperverletzung und der Verwendung von Kenzeichen einer nationalsozialistischen Organisation vor Gericht. Am 18. Januar 1995 begann der Prozeß gegen den 24jährigen ***Carsten Szczepanski*** ein Hauptverantwortlicher des Angriffs und erfahrener Nazi-Nachwuchskader. Carsten S. ist einschlägig bekannt als führendes Mitglied der nun verbotenen ***Nationalen Front (NF)*** und hat als Herrausgeber der stumpfen Nazi-Szine ***United Skins*** gute Kontakte zu Fascho-Bands. Er steht unter schweren Verdacht, am Abrennen des Flüchtlingsheims in Dolgenbrodt beteiligt gewesen zu sein und dafür Geld bekommen zu haben. Darüberhinaus stieg er zum ***Gauleiter Mitteldeutschland*** der faschistischen Gefangenenhilfsorganisation ***IHV*** auf. Seit seiner Inhaftierung hat seine Verlobte, ***Christiane Sempf***, diese Funktion übernommen. Carsten Szczepanski war Kontaktadresse für den ***Ku Klux Klan*** in Deutschland und fungierte als **Grand Dragon** (Leithammel), der 1991 entandenen KKK Gruppe: ***White Storm*** aus Berlin und war Herausgeber des KKK-Blättchens ***Feuerkreuz***, welches sich bei der ***Anti-Antifa*** beteiligt und Adressen von AntifaschistInnen veröffentlicht. Seinen letzten großen Auftritt hatte er bei einem Nazi-Konzert in Prieros, welches als eine „Geburtstagsfeier" von **Markus Schmidt** auf dem Gelände seines Vaters **Wolfgang Wendland** stattfand. Da er an der Organisation des Konzertes beteiligt war wurde er zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt. Als Anwalt fungierte der bekannte Berliner Nazi-Anwalt **Aribert Streubel**, zu dessen Klienten auch Personen wie **Arnulf Priem** gehören.

Axel P.

Überfall auf DGB-Stätte

RA 5.1.95 - Schwere Sachbeschädigung in einer erst kürzlich eröffneten Jugendbegegnungsstätte in Flecken-Zechlin: Dort sind unbekannte Täter am 29. Dezember letzten Jahres eingedrungen. Sie demolierten den Eingangsbereich, traten alle 32 verschlossenen Türen mit den Füßen ein, schmierten Hakenkreuze und Farbe an die Wände, außerdem stahlen sie elektrische Geräte. Der DGB-Landesvorsitzende Rissmann schätzte den Schaden auf 200.000 Mark. Von den Tätern fehlt laut Rissmann jede Spur.

BGS mißhandelte polnischen Arzt

JW 19.1.95 - Am 15. Dezember '94 hatte sich Waldimir Kalita, praktizierender HNO-Arzt, mit einer Nachbarin per Auto auf den Weg in die deutsche Stadt Guben gemacht. Auf dem Heimweg steckte er im Grenzstau, unglücklicherweise mußte er dabei auf einem Bahnübergang halten. Plötzlich wurde sein Wagentür von zwei BGS-Beamten aufgerissen, in grobem Ton wurde er dazu aufgefordert, sich sofort auszuweisen. Aus Angst vor der Aggressivität der beiden Beamten wollte er die Autoür schließen und durchs Fenster weiterreden. Doch das war den Beamten schon zuviel. Sie schlugen ihm ins Gesicht und zerrten ihn aus dem Wagen, so daß er mit dem Kopf auf den Asphalt prallte. Zu zweit traten und schlugen sie mehrere Minuten auf ihn ein. Mit den Worten *„Mach den Mund zu, ich kenne dein Volk"* legte ihm einer der Beamten Handschellen an. Er wurde in ein Polizeiauto gestoßen, wo seine Daten erfaßt wurden, dann erst ließ man ihn weiterfahren. Als er im zuständigen Gubener Polizeirevier seine Aussage machte, tauchten die beiden Beamten erneut auf und bedrohten ihn wieder. Die verantwortliche Dienststelle des Bundesgrenzschutzes in Eisenhüttenstadt erklärte: „Wir wissen um den Vorgang, verweigern aber jegliche Auskunft."

Prozeß gegen Nazis in Neuruppin

RA, MAZ 16.11.-24.12.94 - Am 15. November 1994 begann vor der 2. Großen Strafkammer des Neuruppiner Landgerichts der Prozeß gegen 14 Neonazis, welcher acht Verhandlungstage dauerte. Die Anklagen lauten u.a. auf Körperverletzung, Sachbeschädigung, Verwendung von Hitlergruß und Naziparolen sowie Landfriedensbruch. Angeklagt waren u.a. **Dirk Bittner, Christoph Schwarz, Sören Kähne, Marcel Vogt, Sven Abicht, Guido Baumann, René Haack, Mark Dommenz, Heino Fried, Stefan Schäfer, Dirk Nolze** und **Heiko Walter**. Sie sollen an insgesamt vier Überfällen in den Jahren 1993 und '94 beteiligt gewesen sein.

Am 18. Dezember 1993 provozierten Rechtsradikalen in Wustrau in der ***Clubgaststätte Wustrau*** eine Schlägerei, bei der Gäste und Personal attackiert und dabei teilweise schwer

verletzt wurden. Mobiliar, Garderobe und Scheiben gingen zu Bruch, der Schaden beträgt eine fünfstellige Summe. Danach marschierte die Meute in Zweierreihen raus. Der Wirt Udo Gabelmann und seine Kinder erhielten kurz nach der Tat Drohanrufe und wurden auf der Straße aufgefordert nicht auszusagen, da sonst ihre Gaststätte brennen würde. Seiner Tochter verbot Gabelmann vor Gericht zu reden und so wurde erst einmal gar nicht klar, wer nun genau beteiligt war.

Das setzte sich beim nächsten Prozeßtermin den 22. November '94 fort: Fast alle Angeklagten wurden am 7. Januar 1994 im ***Brandenburger Hof*** in Rheinsberg gesehen, wo später mehrere Gäste und der Wirt brutal zusammengeschlagen wurden, außerdem wurden Naziparolen gebrüllt und Steine sowie Blumenkästen flogen durch die Scheiben. Es gelang aber schließlich die Neuruppiner aus der Disco zu drängen, dabei wurde ein Rheinsberger mit einer Gaspistole beschossen. Die Rechtsradikalen rissen allerdings noch einen Rheinsberger mit und schlugen diesen zusammen. Als der Wirt und ein Gast vor die Tür gingen, entdeckten sie zwei Rechtsradikale, die gerade einen Fahrradständer durch das Fenster werfen wollten, dann aber wegliefen. Als der Wirt einen von beiden schnappte, fuhren zwei Pkw vor, andere Faschos stiegen aus und schlugen und traten die beiden so sehr zusammen, daß der Wirt seitdem ein Nierenleiden hat. Auch beim diesem Fall sollten die Zeugen beeinflußt werden. Ein Mädchen wurde von dem Angeklagten Stefan Schäfer besucht, der versucht hat, sie dazu zu bringen, daß sie aussagen soll, ihn nicht in Rheinsberg gesehen zu haben.

Beim vierten Verhandlungstag am 29. November 1994 platzte es gleich zu Beginn der Zeugenvernehmung aus der 14jährigen **Andrea W.** heraus: *„Dirk Bittner hat mir gesagt, daß er mich umbringt, wenn ich hier gegen ihn aussage."* So mußte der 20jährige Bittner erstmal den Saal verlassen, als Andrea aussagte - wieder Zeugeneinschüchterung. Am 29. Oktober 1993 zog der Fascho-Trupp nach einer privaten Feier in den Jugendclub ***08/15***. Als zwei Stammgäste die Toilette aufsuchen wollten und daran gehindert wurden fing eine Schlägerei an. Dirk Bittner hätte angefangen zu randalieren und sich zu prügeln, worauf Mark Dommenz die Prügelnden auseindergebracht haben will. Bei der Schlägerei hat sich Sören Kähne besonders durch das Prügeln mit einen Billiardstock hervorgetan und auch ein Schlagring war im Spiel. Während dieser Aktion wurde *„Sieg Heil"* gerufen, die entsprechende Armbewegung gemacht und Nazilieder gegröhlt. Dirk Bittner wurde später am Abend noch festgenommen, natürlich nicht ohne Widerstand. Dem Polizisten drohte er, daß er ihn kaltmachen werde.

Von massiven Drohungen sprachen mehrere Zeugen auch am fünften Verhandlungstag, bei dem die Vorfälle Silvester und am 28. Januar 1994 behandelt wurden. Der 21jährige **Andi** zog seine Anzeige wegen Körperverletzung zurück, nachdem er auf offene Straße bedroht und sein Cousin zusammengeschlagen wurde. Mitte Januar sagte man ihm, daß *„mächtige Leute aus dem Oranienburger Kreis"* auf ihn angesetzt worden sind - er zog nach Westdeutschland. Aussagen mußte er dennoch - und brachte keine Klarheit in die Vorfälle, die sich in der Silvesternacht 93/94 im ***Jugendclub Alt-Ruppin*** ereigneten. Vor Gericht nannte er andere Namen, als er zuvor gesagt hatte und machte die Geschichte gleich etwas harmloser. Es sei zu einem kurzen Handgemenge mit einem Neuruppiner gekommen, welcher dann mit Freunden zurückkam. Dann habe die Schlägerei begonnen bei der er durch eine Glastür gestoßen wurde. Diesmal „nur" 6.000 DM Sachschaden. Am 28. Januar 1994 wurde ein junger Autofahrer zusammengeschlagen, weil er zuvor einen Golf und einen Renault überholte hatte. Dadurch fühlte sich die Faschotruppe beleidigt. Sie hinderten ihn an einer Ampel an der Weiterfahrt, zogen ihn aus dem Auto, schlugen und traten ihn, danach warf der Angeklagte Dirk Nolze ihn gleich zweimal die Böschung an der Alt-Ruppiner Brücke hinunter. Sein Beifahrer kam erst gar nicht zum Prozeß - *„aus Angst um mein Leben"*, wie er zuvor telefonisch mitgeteilt hatte. Kein Wunder, daß ein Zeuge der zuvor mit anschauen mußte, wie sein Freund zusammengeschlagen wurde, sich nicht in den Gerichtssaal traut. Die Fahrerin des Renaults, die 22jährige **Dana K.** sagte aus sie hätte nichts gesehen und gehört da sie mit ihren Auto beschäftigt gewesen sei (nun hat sie ein Verfahren wegen Falschaussage am Hals). Eine 16jährige, die zuvor noch bei der Polizei aussagte, konnte sich auf einmal an nichts mehr erinnern. Andere Zeugen distanzierten sich im Nachhinein von ihren Aussagen und wollten sich nicht mehr festlegen.

Am sechsten Verhandlungstag, dem 6. Dezember 1994 ging es um einen Vorfall im Sommer 1993, als Zivilpolizisten die Rechtsradikalen an der Weiterfahrt hindern wollten und daraufhin ihr Auto beschädigt wurde. Als Täter erkannten sie René Haack, der auch geständig ist. Außerdem stellte ein Anwalt ein Antrag auf Verfahrens-Aussetzung da zwei Lichtbilder der Angeklagten fehlen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Am 14. Dezember wurden dann die Urteile für elf der 14 Angeklagten gefällt. Die Rechtsradikalen konnten aufatmen, da die Strafen alle auf Bewährung wurden. Selbst Haack, für den die Staatsanwaltschaft 18 Monate forderte, kam mit acht Monaten auf Bewährung davon. Dirk Bittner wurde zu 18 Monaten Jugendstrafe verurteilt, u.a. deshalb, weil er die 14jährige Zeugin mit dem Tod bedroht hat. Mark Dommenz und Heino Fried wurden lediglich verwarnt und müssen 1.000 bzw. 1.500 DM an eine gemeinnützige Organisation zahlen. In einem Flugblatt kritisierten die örtlichen Antifas, daß das Geld so in der Familie bleibt, da sich diese Organisation um die Rechtsradikalen kümmert. Sie sind der Meinung, daß das Geld besser zu den Opfern faschistischer Gewalt fließen sollte. Das Verfahren gegen Marcel Vogt wurde abgetrennt, da sein Rechtsanwalt mit Hilfe neuer Zeugen (die Ordnungskräfte der Disco) beweisen will, daß sein Mandant unschuldig sei.

Jugendliche wehren sich

HdK 1/95 - In Heckelberg wurden, vermehrt im Dezember 94, linke Jugendliche von Faschisten zusammengeschlagen. Der örtliche Jugendclub wurde angegriffen. Die Jugendlichen versuchten dem rechten Terror etwas entgegenzusetzen und verteidigten sich. In diesem Selbstschutz sah die Stadt eine größere Gefahr, als in den Übergriffen der Neo-Nazis, der Jugendclub wurde zwangsweise geschlossen. Die Märkische Oderzeitung veröffentlichte daraufhin einen reißerischen Artikel über die „linken Chaoten" in Heckelberg.

Berliner stand Ausländern bei

BeZe 20.1.95 - Ein couragierter Berliner stand auf dem Bahnhof von Fürstenwalde zwei Ausländern bei, einem Schwarzafrikaner und einem Asiaten. Diese wurden am 18. Januar '95 von Jugendlichen mit den Worten „Bimbo" und „Reisfresser" angepöbelt. Der Berliner forderte die Jugendlichen auf, diese Pöbelein zu unterlassen. Dafür wurde er mit einem Messer bedroht. Der Berliner konnte noch die Polizei rufen. Kurze Zeit später wurde der Rädelsführer auf einem verlassenem Betriebsgelände vorläufig festgenommen. Von den anderen vier Jugendlichen wurden die Personalien aufgenommen.

Anti-Rassismus-Preis

ND 18.1.95 - In diesem Jahr wird von der Ausländerbeauftragten **Almuth Berger** ein Anti-Rassismus-Preis vergeben. Er trägt den Titel „Zivilcourage und Toleranz" und soll am 21. März anläßlich des Internationalen Anti-Rassismustages in Potsdam vergeben werden. Mit ihm sollen vor allem Einzelpersonen und Initiativgruppen geehrt werden. Gewidmet ist die Auszeichnung Antonio Amadeo, der als erstes Rassismusopfer in Brandenburg 1990 an den Folgen eines ausländerfeindlichen Überfalls starb.

Ghanaer bleibt bei seiner Aussage

BeZe 12.1.95 - Der 25jährige Ghanaer Martin Agyare bleibt bei seiner Aussage, Fascho-Skins hätten ihn im vergangenen September bei Hohen Neuendorf aus der fahrenden S-Bahn geworfen. Der afrikanische Asylbewerber wurde am 11. Januar 95 über viereinhalb Stunden lang von KriminalistInnen und Neuruppiner Staats-

anwältInnen vernommen. Ende November hatte der Ghanaer die Aussage noch verweigert, nachdem die Ermittler Zweifel an seiner Aussage geäußert hatten. Seine Anwältin gab bekannt, daß ihr Klient seine Aussagen „in allen wesentlichen Punkten wiederholt und bekräftigt" habe. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin wollte zu den neuesten Aussagen noch keine Angaben machen. Agyare war von Bahnarbeitern gefunden worden, nachdem er von Skinheads zusammengeschlagen und aus der fahrenden S-Bahn geworfen wurde. Er hatte zu diesem Zeitpunkt einen Schädelbruch und Stichverletzungen am ganzen Körper. Im Krankenhaus mußten ihm dann der linke Oberschenkel und zwei Zehen des rechten Fußes amputiert werden. Zuletzt hatte der leitende Oberstaatsanwalt Erardo Rautenberg deutliche Zweifel an den Aussagen gehegt, denn trotz der ausgesetzten Belohnung von 20.000 DM hat sich keiner der 15 Mitreisenden gemeldet. Auch die deutschen Bekannten, die Agyare angeblich in Oranienburg erwartet haben sollen sind nirgends aufzufinden. Es ist auch verwunderlich, warum keiner der anderen Zugführer den verletzten Mann dort hat liegen sehen, denn in der Zeit in der er dort lag, müssen ihn beinahe 200 Züge passiert haben, so der Staatsanwalt.
Der erste Anwalt des Opfers hatte den Aussagen seines Mandanten wenig Glauben geschenkt. Jedoch sammelte der gemeinnützige „Kiwanis Club Brandenburg", dessen Präsident er ist bereits 48.000 Mark. Das Geld liegt inzwischen auf einem Sonderkonto und wurde eingefroren.

"Ausländerbericht"

Tsp 24.12.94 - *„Vorurteile, Diskriminierung und rassistisches Verhalten gegenüber Ausländern sind nicht zurückgegangen"* - zu dieser Einschätzung kommt die Landesausländerbeauftragte **Almuth Berger**. Am 23. Dezember '94 stellte sie in Potsdam den ersten „Ausländerbericht" für Brandenburg 1991-94 vor. Allerdings gebe es den positiven Trend, daß Angriffe und Straftaten gegen AusländerInnen deutlich abgenommen hätten. In vergangenen Jahr wurden 70 fremdenfeindliche Straftaten registriert - gegenüber 235 im Jahr 1993. *„Wir haben aber keinen Anlaß uns zurückzulehnen"*. Um Fälle alltäglicher Diskriminierung unterhalb der justiziablen Schwelle zu sammeln und zu dokumentieren, habe sie in ihrem Büro eine Ansprechstelle für Betroffene eingerichtet. Für problematisch halte sie nach wie vor, daß für die BürgerInnen Brandenburgs im Grunde relativ wenig Chancen bestünden, im Alltag Menschen aus anderen Nationen kennenzulemen. Die 42.000 in Brandenburg lebenden AusländerInnen bildeten mit 2 Prozent an der Gesamtbevölkerung eine geringe Minderheit. Die Hauptgruppe sind 1.800 osteuropäische ImmigrantInnen. Die Zahl der Flüchtlinge habe im Zuge der Verschärfung des bundesdeutschen Asylrechts rapide abgenommen. 1992 gab es noch 33.000 AsylbewerberInnen, untergebracht in 142 Heimen, derzeit leben 8.752 Flüchtlinge in 51 Heimen.

Bremen

Betrugspartei DVU?

BeZe 4.1., JW 5.1.95 - Ageordneten der im Bremer Parlament vertretenen rechtsextremen ***Deutschen Volksunion (DVU)*** und der ***National-Konservativen Gruppe (NK)*** wird Mißbrauch von öffentlichen Zuschüssen vorgeworfen. Die Abgeordneten sollen seit 1991 sechsstellige Beträge zur unerlaubten Parteienfinanzierung oder für private Zwecke mißbraucht haben. Inzwischen wurde den beiden Parlamentsgruppen die öffentlichen Zuschüsse gesperrt.

Hamburg

Gegen „Graue Wölfe"

Taz 31.12.94 - Der Brandanschlag auf eine türkische Teestube in Geesthacht am 28. Dezember '94 ist offensichtlich ein linker Anschlag gewesen. Wie die Sonderkommission aus Lübeck vermutet, haben linke Türken das Lokal angezündet, weil sich dort Mitglieder der türkischen Faschistengruppe ***Graue Wölfe*** getroffen haben. Beim Brand war ein Sachschaden von 250.000 Mark entstanden.

FAP warnt ihre Mitglieder

AN 1/95 - Auf dem ***Nationalen Infotelefon*** in Hamburg wurde Mitte Dezember folgende Warnung verbreitet: *„Wie inzwishen bekannt wurde, plant die Bundesregierung das Verbot weiterer nationaler Organsationen; Deutsche Nationalisten, Direkte Aktion Mitteldeutschland, Junge Nationaldemokraten, Hilfsgemeinschaft Nationalpolitischer Gefangener. Nationale Anwälte prüfen zur Zeit die Verbotsmöglichkeit gegen die JN (kein Verein). Bereits seit zwei Wochen halten sich Gerüchte, wonach die Bundesregierung in einem großangelegten Schlag bundesweit rund 500 Wohnungen von nationalen Bürgern .. durchsuchen will. Da die Verbotsanträge gegen die* ***FAP*** *und die* ***Nationale Liste NL*** *noch in der Schwebe sind, können auch diese Parteien davon betroffen sein. Alle Mitglieder der genannten Organisationen müssen mit Hausdurchsuchungen ... rechnen. Im Haus und in der Wohnung haben nichts mehr zu suchen: Mitgliederlisten, Kassenbücher, Beitragslisten und belastendes oder gar strafbares Material - also z.B. Aufkleber von verbotenen Organisationen und verfassungswidrige Kennzeichen. Lagert jedoch auch nichts im eigenen Pkw, im Keller und im Dachboden oder auf der Arbeitsstelle. Je nach Durchsuchungsbefehl können auch diese Orte durchwühlt werden. Trotzdem ruhig und gelassen bleiben und unter gar keinen Umständen etwas mit Gewalt ändern wollen! Vieles zeigt, wie weit der Verfall des Systems fortgeschritten ist. Wir werden auch in Zukunft politisch tätig sein. Die nationale Rechte stirbt nicht"*. Außerdem wurde mitgeteilt, daß die FAP alle ihre Gruppierungen in und um Hamburg am 4. Dezember 1994 aufgelöst hat. Die bisher in Krupunder ansässige Bundesgeschäftsstelle wird entsprechend einem Beschluß vom 14. März 1992 ab Januar '95 nach Berlin verlegt.

Hessen

Morddrohung gegen Marburger AStA

ND 19.1.95 - Der Allgemeine StudentInnenausschuß (AStA) der Universität Marburg hat eine Morddrohung einer ***NSDAP-AO West- und Mitteldeutschland*** erhalten. Auf zynische Art wurde den Studentinnen gedroht, daß sie verbrannt werden würden. Die AStA-Leute nehmen diese Drohung sehr ernst, da bereits Anfang Dezember '94 die Geschäftsräume des Ausschusses Ziel eines verheerenden Brandanschlags waren. Dabei wurde das Geschäftszimmer teilweise und die eigene Druckerei vollständig zerstört. Außerdem verbrannten Teile des Archivs und wichtige Akten. Als Drahtzieher werden Rechtsextremisten vermutet. Der AStA hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Rechte Beamte

ND 18.1.95 - Die hessische Landesregierung will jetzt gegen Beamte Ermittlungen einleiten, die Funktionäre oder Mandatsträger der ***REPs*** sind. Dies bestätigte der Sprecher des Innenministeriums in Wiesbaden. Es gehe aber nicht um eine Vorverurteilung, sondern um Vorermittlungen. In anderen Bundesländern war bereits im vergangenen Jahr gegen Beamte ermittelt worden, die für die REPs kandidierten. Zum Beispiel wurden in Bochum zwei Gymnasiallehrer aus diesem Grund vom Dienst suspendiert. In München wurde einem Polizisten die Teilnahme an einem Auslandseinsatz untersagt.

Späte Gedenkstätte

Taz 16.1.95 - Fünf Jahre nachdem der damalige Frankfurter Oberbürgermeister **Volker Hauff** (SPD) die Einrichtung einer zentralen Holocaust-Gedenkstätte in der Bundesrepublik vorgeschlagen hatte, ist dieses Projekt jetzt in die Tat umgesetzt worden. Mit einem Festakt im Frankfurter Schauspielhaus ist gestern das ***Fritz Bauer Institut*** als Stiftung öffentlichen Rechts gegründet worden. Es ist das erste Studien- und Dokumentationszentrum im Land der Täter, das der

Geschichte und Wirkung der nationalsozialistischen Massenvernichtung gewidmet ist. Die Einrichtung versteht sich allerdings weder als Museum noch als Gedenkstätte. Sie soll sich als interdisziplinäres Forschungskolleg mit unterschiedlichen Aspekten des millionenfachen Mordens beschäftigen. Neben der Auseinandersetzung mit den Tätern und Mitläufern soll auch die Wirkungsgeschichte des Holocaust in den deutschen Nachkriegsstaaten ein Schwerpunkt sein. Im Unterschied zu den Initiatoren eines zentralen „Holocaust-Museums" in Berlin geht man in Frankfurt davon aus, daß museale Formen pädagogischer Vermittlung und „liturgische" Formen des Gedenkens hierzulande problematisch und erst noch zu entwickeln sind.

Briefträgers Zivilcourage

Taz 22.12.94 - Am 20. Dezember 1994 entschied die 7. Kammer des Landesarbeitsgerichts Hessen zugunsten von Briefträgern, die sich geweigert hatten, während der hessischen Kommunalwahlen 1993 Postwurfsendungen der rechtsradikalen ***Deutsche Volksunion (DVU)*** auszutragen. Daraufhin bekamen sie von ihrem Arbeitgeber neun Abmahnungen, die nach dem Urteil nun zurückgenommen werden müssen. Damit wurde ein Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt/Main bestätigt, das bereits im Dezember 1993 ZustellerInnen den Rücken stärkte, die aus Gewissensgründen die DVU-Zeitung mit dem Titel *„Für ein deutsches Frankfurt"* nicht austragen wollten. Die Post hatte damals gegen das Urteil Berufung eingelegt. Hintergrund für die Abmahnungen war ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes (VGH) in Baden-Württemberg. Der VGH hatte in einem Eilverfahren entschieden, daß die Post als Monopolbetrieb verpflichtet sei, auch auch Sendungen der DVU zu befördern. Zunächst hatte sich die Post nämlich mit den Briefträgern, die die Briefe liegen ließen, solidarisiert. Doch nach dem VGH-Urteil aus dem Süden vollzog die Postleitung einen Schwenk und überzog die BriefträgerInnen mit Disziplinarverfahren und Abmahnungen. Die Frankfurter ZustellerInnen wollen ihre Linie auf jeden Fall beibehalten: Denn auch im Landeswahlkampf 1995 soll keine rechtsextreme Propaganda in die Briefkästen gelangen...

Mecklenburg-Vorpommern

Ex-NPD-Mann verurteilt

Tsp 17.12.94, BeZe 17./18.1.95 - Der Ex-***NPD***-Kreisvorsitzender von Hagenow, **Rüdiger Klaasen**, wurde in einem Revisionsverfahren vom Landgericht Schwerin zu 3 1/2 Jahren Haft verurteilt. Er wurde neben versuchten Mordes auch des schweren Landfriedensbruchs, der gefährlichen Brandstiftung und der versuchten gefährlichen Körperverletzung für schuldig gesprochen. In der Anklage lautet es, Klaasen hat einen Anschlag auf eine Asylbewerberheim geplant und dabei den Tod von vielen Menschen billigend in Kauf genommen.- Der 27jährige hatte 1992 einen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Bahlen bei Boizen organisiert. Nach dieser Tat hat er noch etwa 40-50 Jugendliche für die rechte Szene rekrutiert.

Niedersachsen

Nicht vergessen: Immer am 20. ist Redaktionsschluß! Fax für Eilige: 030 / 694 67 95

Antifas vom LKA observiert

JW 31.12.94 - Die Generalbundesanwaltschaft hat jetzt Teile ihrer Akten über das Verfahren gegen die Göttinger Autonome Antifa M offengelegt. 31 Ordner wurden als „vorläufig wesentliches Ergebnis" bezeichnet. Es wurde festgestellt, daß es sich doch nicht um eine terroristische (StGB §129a), sondern um eine kriminelle Vereinigung (StGB §129) handelt. 25 Personen sind von der Arbeit des nidersächsischen Landeskriminalamts (LKA) betroffen. Seit 1991 wurden Telefonate aller Betroffenen protokolliert, fast alle Veranstaltungen vom LKA beobachtet, wöchentliche Gruppentreffen per Video überwacht und Einzelpersonen observiert. Der Grund für dieses harte Vorgehen des LKA's ist, daß der Antifa M neben Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, auch Kontakte zur RAF vorgeworfen werden.

Nazi-Anschlag auf NPD'ler

Taz 29.12.94 - Unbekannte haben versucht, im niedersächsischen Northeim einen Sprengstoffanschlag auf den Thüringer Landesvorsitzenden der rechtsextremen ***Nationaldemokratischen Partei*** (NPD) zu verüben. Eine Polizeistreife habe am Sonntag eine Handgranate unter dem Wagen des NPD-Landeschefs **Frank Golkowski** entdeckt. Die Granate sei so installiert gewesen, das sie beim anfahren auf denn Boden gefallen und explodiert wäre. Die Northeimer Polizei hatte ihre Kontrollen um das Haus Golkowski verstärkt, nachdem ihr über „innerparteiliche Säuberungsaktionen" in der NPD berichtet worden war.

Nazi-Terror in Hofgeismar

Fight the Power #14 - In Hofgeismar, einer Kleinstadt 20 km nördlich von Kassel, sind seit Ende 1992 organisierte Faschos stark aktiv. Als Hauptteffpunkt diente bis Ende 1993 die Bahnhofsgaststätte, wo nicht nur Faschos aus Hofgeismar einkehrten. Dort waren Größen aus Hamburg, Gießen, Göttingen usw. zu finden. In der Stadt waren Aufkleber der ***NSDAP/AO*** zu finden, als auch selbstgemachte Spuckies unter dem Namen ***Anti-Türken-Kommando***. Begründer dieses „ATK"s ist **Marco Brandau**, ein 17jähriger Aktivist der ***FAP***. Brandau ist als Brutaloschläger bekannt. Er hat unter anderem Behinderte mit CS-Gas und Knallern angegriffen und SchülerInnen mit dem Messer bedroht. Kopf der Hofgeismarer Faschos ist der ca. 28jährige Skinhead **Norbert Ernst**. Er organisierte jährlich Skinheadparties als auch ein Konzert der Naziband ***Endstufe***. In den Jahren 1984/85 soll er in den Wäldchen um Hofgeismar Wehrsportübungen durchgeführt haben. Er schrieb regelmäßig für das Skinzine ***Spaß und Froide*** und pflegt sowohl überregionale als auch internationale Kontakte. Seit 1992 gab es zahlreiche Angriffe auf „ausländisch" aussehende Menschen, bekannte Schwule und Linke. Am 2. September'93 berichtete die Regionalzeitung HNA erstmals über die Aktivitäten der „rechten Szene". Da gab SPD-Bürgermeister **Horst Buchhaupt** auf eine Anfrage von zwei Stadtverordneten der Grünen bekannt, daß ihm und dem zuständigen Ordnungsamt nichts bekannt sei. Ende '93 war die Bahnhofsgaststätte dann geschlossen, die Stadt hatte den Pachtvertrag nicht verlängert. Plötzlich war auch Bürgermeister Buchhaupt betroffen. So erklärte er auf einer Podiumsdiskussion mit 400 ZuschauerInnen: *„Wir haben schon viel zu lange zugeschaut"*. Kirche, Schulleiter und einer vom Innenministerium redeten über diffuse Angst, Sprachprobleme und Ratlosigkeit ... das Überprüfen eigener Verhaltensweisen sowie die Einrichtung eines runden Tisches . Die BürgerInnen durften dann auch was sagen. Die ca. 20 anwesenden Faschos begrüßten die Eingeständnisse der Angst mit Johlen und Gelächter. Der von ein paar AntifaschistInnen organisierte Infotisch wurde verboten, da sie einer „extremistischen Vereinigung" (der JRE...) angehören würden und weil es sonst auch *„den Republikanern erlaubt werden müßte"*. Die Antifas, die in der Nachfolgezeit mit Infotischen versuchten, die Bevölkerung auf die Nazis aufmerksam zu machen, wurden von eben diesen verprügelt oder bekamen Morddrohungen. Am 12. März 1994 kündigte Marco Brandau an, es werde in dieser Nacht „knallen" und die Antifas könnten es am nächsten Tag in der Zeitung lesen. Am nächsten Morgen in aller Frühe stand dann die Kripo bei einigen AntifaschistInnen vor der Tür. Sie wollte angeblich etwas über Brandau wissen, wobei sie aber die antifaschistischen Zusammenhänge viel mehr

interessierten. In der Zeitung war dann zu lesen, daß es in Vellmar einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim gegeben hatte.
In den letzten Wochen nahmen die Übergriffe stetig zu. Ein halbseitig gelähmter Antifaschist wurde von zehn Nazis massiv bedroht. Als er Anzeige erstatten wollte, wurde er von MitarbeiterInnen des Jugendzentrums verdächtigt, den Vorfall erfunden zu haben und gedrängt, die Anzeige zurückzuziehen. Ihm wurde angedroht, ansonsten nicht mehr an den Aktivitäten des Juz teilnehmen zu dürfen. Die SozialarbeiterInnen wollen anscheinend lieber ihren „Frieden" um jeden Preis, anstelle einer effektiven Anti-Nazi-Arbeit. Der letzte Infostand der AntifaschistInnen wurde nun vom Ordnungsamt Hofgeismar ohne Angabe von Gründen nicht genehmigt.

Heise wieder frei

Antifa M - Der Vorsitzende der neofaschistischen ***FAP*** in Niedersachsen, **Thorsten Heise**, ist seit dem 22. Dezember '94 wieder auf freiem Fuß. Er war am 2. Juni '94, zwei Tage vor der antifaschistischen Großdemonstration gegen die FAP und die von ihm unterhaltene Nazizentrale in Northeim, festgenommen worden. Kurz danach wieder freigelassen, mußte er Anfang Juli wieder in den Knast. Der Grund für die Inhaftierung war eine überfallartige Schießerei auf einer Schulveranstaltung im Februar '94 in Northeim. Damals hatte Heise mit einer Gaspistole auf mehrere Gäste geschossen und einige verletzt. Obwohl eine Fluchtgefahr durch die Justiz dadurch bestätigt wurde, daß sich Heise täglich melden muß, setzte sie den Haftbefehl vorläufig aus. Dabei ist es für Heise nicht schwer unterzutauchen - und es wäre nicht das erste Mal: Bereits im Mai 1990 flüchtete er bis Anfang 1991 vor der Justiz.

"Nationaler Stammtisch"

NE 1/95 - Ein ***Nationaler Stammtisch*** des ***Deutschen Freundeskreis Nordharz (DFN)*** trifft sich regelmäßig mir Vertretern von ***NPD, DVU, Republikaner***, und ***DL***. Nähere Infos unter: DFN, Postfach 122, 38871 Ilsenburg.

Nordrhein-Westfalen

Brandanschlag

Tsp 19.12.94 - Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlngsheim in Rosendahl-Holtwick sind in der Nacht zum 18. Dezember '94 eine Frau und zwei Kleinkinder aus dem ehemaligen Jugoslawien verletzt worden. Das Feuer war nachts gegen 3 Uhr 30 durch Zufall von einem der Asylbewerber entdeckt worden. Die Täter drangen gewaltsam in das Gebäude ein und legten unmittelbar neben Räumlichkeiten der Flüchtlinge Feuer.

Druck gegen Kölle-Druck

Antifa Herford-Minden - Die ***Kölle-Druck*** ist eine Druckerei, die faschistisches Propagandamaterial herstellt. Innerhalb kurzer Zeit fanden bei ihr zwei Hausdurchsuchungen statt, wobei 3.500 Exemplare der faschistischen Zeitschrift ***Die Bauernschaft*** beschlagnahmt wurden. „Die Bauernschaft" wird von dem ehemaligen SS-Sonderoffizier **Thies Christofferson** herausgegeben. In der Broschüre wird der Mord an Juden geleugnet und das Nazi-Regime verherrlicht. Im selben Gebäude wie Kölle-Druck befindet sich der ***Schütz-Verlag***, jetzt ***Buchdienst DVG***. Die Adresse des Verlags fand sich auch schon in **Michael Kühnens** Notizbuch wieder. Der Inhaben **Waldemar Schütz** brachte es zum Hauptsturmführer in der „Leibstandarte Adolf Hitler". Der Schütz-Verlag wurde vor 2 Jahren dem rechtsradikalen **Peter Dehoust** aus Coburg übergeben. Dehoust ist Herausgeber von ***Nation und Europa***, in der rechtsradikalen Funktionären ein Forum geboten wird. Im Buchdienst DVG werden ausnahmslos Bücher veröffentlicht, die sich der Geschichtsrevision und der Verherrlichung des Nazi-Regimes widmen. Am 17. Dezember '94 fand eine Demonstration gegen die Kölle-Druck statt.

Ausländerfeindlichkeit rechtfertigt Kündigung

RAG 11 - Ein Arbeitnehmer, der im Betrieb mit massiven ausländerfeindlichen und neonazistischen Äußerungen auffiel, durfte fristlos entlassen werden. Das hat das Landgericht Hamm entschieden und damit ein Urteil des Arbeitsgerichtes Bielefeld aufgehoben. Keine Volksverhetzung in den Betrieben!

Polizeimilitanz verurteilt

JW 12./13.12.94 - Das Vorgehen der Polizei gegen die Anti-Europagipfel-DemonstrantInnen am Wochenende in Essen wird eventuell ein parlamentarisches Nachspiel haben. Die Fraktion ***Bündnis 90/Die Grünen*** im nordrhein-westfälischen Landtag erwägt gegenwärtig die Einberufung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Landtag. Die Polizei habe mit ihrem unverhältnismäßigen Vorgehen gegen die Demonstranten einen „Einschnitt in die Polizeipolitik der Deeskalation" gesetzt, sagte der Landtagsabgeordnete **Roland Appel**. Die Festnahme von immerhin 918 Menschen sei ein „Verhaftungsrekord", den man unbedingt zum Thema im Landtag machen werde. Ob dafür eine Landtagsdebatte ausreiche oder ein Untersuchungsausschuß beantragt werde, müsse nach weiterer Prüfung der Umstände noch entschieden werden. Innenminister **Herbert Schnoor *(SPD)***, so der Vorwurf der Grünen, trage die politische Verantwortung für die „Militanz der Polizei". Er habe die Linie der Deeskalation aus opportunistischen Gründen geopfert, sagte Appel. Anscheinend habe er eine Wahlkampfschlacht mit dem christdemokratischen Fraktionschef **Helmut Linssen** befürchtet. Rechtzeitig zum Wahlkampf habe Schnoor nun für „mehr als bayerische Verhältnisse" gesorgt. Ob der Untersuchungsausschuß, der nach Appels Worten „politisch richtig" sei, allerdings wirklich zustande kommt, ist noch ungewiß, denn es sei fraglich, ob die Grünen für den Beschluß das notwendige Viertel der Stimmen im Landtag sammeln könnten. Einer von verschiedenen Kreisverbänden von Bündnis 90/Grüne vorgebrachten Rücktrittsforderung gegen den Innenminister Nordrhein-Westfalens wollte sich die Landtagsfraktion nicht anschließen. Was vorgefallen war: Bahnhofsvorplatz in der Essener Innenstadt am Samstag, 11.55 Uhr: Es wird bekannt, daß das Bundesverfassungsgericht das Verbot der Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Essen bestätigt hat. Lange Reihen weiß behelmter Männer aus Sondereinsatzkommandos der Polizei laufen auf den Platz und kesseln dort versammelte DemonstrantInnen ein. Binnen weniger Minuten stehen 1.000 Polizisten 150 Demonstranten gegenüber. Alle Eingekesselten werden festgenommen und nach 2 Stunden abtransportiert. Anderen eingekesselten DemonstrantInnen werden Plastikhandschellen angelegt, sie werden durchsucht und zwischendurch zieht ein Beamter ein Messer, nach seinen Angaben nur, um von Demonstranten zum Eigenschutz gehaltene Seitenschnüre zu zerschneiden. Ein Demonstrant wird bis zur Bewußtlosigkeit verprügelt, nichtdeutsche DemonstrantInnen müssen rassistische Beschimpfungen durch SEK ertragen. Die meisten wurden in die Landespolizeischule transportiert, deren Schießhalle schon nach kurzer Zeit überfüllt war. Ein großer Teil der Gefangenen mußte bei zunehmender Kälte in den Bussen bleiben und warten, bis ihre Personalien festgestellt waren. Etliche wurden auch erkennungsdienstlich behandelt. Am späten Abend waren nach Polizeiangaben alle wieder auf freiem Fuß. In Sammeltransporten wurden sie im ganzen Ruhrgebiet ausgesetzt.

Solingen-Prozeß

BZ, JW 3.1.95 - Die Polizei hat im Solingen-Prozeß Vorwürfe zurückgewiesen, sie habe Geständnisse unter Druck erzwungen. Der Angeklagte Markus G. hatte sein nach der Festnahme in Solingen gemachtes Geständnis kurz darauf mit der Begründung widerrufen, er sei bei der Vernehmung unter Druck gesetzt worden. Ein an der Vernehmung beteiligter Polizeibeamter sagte am Montag vor dem 6.Strafse-

nat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts, G. habe aus freien Stücken ausgesagt. G. sei vor seinem Geständnis „apathisch und nervös" gewesen, berichtete der Beamte. G. habe in der Vernehmung wörtlich gesagt: „Es hat keinen Sinn mehr. Ich möchte jetzt sagen, wie es wirklich war." Danach sei G. „erleichtert und ruhiger" gewesen.Mit einem Urteil wird im Juni dieses Jahres gerechnet.

Kevin Schmitz tot

WGA - Der Betreiber der rechtsextremistischen ***Celtic Thunder - Voice of Victory*** aus Bergheim, **Kevin Schmitz**, ist bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Sein Mitstreiter **Sebastian Reuter** schreibt dazu in einem Nachruf: *„Wieder einmal hat vollkommen unerwartet der Atem des Todes in unsere Reihen geweht und einen der Besten aus unserer Mitte gerissen. In der Nacht vom 3. auf den 4. Januar nahm Odin das Leben unseres Freund und Kameraden Kevin Schmitz auf der Autobahn A61 in seine Obhut. Sein Wagen raste bei Tempo 180 ohne erkennbaren Grund in die Böschung und überschlug sich mehrere Male. Ob eine fremde Macht im Spiel war oder ob Kevin aus freien Stücken seinem Leben ein Ende setzte, wird uns wohl immer ein Rätsel bleiben. Wir sehen uns in Walhalla, Bruder!"* Kevin Schmitz schreibt in der Nazi-Fanzine ***Hass Attacke*** über die Nazi-Szene in Bergheim und hat engen Kontakt zu den ***Hammerskins***. Die Hammerskins wurden ursprünglich in der USA gegründet, nun gibt es sie in vielen Städten Deutschlands. Sie sind überzeugte Faschisten und ihnen ist nur durch ein Prüfungsverfahren beizutreten. Kevin Schmitz hat als ***OI of Today*** genauso wie Sebastian ein Postfach in Bergheim.

Kirchenasyl ohne Schnoor

taz 16.1.95 - Vor der Relativierung des Rechtsstaates durch die Gewährung von Kirchenasyl für Flüchtlinge hat der nordrhein-westfälische Innenminister **Herbert Schnoor** (SPD) gewarnt. „Es besteht die Gefahr, daß dies zur prinzipiellen Angelegenheit gemacht wird und auch Menschen aus anderen Bereichen dieses Recht für sich reklamieren", sagte Schnoor beim Bundestreffen der Kirchenasyl-Initiativen. Wer das Recht auf Asyl befürworte, müsse auch akzeptieren, daß Asylbewerber abgelehnt und in ihr Heimatland zurückgeschickt werden dürften. „Dies geht nur mit Abschiebehaft, dem Staat muß die Möglichkeit dazu gelassen werden", so der Minister. Gleichzeitig zeigte sich Schnoor offen für eine erneute Asylrechtsänderung. Dabei dürfe aber der „unseelige" Streit nicht wieder beginnen, der 1993 das politische Klima vergiftet und den Nährboden für Rechtsextremismus geschaffen habe.

Rheinland-Pfalz

Anklage gegen Antifas

AJF Höhr - In der Region Westerwald werden derzeit Anklageschriften an mehrere AntifaschistInnen verschickt. Ihnen wird Verstoß gegen das Vermummungsverbot, Sachbeschädigung und einiges mehr vorgeworfen. Sie müssen demnächst mit einem Strafverfahren rechnen. Die Anklage bezieht sich auf einen Vorfall am 12. Juni 1993. An diesem Tag fand in Worms-Pfeddersheim ein Treffen der neofaschistischen ***Aktionsfront Nationaler Kameraden (ANK)*** auf dem Gelände des **Weingutes Finger** statt. Bei diesem Treffen waren bekannte militante FaschistInnen anwesend, wie z.B. **Manfred Huck** und **Michael Petri**, der u.a. eines der ***Nationalen Infotelefone*** betreibt. Anlaufpunkt der Neonazis war eine Autobahnraststätte in der Nähe von Worms. Dorthin wurde auch von antifaschistischen Kräften mobilisiert. Auf dem Rastplatz kam es zu Auseinandersetzungen, wobei der Pkw eines der Faschisten beschädigt wurde. Nachdem davon auszugehen war, daß keine Nazis mehr zu dem Rastplatz kommen würden, entschlossen sich die Antifas, direkt zum Ort der Veranstaltung, dem Weingut zu fahren. Die Zufahrt dorthin war jedoch von der Polizei abgeriegelt und so sammelten sich ca. 50 AntifaschistInnen vor den Straßensperren. Nachdem einige Straßen weiter das Auto eines Nazis beschädigt wurde, rückte ein Einsatzkommando der Polizei an und kesselte die Anwesenden ein. Dabei ging die Polizei äußerst brutal vor. So wurden mehrere Personen verletzt, eine Frau mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Alle anwesenden Antifas wurden abtransportiert und anschließend erkennungsdienstlich behandelt. Gegen alle wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „Landfriedensbruch" eingeleitet. Im Nachhinein mußte die Polizeiführung jedoch zugestehen, daß diese Aktion gegen die Antifas völlig unangemessen war. Das hindert die Justiz aber augenscheinlich nicht daran, trotzdem gegen Antifas vorzugehen.

Brandanschlag

Taz 2.1.95 - Auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Ludwigshafen ist in der Neujahrsnacht ein Brandanschlag verübt worden. Es entstand erheblicher Sachschaden. Die Polizei meint, es gibt keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund.

Übergriffe verdoppelt

Taz 12.1.95 - Die Zahl der Schändungen von jüdischen Mahnmalen und anderen Einrichtungen ist in den letzten Jahren angestiegen. Innenminister **Zuber** teilte am 11. Januar '95 mit, daß zwischen Oktober '92 und November '94 28 Schändungen verübt worden seien. In den vier Jahren zuvor wurden 35 solcher Straftaten registriert. Von den 28 Taten wurden nur fünf aufgeklärt.

Sachsen

Rechtsextremist in Riesa erstochen

9.1.95 - In der Nacht zum 7. Januar 1995 wurde in Riesa ein Neonazi von einem jugendlichen Antifaschisten erstochen. Dem vorausgegangen war ein Angriff des Rechtsradikalen. Nach Aussagen des 17jährigen Antifas, die auch vom Wirt und der Polizei bestätigt wurde, spielte sich das Geschehen folgendermaßen ab:
Der Jugendliche Nino betrat mit seiner Freundin den Imbiss „Müllers Grillbar", der meistens von Rechtsradikalen besucht wird. Irgendwann kam eine Gruppe von etwa 10 Rechten herein, belästigten und bedrohten das Paar, das auch äußerlich aus Linke zu erkennen war. Beide verließen den Imbiss, um mit dem Auto der Freundin wegzufahren. Als sie ins Auto geflüchtet waren, kamen die Faschos interher, zerschlugen die Scheiben und zogen den Antifaschisten heraus. Vor allem einer der Rechten, genannt **„Waltze"**, tat sich durch besondere Brutalität hervor. In Todesangst zog der Jugendiche ein Messer und stach auf seinen ebenfalls 17 Jahre alten Peiniger ein, der wenig später seinen Verletzungen erlag. Zwei weitere Rechte, die auch auf den Antifaschisten einschlugen, wurden ebenfalls durch das Messer verletzt. Während seine Freundin flüchten konnte, rannte Nino zurück in den Imbiss, um dort Schutz zu suchen. Dabei wurde er von den verbleibenden Faschos massiv angegriffen und zusammengeschlagen. Als kurz danach die Polizei eintraf, beruhigte sich die Lage, die meisten Beteiligten kamen ins Krankenhaus. Der Wirt des Imbisses sagte später aus, daß der Junge aus Todesangst gehandelt hatte, weil eine Lynchstimmung geherrscht hat. Er hätte wohl auch keine andere Möglichkeit mehr gehabt, sich zur Wehr zu setzen, da er alles andere als stark oder ein Schläger ist. Das Landeskriminalamt, das sofort die Ermittlungen an sich zog, bestätigte, daß es von einer Notwehrsituation ausgehe. Alle Rechtsradikalen wurden dem Haftrichter vorgeführt, sind aber wieder freigelassen worden, obwohl gegen sie der Verdacht besteht, daß sie 1994 an einem Überfall auf das Flüchtlingsheim in Zeithain beteiligt waren. Sämtliche Rechten waren der Polizei bereits einschlägig bekannt, darunter **„Gonzo"** (23 Jahre), **„Chef** „(23), **„Querkopf"** und **„Hebi"** (30); die beiden letzten waren auch in der betreffenden Nacht dabei.

Nazi-Terror in Sachsen

JW 10.12.94 - Auch in Sachsen hat die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten 1994 stark zugenommen. So registrierte der Verfassungsschutz Sachsen in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres 63 Prozent mehr Fälle als im gleichen Zeitraum 1993, 603 rechtsextremistishe Straftaten stellten sie in diesem Zeitraum in Sachsen fest. Dieser Anstieg sei vor allem auf eine verstärkte rechte Propaganda zurückzuführen. Außerdem werden die Kontakte zwischen den rechtsradikalen Gruppen zunehmend ausgebaut.

Anklageschrift gegen Antifas

Antifa Chemnitz 28.12.94 - Auch in Chemnitz nimmt die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes zu. Anlaß dafür ist eine antifaschistische Demonstration, die vor eineinhalb Jahren in Chemnitz stattfand. Am 4. Juni '93 hatten sich 500 Menschen versammelt, um ihrer Wut über den faschistischen Brandanschlag in Solingen und über die rassistische Asylgesetzgebung der deutschen Regierung auszudrücken. Diese Demonstration wurde nach langer Diskussion mit Herrn **Mehringer**, seines Zeichens Polizeichef von Chemnitz, genehmigt. Trotzdem begann die Polizei in bekannter Manier die Menschen auseinanderzutreiben, nachdem die Demo offiziell auf dem Falkplatz vom Veranstalter aufgelöst wurde. Wahllos wurde auf einzelne Menschen eingeprügelt, obwohl die Demonstration friedlich verlaufen war. Daraufhin wurde von einigen Leuten ein im Freien stehender Zeitungsständer der Hauptpost angezündet. Dieser verkaufte ständig faschistische Zeitungen wie die ***Deutsche Nationalzeitung, Junge Freiheit*** usw. Die Polizei nahm daraufhin willkürlich 30 Jugendliche fest. Die festgenommenen AntifaschistInnen hatten keinerlei gewalttätige Handlungen begangen. Auf dem Polizeirevier wurden sie permanent schikaniert, so wurden zum Teil erst 14jährigen Jugendlichen über Stunden daran gehindert, ihre Eltern anzurufen. Eine Gruppe von Menschen die sich vor dem Revier versammelt hatte, um auf die Festgenommenen zu warten, wurde erst von der Polizei beleidigt, danach einzeln gefilmt, kontrolliert und erhielt später ohne Begründung einen Platzverweis. Nach eineinhalb Jahren ist nun ein Großteil der damals Festgenommenen angeklagt. Wieviele es genau sind, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Die Anklageschriften lauten auf Landfriedensbruch, Aufruf zu Straftaten, Nötigung und Verstoß gegen das Vermummungsverbot.

Jugendstrafe für Anschlag

RA 7.1.95 - Wegen des Anschlags auf ein Flüchtlingsheim in Zwickau ist ein 20jähriger Mann am 6. Januar '95 zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt worden. Das Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Zwikkau verurteilte ihn wegen schweren Landfriedensbruchs, Volksverhetzung und Verwendung von Zeichen verfassungswidriger Organisationen. Eine Beteiligung an der Brandstiftung wurde ihm nicht nachgewiesen. Bei dem Anschlag waren zehn Personen verletzt worden.

Sachsen-Anhalt

Antifa-Demo in Quedlinburg

Anifa HaQu - Am Samstag, den 14. Januar '95 fand in Quedlinburg eine Antifa-Demo mit etwa 400 TeilnehmeInnen statt. Die Demo sollte auf die rechte Gewalt aufmerksam machen. In Quedlinburg häufen sich in letzter Zeit die rechtsradikalen Aktivitäten, eine Schlüsselfigur ist darin der Neonazi-Kader **Steffen Hupka** aus Hannover. Hupka war bis 1992 Schulungsleiter der inzwischen verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)***. Heute leitet er mit Kameraden die ***Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA)***, eine konspirativ organisierte Kaderorganisation mit einem verzweigten Zellensystem, welche die Nachfolge der NF angetreten hat. Er zeichnet verantwortlich für die bundesweit herausgegebene Schülerzeitschrift der Zellenstruktur ***Umbruch***, mit Postadresse in Quedlinburg. Hupka hat auch Verbindungen zum rechtsextremistischen Infoblatt ***Unabhänige Nachrichten***. In Quedlinburg und Umgebung hat Hupka mit der ***Harzfront*** einen lokalen Ableger dieser Struktur gegründet. Die Harzfront verteilt ihre Nazi-Propaganda vor allem an Schulen und in Jugendclubs; darunter ist auch der ***Nordharz Info Dienst***, eine regionale Zeitung des ***Deutschen Freundeskreises Nordharz***, welcher auch dem Spektrum Hupkas zugeordnet wird. Selbst ***FDP***-Mitglieder wie der Quedlinburger **Wolfgang Symm** sind in Hupkas Netzwerk zu finden. Neben Anpöbeleien kam es mehrfach zu Übegriffen auf Antifas und Andersdenkende. Als im Mai ´94 ein Obdachloser umgebracht wurde sagten die Täter aus, daß ihr Opfer nicht ins Stadtbild paßt. Anfang September girffen ca. 50 Neonazis das alternative Jugendzentrum mit Steinen und Mollis an, die CafébesucherInnen konnten durch ein entschlossenes Entgegentreten den Angriff abwehren. Am 11. November versuchten bisher Unbekannte den Antifaschisten Thorsten F. zu überfahren. Zuvor sprühten Neonazis „Thorsten F. wir kriegen Dich". Die Polizei nahm die Anzeige erst nach Androhung einer Diestaufsichtsbeschwerde auf. Überhaupt ist die Quedlinburger Polizei nicht besonders daran interessiert die Neonazis und ihre Gewalt zu bekämpfen. Die Polizei leugnet einfach die neonazistischen Organisierung. Dem politischen Leiter der Kripo in Quedlinburg, Herrn **Schütze**, sind angeblich weder die Harzfront oder ein Unabhäniger Freundeskreis noch neonazistisch motivierte Überfälle bekannt. Von der Anzeige des Thorsten F. hat er erst aus der linken Tageszeitung ***Junge Welt*** etwas gehört, zuvor war im nur bekannt, daß Thorsten offensichtlich „Problemen mir anderen Jugedlichen" hatte. Der Aufruf zur Demo hatte schon davor Erfolg: Der Kreisverbandsvorsitzende der FDP, **Klaus Dieter Hoffmann**, erklärte, daß sich die FDP von Wolfgang Symm trennen würde, wenn sich die Vorwürfe bestätigen würden. Der ***Verein zur Aufarbeitung Quedlinburger Schriftgutes*** distanzierte sich von der Mitgliedschaft Steffan Hupkas. Zur Demo kamen Mitglieder der antifaschistischen Bürgerinitiative, ein Mitglied des Bundestags, zwei Landtagabgeordnete verschiedener Parteien und Antifas aus Quedlinburg und Umgebung.

Nazikrawall in Wernigerode

Taz 2.1.95 - Randalierende Rechtsradikale, die der Polizei teils als Sympathisanten der ***FAP*** bekannt sind, haben in der Silvesternacht in Wernigerode drei Polizisten verletzt. Ein Polizeisprecher sagte gestern, die Jugendlichen hätten einen Einsatzwagen mit Knallkörpern, Flaschen und Baseballschlägern angegriffen. Gestern nahm die Polizei drei mutmaßliche Rädelsführer fest.

Asylbewerberheim überfallen

Taz 13.1.95 - Sechs Jugendliche müssen sich seit dem 12. Januar 94 vor dem Jugendschöffengericht Quedlinburg für einen Überfall auf ein Abewrberheim in Thale verantworten. Dabei wurden mehrere Vietnamesen verletzt. Den 18- bis 20jährigen wird gefährliche Körperverletzung, schwerer Raub, räuberische Erpressung, versuchte schwere Brandstiftung und versuchte schwere Vergewaltigung zur Last gelegt.

Magdeburger Prozesse

Taz 9.1.95 - Bis weit in dieses Jahr hinein werden Staatsanwaltschaft und Gerichte mit den rassistischen Krawallen von Pfingsten '94 beschäftigt sein. Allein für die Hetzjagd durch die Innenstadt und den Überfall auf die türkische „Marietta-Bar" wurden 51 Verdächtige ermittelt. *„Inzwischen sind in drei Prozessen acht Beteiligte zu Haft- und Jugendstrafen verurteilt worden"*, zieht der Chef der Magdeburger Staatsanwaltschaft, **Rudolf Jaspers**, Bilanz. Doch selbst bei diesen ist eine endgültige Verurteulung nicht sicher, da bei fast allen Revision bzw. Berufung läuft. Ansonsten steht nur bei sechs weiteren Verdächtigen eine Anklage ins Haus, der Rest hat noch Zeit. Sieben Verdächtige brauchen - nachdem sie „gemeinnützige Arbeit" verrichtet haben -

keinen Prozeß mehr zu fürchten. Auch gegen mehrere Polizisten hatte die Staatsanwaltschaft ermittelt, da sie offene Sympathie gezeigt haben bis hin zur Unterstützung des rassistischen Pöbels. Von den ursprünglich 15 Ermittlungsverfahren sind jedoch bereits 14 schon wieder eingestellt, lediglich ein Polizist wird angeklagt. In einem der bisherigen Prozesse hatte ein Tunesier schwere Vorwürfe gegen eine Polizistin erhoben. Als diese ihn zur Wache brachte, soll sie gesagt haben, daß für Leute wie ihn Vergasen noch zu wenig sei. Da die Beamtin alles abstritt, wurde auch dieses Verfahren eingestellt.

Schleswig-Holstein

Synagogen-Prozeß

Taz 19.1.95 - Zu einem Kernpunkt der Anklage gegen die vier mutmaßlichen Brandstifter der Lübecker Synagoge ist das Oberlandesgericht vorgedrungen. In der Nacht des Anschlags am 25. März '94 hat, so bekunden Zeugen, in den Wohnungen über der Synagoge Licht gebrannt. Die Angeklagten, die zum Teil geständig sind, hatten bisher erklärt, sie seien davon ausgegangen, daß keine Personen im Haus waren. Die Bundesanwaltschaft wirft den vier 20-25jährigen neben der Brandstiftung auch fünffachen versuchten Mord vor.

Thüringen

„Bild-Zeitung" und Neonazis

RAG 11 - Am 15. November '94 hatte **Angelo Lucifero**, Erfurter Sekretär der ***Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen (HBV)***, einen Termin bei der dortigen Staatsanwaltschaft. Der ***NPD***- Vorsitzende **Deckert** hatte ihn wegen Nötigung angezeigt. Sein Beweismittel und Grund für diese Anzeige war ausgerechnet eine Ausgabe der ***Bild***- Zeitung vom 10.12.93. In dieser unterstellt die Zeitung (Schlagzeile: „Ich vermiete doch nicht an Neo-Nazis") Vertretern der Gewerkschaft HBV, zusammen mit der ***PDS***, einen „unbescholtenen" Gaststättenbesitzer in Arnstadt unter Druck gesetzt zu haben. Seit einiger Zeit versucht die „Bild", Lucifero in Zusammenhang zu bringen mit „Linksradikalismus", „Gewalt" usw. Einer dieser Versuche: Der Gewerkschafter soll - direkt oder indirekt - mit der Aktion zweier Antifas zu tun haben, die in der Druckerei der ***Jungen Freiheit*** in Weimar die Abo-Kartei gestohlen haben. In der Regel setzte nach den diversen „Bild"-Veröffentlichungen gegen Lucifero Telefonterror ein, von Morddrohngen bis zu aufgeschlitzten Reifen reicht die Palette.

Buchenwald: Polizisten vor Gericht

Taz 18.1.95 - Die Staatsanwaltschaft Gera hat gegen drei Thüringer Polizisten Anklage m Zusammenhang mit der Schändung der Gedenkstätte Buchenwald am 23. Juli 1994 erhoben. Den Beamten wird vorgeworfen, daß sie nicht eingriffen, als über 20 Skinheads mit einem Bus nach Buchenwald fuhren. Während eines Aufenthaltes am Hohenwartestausee seien Personen bedroht und geschlagen worden, ohne daß die Beamten versucht hätten, die Täter festzustellen.

International

Veranstaltung der "Grauen Wölfe"

Interim 314 - Auch wenn es schon einige Wochen her ist, halten wir diesen Text für so wichtig, deshalb nehmen wir ihn noch in unsere Februar-Ausgabe mit rein: Weit über 10.000, nach Angaben der Veranstalter 30.000 Anhänger der Partei der Nationalen Bewegung (MHP) aus der Bundesrepublik, Frankreich, Niederlande und Österreich fanden am 26. November 1994 den Weg in die Sindelfinger Sporthalle „Glaspalast", um dort den Worten ihres Führers Alparslan Türkes zu lauschen. Die Veranstaltung war offiziell die 17. Jahreshauptversammlung der Türk-Föderation, die der deutsche Dachverband der MHP-nahen „Idealistenvereine", Islamischer Kulturzentren und Nationaler Arbeitnehmer-Vereine ist.

Die MHP steht für faschistischen Terror. Gegründet wurde sie und ihre Jugendorganisation Graue Wölfe vom Ex-Oberst Türkes (Mitorganisator des blutigen Militärputsches von 1960) im Jahr 1968 nach dem Vorbild der NSDAP und der SA. Die MHP will, rassistisch begründet und islamisch verbrämt, die Errichtung eines nach dem Führerprinzip organisierten großtürkischen Reiches vom Balkan bis nach Zentralasien. In den 70er Jahren verübten die „Grauen Wölfe" nach Zählungen von Menschenrechtsorganisationen über 4.000 Morde in der Türkei, vornehmlich an KurdInnen, türkischen GewerkschafterInnen, JournalistInnen und Linken. Traurige Höhepunkte waren 1977 das Massaker auf der 1.-Mai-Kundgebung in Istanbul mit 35 Toten und 200 Verletzten, 1978 der Überfall auf die kurdische Ortschaft Kahramanmaras mit 1.190 Toten und tausenden Verletzten. Ihr Terror bereitete den Boden für den Militärputsch vom 12. September 1980. Türkes wurde allerdings von den neuen Machthabern für einige Zeit in Haft genommen und seine Partei verboten, sollte doch die Generalsdiktatur als Maßnahme gegen den Terror „von links und rechts" verkauft werden. Seit Ende der 80er Jahre genießt die MHP wieder Organisationsfreiheit in der Türkei, ihre Mordkommandos sind in die Todesschwadrone der Militärs integriert. „Berichte gaben ferner Auskunft über versteckte Hinrichtungen und das 'Verschwindenlassen' von Menschen", so umschreibt amnesty international die Situation im Nato-Land Türkei.

Von all dem wollte die Sindelfinger Stadtverwaltung nichts gewußt haben. Bereits 1987 weilte Türkes am gleichen Ort, auf Einladung des örtlichen Nationalen Vereins Türkischer Arbeitnehmer, der den Glaspalast für ein „Folklorefest" gemietet hatte. „Wir wurden hereingelegt" hieß es damals, als Protest aus der Bevölkerung gegen die Vermietung der städtischen Halle an Faschisten laut wurde - was die Stadt aber nicht davon abhielt, weiterhin mit den Türkes-Anhängern zusammenzuarbeiten. 1990 brüskierte sie eine Delegation aus der türkischen Partnerstadt Kochisar, die erleben mußte, daß ausgerechnet der Graue-Wölfe-Verein das Rahmenprogramm für die Sindelfinger „Türkische Woche" gestaltet hat und unter diesem Deckmantel rassistische Propaganda betrieb. Anders als 1987 wurde das jetzige Treffen unverhohlen als politische Veranstaltung von der Frankfurter Türk-Föderation angemeldet; als Termin wurde der Jahrestag des Verbotes zahlreicher kurdischer Organisationen durch die Bundesregierung gewählt. In der Stadtverwaltung blieb das Wissen wohl im Dreieck von Sportamtsleiter, Ordnungsamtleiter und Oberbürgermeister unter Verschluß, der Ausländerbeauftragte der Stadt wurde nicht informiert. Staatsschutz und Polizei äußerten keine Bedenken und so konnten Türkes-Plakate, MHP-Embleme und Hetzparolen ungeschoren an den Bussen durch die Bundesrepublik gefahren werden, wurde die Einreise der Grauen-Wölfe-Abordnungen aus aller Welt wohlwollend geduldet, obwohl Strafgesetzbuch (Volksverhetzung, Gewaltverherrlichung) und Ausländergesetz (Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze) genug Handhabe gegen die MHP bieten. Zeitgleich zum Sindelfinger MHP-Aufmarsch machte die deutsche Polizei an vielen Orten Jagd auf rot-grün-gelbe Pullover und ihre TrägerInnen, weil sie darin einen Ausdruck kurdischen Selbstbewußtseins sahen. Das Stuttgarter Innenministerium wurde von der türkischen Generalkonsulin um Unterstützung der Versammlung gebeten - die Verstrickung der deutschen Behörden mit dem türkischen Folterstaat haben eine neue Qualität. Rote Fahnen mit drei Halbmonden, Symbol des alten Osmanischen Reiches und der heutigen MHP, bestimmten die Szene vor und in dem Glaspalast, aber auch Graue-Wölfe-Embleme und Kopfbänder mit „Führer

Türkes"-Aufschriften gab es reichlich. In Prozessionen wurden Türkes-Porträts in die Halle getragen und Kampfrufe angestimmt. „Führer befiehl, wir werden dir folgen!" stand auf einem Transparent des Türkischen Kulturvereins Oberhausen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sieht sich Türkes nun einen Schritt weiter im Zusammenschluß „aller Türken": Nicht nur die Einverleibung ganz Zyperns wurde auf den Plakaten gefordert, auch Abordnungen aus Aserbaidschan und Türkmenistan zogen mit ihren Fahnen in die Halle ein. Zur bosnischen Abordnung gehörten nach Aussagen der Sindelfinger Zeitung sogar ihr Botschafter. Der türkische Botschafter zählte zu den Ehrengästen, die türkische Ministerpräsidentin Cillar übermittelte der Faschistenversammlung telefonisch ihre Glückwünsche - da festigt sich die unheilige Allianz von MHP und Regierung gegen kurdische Selbstbehauptung. Die Verbandswahlen waren schnell durchgeführt und bestanden aus Verlesen der Kandidatennamen und eiliges Handhochheben der Deligierten. Die Hetzreden der Parteiführer wurden mit viel Folklore umrahmt. Die normalerweise 4.000 Besucher fassende Sporthalle war hoffnungslos überfüllt, allein dies bot schon Anlaß, die Versammlung zu unterbinden. „Der Veranstalter hat uns im Hinblick auf den Charakter und die Teilnehmerzahl getäuscht", lautete wieder die Pressemitteilung der Stadt. Daß damit nun aber Schluß sei, dafür verbürgt sich SPD-Oberbürgermeister Rücker und kündigt für die nächste türkische Veranstaltung genaueste Kontrollen an - da gastiert eine linke Rock- und Popgruppe in der Stadt.

FRANKREICH

Frankreich macht dicht

Tsp 18.12.94 - In französischen Bahnhöfen, in denen internationale Züge ankommen, wird es künftig „Wartezonen" geben. Mit dieser Änderung des Ausländerrechts, die die Nationalversammlung in Paris beschlossen hat, soll erreicht werden, daß sich Zugreisende nicht darauf berufen können, bereits französisches Territorium betreten zu haben. Dies ist vor allem bei Asylsuchenden wichtig. Innenminister Charles Pasqua sagte, es gehe um etwa ein Dutzend Bahnhöfe. Er hob hervor, daß es einen starken Zustrom von AusländerInnen aus den Ländern Osteuropas per Zug gebe. Solche „Wartezonen" gibt es bereits in französischen (und anderen) Flug- und Seehäfen.

GROSSBRITANNIEN

Verjährung von Nazi-Verbrechen

Tsp 6.1.95 - Alle Nachforschungen nach NS-Kriegsverbrechern in Großbritannien werden eingestellt werden. Dadurch ist fraglich, ob die bisherigen Verfahren gegen gezielte Personen zur Anzeige gebracht werden. Die Anklage will entscheiden, ob sie sieben konkrete, ihr vorliegenden, Fälle weiter verfolgen oder die Akten schließen soll. Die Sonderabteilung von Scotland Yard wird voraussichtlich im März ihre Ermittlungen einstellen, weil sie vom Staat keine weiteren Zuschüsse zu ihrer Arbeit erhält. Ein Großteil der Verdächtigen kommt aus den baltischen Staaten und der ehemaligen Sowietunion. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten sich nach Hitlers Überfall auf die Sowietunion in den Dienst der Wehrmacht gestellt und an der Vernichtung insbesondere der Juden teilgenommen. Die Ermittlungen wurde 1988 erstmalig wieder aufgenommen, nachdem das Simon Wiesenthal Centre in einem Brief an die damalige Premierministerin Margaret Thatcher eine Liste mit Siebzehn angeblichen Kriegsverbrechern, die in Großbritannien Unterschlupf gefunden hatten, veröffentlichte. Die Regierung setzte dann eine umstrittene rückwirkende Gesetzgebung durch, welches eine Strafverfolgung von in Großbritannien lebenden Personen wegen Kriegsverbrechen, die sie in Deutschland oder in den von Deutschland besetzten Gebieten während des Zweiten Weltkrieges begangen haben. Auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt noch keine britischen Staatsbürger gewesen sind. Während der parlamentarischen Diskussion über diese Art der Strafverfolgung prallten die Auffassungen heftig aufeinander. Einerseits das Verlangen nach Sühne, auch nach längerer Zeit, andererseits war von Schauprozessen die Rede, die aufgrund der vielen Jahre, die inzwischen vergangen waren, nicht mehr gerecht und objektiv durchzuführen seien. Letztendlich entscheidet der Generalstaatsanwalt nach seiner eigenen Einschätzung des öffentlichen Interesses, ob ein Fall vor Gericht gebracht werden soll, oder nicht. Die Vereinigung britischer Juden erklärte , die Schließung der Sonderabteilung vom Scotland Yard „würde das schlimmstmögliche Signal an all jene, die Massenmord an ihren Mitbürgern verübt haben, oder verüben werden, wie dies in Ruanda, Bosnien und anderswo geschehen ist" bedeuten.

Neonazi-Todesliste

BeZe 12.1.95 - Sonderkommandos von Scotland Yard förderten bei Razzien faschistische Todesliste mit den Namen von Unterhausabgeordneten, Homosexuellen, Polizisten, Journalisten und Schwarzen zutage. Der Name der extrem rassistischen Organisation ***Combat 18*** ist Programm: Die „18" leitet sich aus den Initialien Adolf Hitlers ab, die an erster und achter Stelle im Alphabet stehen. Als die Polizei jetzt die Räumlichkeiten der Neonazis durchsuchte, beschlagnahmte sie rassistsiche CDs, zahlreiche volksverhetzende Schriften und Hunderte Exemplare der Zeitschrift „Combat 18". Neben Anleitungen zur Herstellung von Bomben enthielt das Journal die Telefonnumern von Personen, die im Zielkreuz der Neonazis stehen. In Artikeln wird gedroht, *„alle Andersartigen"* und *„alle weißen Rasseschänder"* hinzurichten. Unter der Überschrift *„Gesucht - Tot"* befindet sich die faksimilierte Visitenkarte eines Detektivs des Sonderkommandos von Scotland Yard (S.Y.), der an Razzien gegen die Neonazis teilgenommen hat. Die Karte ist mit einem Davidstern und den Buchstaben ZOG, den englischen Initialen von „Zionistische Okkopations-Regierung" beschmiert. Ein Foto zeigt einen Stiefel, der auf den Kopf des S.Y.-Chefs tritt. In dem Artikel dazu heißt es, Polizisten seien *„schlimmer als Nigger, Schwule oder Rote, weil sie Verräter sind. Sie sollten besser daran denken, daß mit ihnen zuerst abgerechnet wird, wenn wir diesen Krieg eskalieren".* Früher veröffentlichte Todeslisten vom „Combat 18" führten zu tätlichen Angriffen auf Personen und Brandanschlägen auf Autos. An der Spitze von „Combat 18" stehen Gewalttäter und Rauschgifthändler. Sie unterhalten gute Verbindungen zu Naziterroristen in Deutschland und Schweden.

ITALIEN

Entwicklung in Italien

Fällt diesmal aus, außer: **Berlusconi** ist nicht mehr Ministerpräsident, er wurde abgelöst von **Lamberto Dini**, der vorläufig die Regierung leitet. Staatspräsident **Luigi Scalfaro** weigerte sich, Neuwahlen anzusetzen.

Jagd auf Schwarze

Taz 31.12.94 - „Tod den Farbigen", „Macht die Gaskammern wieder auf", Hitler wird euch alle holen" - solche und ähnliche Schmierereien sind zur Zeit an den Wänden des italienischen Strandortes Torvaianica wenige Kilometer südlich von Rom zu sehen, wo seit einigen Tagen Einwohner gegen sämtliche EinwanderInnen zu Felde ziehen. Am Dienstag hatten zwei betrunkene marokkanische Strandhändler ein 15jähriges Mädchen angefahren und tödlich verletzt. Seither ist es zu massiven Überfällen auf farbige EinwanderInnen gekommen, von denen mehrere tausend in diesem Gebiet leben und Waren feilbieten. Ein Nordafrikaner wurde in der Nacht zum 29. Dezember '94 durch Messerstiche und Schnitte im Gesicht so schwer verletzt, daß die Notärzte ihm mehr als 60 Klammern setzen mußten. Ein anderer Straßenhändler bekam in der folgenden Nacht einen Schuß aus einem Schrotgewehr ab. Mehrere Dutzend Schwarzafrikaner wurden an Bushaltestellen abgepaßt und mußten Spießrutenlaufen. Die Behörden haben nun die gesamte Strandzone, etwa zehn Kilometer lang, unter verstärkte Patouillenaufsicht gestellt. In Torvaianica selbst rückten rund zweihundert Carabinieri ein und kontrollierten jede Ansammlung von Menschen. In den Dünen und im Hinterland sind Jeeps und in einigen Fällen auch leichte Spähwagen in Stellung gegangen und schützen die Unterkünfte der ImmigrantInnen, die oft nur notdürftig aus Stangen und Plastikfolien zusammengebastelt sind und die nun leerstehen, weil die meisten ihrer BewohnerInnen aus Angst vor Anschlägen geflüch-

tet sind. Die Polizei hat inzwischen den tödlichen Unfall rekonstruiert und schließ eine vorsätzliche Tötung aus. Daß die Behörden dennoch weitere Ausschreitungen nicht ausschließen, hängt damit zusammen, daß die Gegend seit jeher einen schlechten Ruf hat. Bereits vor drei Jahren wurden zwei Straßenhändler wegen des Verdachts einer Entführung verhaftet, woraufhin AnwohnerInnen mehrere Dutzend AfrikanerInnen krankenhausreif prügelten. Der Entführungsverdacht erwies sich später als ungerechtfertigt.

NIEDERLANDE

Jahreskongreß

NE 1/95 - Am 19. November 94 fand der Jahreskongreß der niederländischen ***Centrumspartij '86 (CP '86)*** statt. Auf dem Kongreß, der nach Angaben von ***Nation & Europa*** ohne größere Störungen verlief, wurde unter anderem die Umbenennug von CP '86 in ***Nationale Volkapartej/CP '86*** beschlossen.

ÖSTERREICH

Rechtes Terrorbündnis

Taz 23.12.94 - Ende 1993 gab es in Österreich zehn faschistische Anschläge mit Briefbomben, mehrere Adressaten wurden dadurch verletzt, der Wiener Bürgermeister schwer. Vieles weist darauf hin, daß der Berliner Neonazi Bendix Wendt, der Mitte Dezember dazu von Wiener Beamten der „Terrorismusbekämpfung" als Zeuge verhört wurde, tiefer in diese Briefbomben-Affäre verwickelt ist, als die ermittelnden Stellen in Deutschland bisher zugeben wollten. Kurz nachdem die ersten Bomben im Dezember '93 ihre Opfer erreichten, häuften sich die Hinweise auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit Wiener und Berliner Neonazis, unter ihnen Bendix Wendt, der Naziführer Arnulf Priem sowie der Berliner K. aus Hohenschönhausen. Die österreichischen Behörden ersuchten das Bundeskriminalamt und den Berliner Staatsschutz um Amtshilfe. An deutlichen Hinweisen hatte es zuvor nicht gemangelt. Zwei Tage nach den Detonationen stoppte die tschechische Polizei den Pkw des 26jährigen Peter Binder aus Österreich. Die Beamten entdeckten darin 13 Gewehre, fünf Pistolen und eine beträchtliche Menge Nitroglycerin, jenen Sprengstoff, der bei den Anschlägen verwendet worden war. Nach eigenen Angaben wollte Binder damit nach Berlin zu K. reisen. K. ist als Mitglied der ostberliner Neonazi-Rockertruppe Vandalen bekannt. Die österreichische Staatspolizei hörte außerdem ein Telefongespräch ab, in dem sich ein „Dr. Vanda" aus Berlin nach Binders Verbleib bei dessen Ehefrau erkundigte. „Dr. Vanda" ist der Tarnname für Bendix Wendt, was der Polizei seit 1990 aus den Aussagen des ehemaligen Neonazi-Funktionärs Ingo Hasselbach bekannt ist. Am 11. Dezember '93 meldete die Wiener Tageszeitung „Der Standard", daß dem bundesdeutschen Verfassungsschutz Erkenntnisse vorliegen, denen zufolge Binder mit deutschen Kameraden eine russische Kaserne in Brandenburg überfallen wollte. Diese Hinweise auf internationale Terroraktivitäten scheinen für den Berliner Staatsschutz und das BKA offensichtlich kein Thema zu sein. Die Ermittlungen in Deutschland würden verschleppt, klagen Informanten aus Kreisen der österreichischen Polizei.
Bendix Wendt war seit 1987 in der Ostberliner Neonaziszene aktiv. Damals war er in Konflikt mit den DDR-Behörden geraten, weil er auf den Schlachtfeldern beim brandenburgischen Halbe nach Militaria-Resten gegraben hatte. In weiteren Verfahren, wegen Volksverhetzung und Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda, konnte er nicht verurteilt werden, da er ein ärztliches Attest wegen Unzurechnungsfähigkeit vorweisen konnte. Nach der Wende schloß sich Wendt der Ostberliner Nationalen Alternative (NA) in der Lichtenberger Weitlingstraße an. Wendts Vorliebe galt vor allem dem „Wehrsport". 1990 wurde er von der NA zum Verantwortlichen für paramilitärische Übungen ernannt. Ansonsten kümmerte er sich um die Beschaffung von Schußwaffen und explosivem Material. In der Weitlingstraße erkannten die damals angerückten Nazikader aus Westberlin und Österreich schnell das Talent von Bendix Wendt. Der mehrfach verurteilte Nazi-Terrorist Ekkehard Weil und der inzwischen zu elf Jahren Haft verurteilte österreichische Neonazi-Chef Gottfried Küssel nahmen sich seiner an. Wendt wurde in den Aufbau verdeckt operierender Werwolf-Gruppen eingeweiht, die seit 1991/92 in Deutschland und Österreich parallel zu den offiziellen Parteistrukturen gebildet wurden. Die Gruppen sollten aus je drei Mitgliedern und einem Leiter bestehen und sich auf eine „verschärfte Gangart" vorbereiten. Nchdem Küssel und seine neonazistische Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO) die Aufbauarbeit in Berlin für beendet ansahen, hielt Wendt weiterhin den Kontakt. Bestens bekannt ist Wendt neben Binder auch mit dem paramilitärischen Anleiter der VAPO, Hans-Jörg Schimanek jr., der in Österreich eine vergleichbare Funktion wie Wendt in Berlin erfüllte. Als Küssel wegen des Verstoßes gegen nazistische Wiederbetätigung 1993 in erster Instanz zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, war es soweit: Die Drohung der VAPO-Anhänger, „zehn Briefe für zehn Jahre Haft" wurde in Wien in die Tat umgesetzt. Im Oktober 1994 folgten in Österreich „vier Briefe für vier Jahre Haft", diesmal aus Anlaß der Verurteilung des Küssel-Stellvertreters Günther Reinthaler. Weniger Tage vor den Österreichischen Parlamentswahlen konnte die dortige Polizei vier Briefbomben entschärfen.

RUSSLAND

Rechtsextremismus in Rußland

ND 6.1.95 - Der Rechtsradikalismus in Rußland hat große Ausmaße angenommen, beklagt die Menschenrechtorganisation ***Memorial.*** Zu den Neonazis zählen vor allem Jugendliche. Sie haben auch das Programm der NSDAP ins Russische übersetzt. Demokratische Kräfte Rußlands sind erst bei antisemitischen Aktivitäten und gewaltdemonstrationen wach geworden. Seitens der Justiz gibt es kaum Unterstützung gegen die Rechtsextremisten. So bekam zum Beispiel ein Verleger aus Petersburg das Recht, „Mein Kampf" zu verlegen. Die Veröffentlichung begründete er damit, daß er keine politischen, sondern wirtschaftliche Ziele verfolgen würde.

SPANIEN

Rassismus in Spanien

JW 10.12.94 - Die rassistischen Übergriffe auf den Straßen und in den Behörden Spaniens häufen sich - dies berichtet **SOS Rassismus.** SOS-Sprecherin ***Maria Cascón*** sagte: „Neben Pöbeleien, Benachteiligungen am Arbeitsplatz und bei der Wohnungssuche gehört die Gewalt zum Alltag der meist aus Marokko, dem Senegal oder Lateinamerika stammenden ImmigrantInnen." Die Täter sind meist Skins oder organisierte Rechtsradikale. MigrantInnen klagen immer häufiger über Mißhandlungen bei Straßenkontrollen und auf den Polizeirevieren. Bei einer Umfrage von 1992 sagten 18% der Befragten, daß in Spanien zuviel AusländerInnen leben. Der Anteil an AusländerInnen liegt in Spanien jedoch nur bei 2%.

UKRAINE

Faschisten in der Ukraine

JW 31.12.94 - Die rechtsextreme Ukrainische Nationale Versammlung (UNA) ist vom Justizministerium in Kiew offiziell als Partei zugelassen worden. Trotz Schwierigkeiten bei der Registrierung (einige Punkte des Statutes waren verfassungsfeindlich) und dem Ruf der etwa 3000 Mitglieder als fanatische und militante Nationalisten sagte Justizminister Onopenko, die Zulassung sei kein Fehler, sondern ein"richtiger und wohlüberlegter Schritt".

USA

Ausländerrecht gestoppt

JW 16.12.94 - Die durch eine Volksabstimmung in Los Angeles beschlossene Verschärfung des Ausländerrechts in Kalifornien ist durch eine Bundesrichterin vorerst gestoppt worden. Sie erließ eine einstweilige Verfügung gegen den Vorschlag, der illegale Einwanderer von sämtlichen Leistungen des Bildungs- und Gesundheitswesen ausschließt. Sie begründete ihre Entscheidung damit, daß die Angelegenheiten des Einwanderungsrechts allein dem Bund zustünden. Akzeptiert wurden aber zwei Bestimmungen: die Verweigerung höherer Schulbildung und das Verbot des Handels mit falschen Einwanderungsdokumenten. Der Staat Kalifornien kann Rechtsmittel dagegen einlegen.

Neuerscheinungen

In dieser Rubrik werden neuerschienende antifaschistische Zeitungen un d Zeitschriften vorgestellt. Die angegebenen Preise sind immer nur die für den Einzelverkauf. Bei Bestellungen also auf jeden Fall noch 2,00 DM für's Porto beilegen!

ANNA
Antifa-Nachrichten Saar
c/o Alte Feuerwache
Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken
#21, 3,00 DM
Inhalt: Die EU ist nicht reformierbar; Freiheit für politische Gefangene!; Gespräch mit Ingrid Strobl; Anschlag auf die „Junge Freiheit"; 8. Mai - Nichts vergesen?; Befreiung des KZ Buchenwald; Abschiebung von KurdInnen; Asylrechtsdemo in Worms; Brandanschlag auf Bonner Antifa; Bad Kleinen und die Folgen; Prozeß gegen Birgit Hogefeld; Kontakt zu VS in Homburg; VS-Angriff auf kurdischen Kulturverein; TATblatt contra Haider; Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M); Prozeß gegen 2 Antifas im Saarland; Demo in Frankenthal; Mumia Abu Jamal; Irmgard Möller; Freilassung der kurdischen Gefangenen!; Massaker in Diyarbakir; Freiheit für Karen und Andreas!; Interview mit Karam Khella; Bombenanschläge gegen Özgür Ülke; Waffenstillstand in Nordirland; Wahlen in Uruguay; Selbstmord von Dominique

antifa
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
#1/95, 3,80 DM
Inhalt: Nie wieder Auschwitz; Verbote; Hexenjagd auf die PDS; Deutsche Soldaten in alle Welt?; Auschwitz und die Industrie; Nazis aus den Parlamenten; NPD in Eningen; IVVdN und BDA-Konferenzen; Bundestags-Ini gegen Rechts; Gefährliche Grauzone; Appell von Auschwitz; Die letzten Monate (1945); Polizisten in Österreich; Zur Auschwitzlüge; „Tag der Resistance"; Lebenslüge Antifaschismus?; Frauen von Ravensbrück

Barrio
c/o Umweltzentrum
August-Bebel-Str. 16-18
33602 Bielefeld
#18, 2,00 DM
Inhalt: Wagabanda; Stapi-Info; Kein Kommerz auf Megahertz; Totalverweigerer; Weder Richter noch Knäste; Schwarze Tage; Hip Hop Jam '94; Zukunftsmodelle; Großdemo in Dissen; Anatopia; Frau-lesbisch-anarchistisch; Blackbox

Der Rechte Rand
Rolandstr. 16
30013 Hannover
#32, 3,00 DM
Inhalt: V-Männer außer Kontrolle; Fragwürdige Tradition in der BW; Zersetzung beim „Bund freier Bürger"; „Das Parlament"; Zum Abgang Schönhubers; Grauzonen der Republik; Au der LaRouche-Sekte; Saubere Faschisten; Sinnloses WJ-Verbot; Faschisten in Weser-Ems; Schönbom in Dänemark; „Hermannstag" in Hetendorf; Claudia Nolte; Grabert-Verlag; Einblick-Prozeß

Fight the Power
c/o AJF, Roter Buchladen
Rote Str. 10
37073 Göttingen
15
Inhalt: Irmgard Möller ist frei; Zur Demo in Rothenburg; Antifa-Demo in Göttingen; Stoppt den Atomstaat; Festung Deutschland;
Anklage gegen Roten Buchladen; Abschiebestopp aufgehoben; Rausschmeißer im „Post"; Zensur an der IGS

Hinter den Kulissen
Schliemannstr. 23
10437 Berlin
#1/95, 2,00 DM
Inhalt: Bericht aus Potsdam; Knäste in Brandenburg; Nazi-Knasthilfe; „Euthanasie" in der Nazizeit; Flüchtlings-Ini Oberhavel;
FAP in und um Berlin; Gespräch mit einem alten Antifa; Widerstand braucht Öffentlichkeit; Frauen in der NS-Szene;
In der Tradition der Waffen-SS; Alltäglicher Rassismus und Staatsgewalt; REP-Jugend in Berlin-Moabit; Aufstand in Mexiko; Repression in Brandenburg; Mittendrin in Neuruppin; Beat-Street - HipHop - Eddingpower; Tips & Trix; Kurzinfos aus Berlin und Brandenburg

inisiyatif
c/o ADA-Gençlik
Reichenberger Str. 63a
10999 Kreuzberg
#6, 2,00 DM
Inhalt: Neonazis in Brandenburg; Rassismus und Deutschland; Türkische Faschos in Berlin; Essener demo gegen EU; Drogen und Doppelmoral; Buch-Besprechung

Links
Postfach 102 062
63020 Offenbach
#296/297, 10,00 DM
Inhalt: Naher Osten; Kaindl-Prozeß; Parteienlandschaft; Faschismusbegriff - Diskussion; Landesflüchtlingsrat NRW; PDS; Clintons Weg; Brasilien nach den Wahlen

Linksabbieger
c/o Edelweiß-Piraten
Postfach 2337
59256 Beckum
#2
Inhalt: Wahlen '94; PDS; 3. Oktober; Demo in Göttingen; Verbot der WJ; Abschiebeknast; Essener Gegengipfel

Lotta Dura
c/o Amerlinghaus
Stiftgasse 8
A-1070 Wien
#1, 25 Öschis
Inhalt: Bomben gegen Italienisierung; Nachrichten vom Kommers; Femin. Widerstand gegen Männerbünde; Kriminalisierung; Tod des Antifas Harald Hanisch; ; Kundmachung; Medienradau; Bürgerlicher Antifaschismus; Neonaziprozeß in Linz; Panzerfund bei Neonazis; Chronologie der Angriffe; Antifas vor Linzer Gericht; Urteile im Kaindl-Prozeß; Asylpolitik in Österreich

Rabatz
Mainzer Str. 35 HH, 66111 Saarbrücken
#2
Inhalt: Saarländische Flüchtlingspolitik; Neues vom Juz Homburg; VS im Saarland; Horrorshow Schule; 20. Juli - Geschichte wird gemacht; Vegetarismus; Gefährliche „Mitte"; Summerhill-School; Haschisch; Was ist eigentlich Anarchie; Slime; Programm; Mord wird Alltag

Subbotnik
Große Klausstr. 11, 06108 Halle
68, 1,00 DM
Inhalt: Monatsthema PDS; Halle-Seiten; [illegible]topia geräumt, Fascho-Überfall; Brandstiftung; Demo in Quedlinburg; Mexico: Aufstadt der Chiapas; „Die Kommunisten kommen"

Tatblatt
Gumpendorfer Str. 157/11
A-1060 Wien
#27, 15 Öschis
Inhalt: EU-Gipfel in Essen: Neue Zellstoffabrik; Osttimor; Rettung des Autos; Kurznachrichten; Behinderte in der Gesellschaft; Frauen ins Heer?; Aktion gegen Abschiebung; Faschos in der Arena; Kaindl-Prozeß; Buchbesprechung; Böhse Onkelz

Widerstand
Postfach 101 117, 17019 Neubrandenburg
#1
Inhalt: Druchsuchung des AJZ Neubrandenburg; Tiefflüge in Mecklenburg-Vorpommern; Flucht eines Briten aus Schwerin; Gegen die EU-Tagung; Papier zu Männern und Schwulen; Hausbesetzung in Schwerin; Brief der ÖDP + Antwort; Hogefeld-Prozeß

Antifa-Kontaktadressen

Folgende Adressen sind die offiziellen Anschriften von Antifagruppen, hauptsächlich aus der Bundesrepublik. Falls bestimmte Adressen fehlen, können sie uns zugesandt werden, wir werden sie dann in einigen Monaten gesondert als Zusatz veröffentlichen. Die hier abgedruckten Adressen sind nach Postleitzahlen sortiert. Aus Platzgründen haben wir nur die Gruppen innerhalb der Postleitzahl-Bereiche 0 bis 6 aufgenommen, Die PLZ-Bereiche 7 bis 9 kommen in der nächste Ausgabe.
In der übernächsten Nummer der **Was geht ab?** wird es eine Auflistung von Kontaktadressen rechtsextremer Organisationen und Parteien geben.

PLZ-Bereich 0...:			
01099	Dresden	AJF Dresden	c/o Infoladen Schagloch, Kamenzer Str. 17
01099	Dresden	Venceremos	c/o Infoladen Schlagloch, Kamenzer Str. 17
01283	Dresden	Antifa-Jugend Dresden-Ost	Postfach 192 529
01589	Oelsnitz	Aktionsgruppe Jugend	Postfach 96
02752	Zittau	Antifa Zittau	Postfach 83
03046	Cottbus	EPIs Cottbus	Straße der Jugend 155
03172	Guben	EPIs Guben *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
04277	Leipzig	AJF Leipzig ***	Bernhard-Göring-Str. 152
04277	Leipzig	Frente-Redaktion	c/o AJF, Bernhard-Göring-Str. 152
04668	Grimma	EPIs Grimma	Postfach 412
06108	Halle	Antifa Halle	Große Klausstr. 10/11
06108	Halle	EPIs Halle	c/o Infoladen, Kellnerstr. 10a
0[illegible]3	Ballenstedt	Maulwurf Haqu	Postfach 42
06844	Dessau	Antifa-Jugend Dessau	c/o Junge Linke, Stiftstr. 10
07407	Rudolstadt	EPIs Rudolstadt *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
07745	Jena	AJF Jena	Postfach 480
08527	Plauen	Antifaschistische Aktion ****	c/o Infoladen, Thiergartener Str. 4
09130	Chemnitz	Antifa Chemnitz	c/o Krititsche BürgerInnen, Postfach 247
09130	Chemnitz	Chemnitz gegen Nazis	c/o Jusos, Dresdner Str. 38
PLZ-Bereich 1...:			
10115	Berlin	Schwule Antifa	c/o Ackerkeller, Ackerstr. 12 HH
10115	Berlin	IVVdN	Chausseestr. 29
10243	Berlin	Antifa-Redaktion	Franz-Mehring-Platz 1
10405	Berlin	Bündnis Prenzlauer Berg	c/o Baobab, Winsstr. 53
10437	Berlin	Hinter den Kulissen...	Schliemannstr. 23
10502	Berlin	Antifa-Ini Moabit ***	Postfach 210 235
10555	Berlin	Juckreiz	Jagowstr. 12
10587	Berlin	Asta TU Antifa-Referat	Marchstr. 6
10777	Berlin	Frey-Komitee	c/o Berliner Mietverein, Spichernstr. 12
10827	Berlin	F.e.l.S. ****	c/o LAZ, Crellestr. 22
10833	Berlin	Was geht ab?	Postfach 110 331
10961	Berlin	Antifa-Regionalgruppe	Gneisenaustr. 2a
10961	Berlin	AJF Berlin **	Gneisenaustr. 2a
1[illegible]1	Berlin	Antifa Jugendinfo BRD	Gneisenaustr. 2a
10961	Berlin	Antifa Infoblatt ***	Gneisenaustr. 2a
10961	Berlin	EPIs Berlin *	Gneisenaustr. 2a
10965	Berlin	ZAG-Redaktion	c/o ARI, Yorckstr. 59 HH
10965	Berlin	Antirassistische Initiative	Yorckstr. 59 HH
10967	Berlin	Berliner Berichte	c/o GNN, Dieffenbachstr. 33, III. Hof, Eingang C
10969	Berlin	Kiez-Treff Kreuzberg	c/o Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1
10971	Berlin	Lupe	Postfach 360 123
10997	Berlin	Antifa-Pressearchiv ***	Falckensteinstr. 46
10997	Berlin	RAI ****	c/o M.99, Manteuffelstr. 96
10999	Berlin	ADA Gençlik	Reichenberger Str. 63a
10999	Berlin	Inisiyatif	Reichenberger Str. 63a
10999	Berlin	FARA ****	c/o Nachladen, Waldemarstr. 36
10999	Berlin	Antifa A+P ****	c/o Nachladen, Waldemarstr. 36
12049	Berlin	Antifa-Café Potzblitz	Weisestr. 53
12053	Berlin	VVN Berlin	Boddinstr. 64
12437	Berlin	Antifa Treptow	Begegnungsstätte PRO, Kiefholzstr. 275
12555	Berlin	Junge AntifaschistInnen	Alt-Kauldorf 43
12685	Berlin	AJA Marzahn	Alt-Marzahn 64
13359	Berlin	Antifa-Café Weddng	Osloer Str. 12
14195	Berlin	Asta FU Antifa-Referat	Kiebitzweg 23
14473	Potsdam	Metropolis-Archiv	Leipziger Str. 60
14712	Rathenow	EPIs Rathenow *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
14790	Ziesar	EPIs Rojo Estella *	Postfach 1104
14806	Belzig	Blink e.V.	Postfach 10 / 11
16259	Bad Freienwalde	Antifa	Jugendclub Fourty-Nine, Karl-Weise-Str. 30

16503	Oranienburg	Antifa Oranienburg	Postfach 110 354
16761	Hennigsdorf	EPIs Hennigsdorf *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a
18057	Rostock	JRE	Doberaner Str. 6
19007	Schwerin	Antifa Schwerin	Postfach 010 725
19311	Wittenberge	EPIs Wittenberge-Perleberg *	Postfach 1120
PLZ-Bereich 2...:			
20146	Hamburg	Hochschul-Antifa	Van-Melle-Park 5
20146	Hamburg	Antifa-Bündnis Hamburg	c/o Hochschul-Antifa, Van-Melle-Park 5
20357	Hamburg	Antirassistisches Telefon	c/o Haus für Alle, Amandastr. 58
20357	Hamburg	Antifa Ulzburg	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Antifa Walddörfer	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	AJF Hamburg / AJF-Versand **	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Antifa Eimsbüttel	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Bundesweites Antifatreffen	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Antifa Quickborn	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Antifa Dulsberg/Barmbek	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	AJF Mölln **	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Antifa Niendorf	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Autonome Männer-Antifa ***	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Antifa Fula	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20357	Hamburg	Antifa-Info Segeberg u.a.	c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
20359	Hamburg	VVN/BdA Hamburg	Hein-Hoyer-Str. 41
21255	Tostedt	Antifa Buxtehude	c/o Antifa-Organisation, Postfach 1144
21255	Tostedt	AJF Tostedt	Postfach 021 248
21502	Geesthacht	Antifaschistische Aktion	c/o Schwarzmarkt, Rathausstr. 44
22765	Hamburg	Hamburger AK Asyl	Nernstweg 32
22767	Hamburg	Millerntor Roar!	Thadenstr. 94
22767	Hamburg	Antirassismus-AG	c/o PDS/Linke Liste, Palmaille 24
22767	Hamburg	Volksfront gegen Faschismus	Palmaille 24
22767	Hamburg	Lokalberichte Hamburg	c/o GNN-Verlag, Palmaille 24
22941	Bargeteheide	Antifa Bargtheide	c/o Autonomes JH, Lübecker Str. 47-49
23554	Lübeck	AJF Lübeck **	c/o Alternative, Willy-Brandt-Allee 9
23554	Lübeck	AZ-Redaktion	c/o Alternative, Willy-Brandt-Allee 9
23554	Lübeck	Lübecker Bündnis	c/o Alternative, Willy-Brandt-Allee 9
23554	Lübeck	Unabhängige Antifa Lübeck	c/o Infoladen Assata, Schwartauer Allee 35-42
24118	Kiel	Autonome Infogruppe	Schweffelstr. 6
24118	Kiel	Atze Redaktion ***	Schweffelstr. 6
24211	Preetz	Antifa Preetz	„Im Laden", Mühlnau 10
24768	Rendsburg	Jugendinfo-Gruppe	c/o Infoladen Theprax, Postfach 506
24768	Rendsburg	Land-Unter-Redaktion	c/o Infoladen Theprax, Postfach 506
24768	Rendsburg	Antifa Rendsburg	Postfach 506
24937	Flensburg	Antifa-AG PDS	c/o Tigerberg, Heiligengeistgang 9
24943	Flensburg	Antifa-Telefon	c/o Infoladen, Hafermarkt 6
24943	Flensburg	Antifa Flensburg	c/o Infoladen, Hafermarkt 6
24943	Flensburg	Antifa-Jugend	c/o Infoladen, Hafermarkt 6
24943	Flensburg	Eichen sollst du fällen	c/o Infoladen, Hafermarkt 6
25813	Husum	Antifa Husum	Hafenstr. 17
26135	Oldenburg	AJF Aurich **	c/o Alhambra, Hermannstr. 83
26135	Oldenburg	AJF Oldenburg **	c/o Alhambra, Hermannstr. 83
26506	Norden	Antifa Norden	c/o AKU, Bahnhofstr./ehem. Güterbahnhof
26538	Aurich	Antifaschistische Akion	Postfach 1328
26603	Aurich	EPIs Aurich/Großefehn *	c/o Blende, Von-Jhering-Str. 15
26725	Emden	Antifa Emden	Postfach 1726
27376	Scheeßel	Antifa Rotenburg/Scheeßel	Postfach 1221
27568	Bremerhaven	Antifa Fishtown	c/o Der andere Buchladen, Sonnenstr. 8
27568	Bremerhaven	WatWurm-Redaktion	c/o Der andere Buchladen, Sonnenstr. 8
27568	Bremerhaven	JRE Leherheide	c/o Roter Sand, Karlsburg 9
27753	Delmenhorst	Infotelefon Delmenhorst	c/o Album, Oldenburger Str. 13
27753	Delmenhorst	Autonome Antifa	c/o Album, Oldenburger Str. 13
27753	Delmenhorst	Antifa-Jugend Delmenhorst	c/o Album, Oldenburger Str. 13
28195	Bremen	Antifa-Café	Buchtstr. 14/15
28203	Bremen	Antifaschistisches Komitee	c/o Infoladen, St. Paulistr. 10-11
28203	Bremen	Antifaschistische Aktion	c/o Infoladen, St. Paulistr. 10-11
28203	Bremen	Antifa-Jugend Bremen	c/o Infoladen, St. Paulistr. 10-11
28203	Bremen	Anti-Rassismus-Büro	Sielwall 38
28203	Bremen	Fight-Racism-Redaktion	c/o Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38
28203	Bremen	GegenInformation-Redaktion	c/o Anti-Rassismus-Büro, Sielwall 38
29205	Celle	Antifaschistischer AK	c/o Celler Zündel, Postfach 1591
29386	Hankensbüttel	Antifa Wittingen	Postfach1104

29403	Salzwedel	Antifa Salzwedel	Postfach 202
29614	Soltau	Antifaschistische Aktion	Postfach 1116
29664	Walsrode	Antifa-Initiative	c/o Grüne Stube, Worth 16
PLZ-Bereich 3...:			
30013	Hannover	Der Rechte Rand Redaktion	Postfach 1324
30161	Hannover	VVN Niedersachsen	Rolandstr. 16
30167	Hannover	Antifa Hannover	c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
30167	Hannover	Uni-Antifa	c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
30167	Hannover	Antifa-Palaver	c/o Infoladen, Kornstr. 28-30
30167	Hannover	ARAG	c/o Infoladen, Kornstr. 28-30
30167	Hannover	Sprengel-Antifa	Schaufelder Str. 33
30167	Hannover	Die ERNAS	Schaufelder Str. 33
30449	Hannover	VIJN	Kondordiastr. 4
30851	Langenhagen	EPIs Langenhagen *	c/o Haus der Jugend, Langenforther Platz 1
31003	Elze	SchülerInnen gegen Nazis	Postfach 1310
31303	Burgdorf	Antifa Burgdorf	c/o Falkenhaus, Mittelstr. 6
31785	Hameln	Antifa Hameln	c/o Sumpfblüte, Am Stockhof 2a
32051	Herford	Antifa-Café Herford *	c/o Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22
32257	Bünde	Antifa Bünde	c/o Villa Kunterbunt, Winkelstr. 14
32756	Detmold	Antifa Detmold	c/o Alte Pauline, Bielefelder Str. 3
32791	Lage	ANS	Postfach 1201
32805	Horn-Bad Meinberg	c/o Alte Post	Bahnhofstr. 2
33330	Gütersloh	Netzwerk GT ***	Bogenstr. 1-8
33330	Gütersloh	EPIs Versmold *	c/o Netzwerk GT, Bogenstr. 1-8
33[illegible]0	Gütersloh	Internationale Jugend	c/o Alte Weberei, Bogenstr. 1-8
33257	Bünde	Autonome Antifa ****	c/o Villa Kunterbunt, Winkelstr. 14
33378	Rheda-Wiedenbrück	Weiße Rose	Postfach 1503
33378	Rheda-Wiedenbrück	Antifa Rheda	Postfach 1142
33378	Rheda-Wiedenbrück	Antifa Rheda-Wiedenbrück	c/o JuKs, Berliner Str. 57
33511	Bielefeld	Antifa-Referat	c/o Asta, Postfach 101 113
33602	Bielefeld	Antirassismus-AG	c/o Dritte-Welt-Haus, August-Bebel-Str. 62
33607	Bielefeld	Antifa-Ladentag	c/o Infoladen, Heeperstr. 132
33607	Bielefeld	Jugend-Antifa Bielefeld **	c/o Infoladen, Heeperstr. 132
33607	Bielefeld	Unabhängige Antifa ****	c/o Infoladen, Heeperstr. 132
33615	Bielefeld	Antifa West ***	c/o BI Bürgerwache, Rolandstr. 16
33813	Oerlinghausen	Antifa Oerlinghausen	Hauptstr. 32
34117	Kassel	Antifa Infogruppe ***	c/o Autonomes Zentrum, Sickingenstr. 10
34117	Kassel	Antifa-Café	c/o Autonomes Zentrum, Sickingenstr. 10
34119	Kassel	AK Neue Rechte	c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18
34369	Hofgeismar	Antifa Hofgeismar	c/o Jugendzentrum, Am Mühlentor 1
35037	Marburg	Roja	c/o Café am Grün, Am Grün 28
35037	Marburg	AJF Marburg	c/o Café am Grün, Am Grün 28
35037	Marburg	Antifa Marburg	c/o Infoladen, Metzgergasse 1 b
35037	Marburg	Fantifa	c/o Frauen/Lesben-Referat, Erlenring 5
3[illegible]0	Gießen	Antifa Gießen	c/o Infoladen, Südanlage 20
35664	Dillenburg	JRE Dillenburg	Postfach 1414
36225	Bad Hersfeld	Antifa Bad Hersfeld	Postfach 1528
37073	Göttingen	Politischer Arbeitskreis **	c/o Buchladen, Rote Str. 10
37073	Göttingen	AJF Göttingen **	c/o Buchladen, Rote Str. 10
37073	Göttingen	Antifa Colours Arolsen	c/o Buchladen, Rote Str. 10
37073	Göttingen	Autonome Antifa (M) ****	c/o Buchladen, Rote Str. 10
37073	Göttingen	Verein zur Förderung von Kultur	c/o Grünes Zentrum, Geiststr. 1
37073	Göttingen	Göttinger Drucksache-Red.	Geiststr. 1
37073	Göttingen	SB-Antifa ***	c/o Asta, Goßlerstr. 16a
37154	Northeim	AJF Northeim	Postfach 1613
37574	Einbeck	EPIs Einbeck *	Postlagerkarte 068 209 D
37574	Einbeck	Antifa-Jugend Einbeck **	c/o Roadrunner, Hullerser Str. 3 b
37574	Einbeck	Spotlight	c/o Roadrunner, Hullerser Str. 3 b
37603	Holzminden	Hasselbach-Piraten *	c/o 3.-Welt-Laden, Johannisstr. 1
37671	Höxter	Weserpiraten *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
38106	Braunschweig	Antifaschistische Jugend ****	c/o Asta TU, Katharinenstr. 1
38106	Braunschweig	Infoblatt Braunschweig	c/o Asta TU, Katharinenstr. 1
38118	Braunschweig	Jugend-Antifa-Aktion **	Cyriaksring 55
38118	Braunschweig	Antifa-Plenum	Cyriaksring 55
38440	Wolfsburg	Antifa Wolfsburg	Jugendzentrum Mitte, Schachtweg 31a
38518	Gifhorn	Antifa Gifhorn	c/o Haus der Jugend, Ludwig-Jahn-Str. 12
38610	Goslar	Antifa-Jugend / EPIs Goslar */**	Postfach 2012
38804	Halberstadt	EPIs Halberstadt *	Postfach 321
39108	Magdeburg	EPIs Magdeburg *	c/o JWP, Immermannstr. 30
39108	Magdeburg	Antifa-Jugend	c/o JWP, Immermann-str. 30

39108	Magdeburg	Subito-Redaktion	c/o JWP, Immermannstr. 30
39108	Magdeburg	Café Piranha	Otto-von-Guericke-Str. 55
PLZ-Bereich 4...:			
40225	Düsseldorf	Arbeitsstelle Neonazismus	FB Sozialwesen GB.24.21, Universitätsstr. 11
40225	Düsseldorf	Uni-Antifa ***	c/o Asta der Uni, Universitätsstr. 11
40231	Düsseldorf	Aktion Kaktus	c/o Türkeizentrum, Erkrather Str. 279
40239	Düsseldorf	TERZ	Mulvanystr. 38
40474	Düsseldorf	Antifa-Referat	c/o Asta der FH, Georg-Glock-Str. 15
40474	Düsseldorf	Autonome Antifa	c/o Asta der FH, Georg-Glock-Str. 15
40764	Langenhagen	ALI	c/o Jugendzentrum, Fröbelstr. 17
40878	Ratingen	Antifa Ratingen	c/ ASH, Philippstr. 30a
42105	Wuppertal	Antifaschistische Aktion ***	c/o Infoladen, Brunnenstr. 41
42105	Wuppertal	Antifa-NRW-Zeitung Redaktion ***	c/o Infoladen, Brunnenstr. 41
42579	Heiligenhaus	Antifa Heiligenhaus	c/o Zivi-Teestube, Hauptstr. 189
42609	Solingen	Antifa-Café Solingen	c/o Café International, Klemens-Horn-Str. 3
42929	Wermelskirchen	Antifa Wermelskirchen	c/o AJZ Bahnhdamm, Wolfshagener Str. 11
44137	Dortmund	Antifa Dortmund-Nord	c/o Buchladen Taranta Babu, Humboldtstr. 44
44137	Dortmund	Antifa-Café Dortmund-Nord	c/o Buchladen Taranta Babu, Humboldtstr. 44
44145	Dortmund	Ruhrgebiets-Info	c/o Infoladen Dortmund, Braunschweiger Str. 22
44789	Bochum	Autonome Antifa	c/o GI, Düppelstr. 35
44801	Bochum	Notstand	Universitätsstr. 150
44894	Bochum	Die kleinen Strolche	c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108
45130	Essen	Antifaschistische Aktion	c/o Freiraum, Matildenstr. 19
45145	Essen	Autonome Antifa	c/o APO-Jugendhaus, Mülheimer Str. 68
45145	Essen	Antifa-Café Essen	c/o APO-Jugendhaus, Mülheimer Str. 68
45230	Essen	EPIs Essen *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
46049	Oberhausen	Antifa-Jugend Oberhausen	Goebenstr. 51
46049	Oberhausen	Ruhrgebiets-Info Redaktion	c/o Druckluft, Am Förderturm 27
46049	Oberhausen	Fantifa Oberhausen	c/o Druckluft, Am Förderturm 27
46395	Bocholt	Antifa Bocholt	c/o Blaubär, Postfach 1425
47057	Duisburg	Antifa Duisburg	c/o Fabrik, Grabenstr. 20
47057	Duisburg	Antifa-Café Duisburg	c/o Fabrik, Grabenstr. 20
47906	Kempen	Jugend-Antifa Niederrhein	Peterstr. 16
48151	Münster	Schwarze Hand	c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57
48153	Münster	Freitagsgruppe	c/o Bankrott, Dahlweg 64
48155	Münster	Hurly-Burly	c/o Versteck, Leerer Str. 5
48268	Greven	Jugend gegen Rechts	c/o Linse, Kirchstr. 1
48683	Ahaus	Antifaschistische Aktion	Postfach 1632
48683	Ahaus	Regionalkonferenz Antifa	Postfach 1632
49002	Osnabrück	Antifa-Archiv Osnabrück	Postfach 1211
49074	Osnabrück	Antifa-Jugend Osnabrück	Alte Münze 12
49074	Osnabrück	Antifa-Café Osnabrück	Alte Münze 12
49074	Osnabrück	Antifa-Plenum	Alte Münze 12
49074	Osnabrück	Antifanti	Alte Münze 12
49074	Osnabrück	Frauen-Antifa Osnabrück	Alte Münze 12
PLZ-Bereich 5...:			
50259	Pulheim	Antifa Pulheim	c/o Pogo, Hinterm Hallenbad
50672	Köln	Krass ***	Ludolf-Camphausen-Str. 36
50672	Köln	Antifa-Café ***	Ludolf-Camphausen-Str. 36
50674	Köln	Volksfront gegen Faschimus	Zülpicher Str. 7
50674	Köln	Antifaschistische Nachrichten	c/o GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7
50776	Köln	Jugend gegen Rassismus	Postfach 300 629
50825	Köln	JRE Köln	c/o Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429
51105	Köln	Antifa-Stadtteilkoordination ****	Taunusstr. 12a
51105	Köln	Antifa-Treff	Taunusstr. 12a
51373	Leverkusen	Antifaschistische Aktion	Hauptstr. 118
51373	Leverkusen	Antifa-Café Themroc	Hauptstr. 118
52062	Aachen	JRE Aachen	Pontstr. 41
52428	Jülich	Antifa Jülich	c/o Arbeitslosenzentrum, Berliner Str. 1
52428	Jülich	Antifa Infobüro	c/o Arbeitslosenzentrum, Berliner Str. 1
53037	Bonn	Blick nach Rechts	Schumannstr. 2 b
53111	Bonn	Amnesty International	Heerstr. 178
53111	Bonn	Antifa Bonn/Rhein-Sieg ****	c/o Büro für Kulturarbeit, Flornetiusgraben 25
53111	Bonn	AJF Bonn	c/o Büro für Kulturarbeit, Flornetiusgraben 25
53111	Bonn	Autonome Antifa REM *	c/o Le Sabot Abt. 7, Breite Str. 76
53111	Bonn	EPIs Bonn *	c/o Le Sabot Abt. 3, Breite Str. 76
53111	Bonn	AFFRO der Antifa REM	c/o Le Sabot, Breite Str. 76
53111	Bonn	Piranhas	c/o Le Sabot, Breite Str. 76
53572	Heister	EPIs Heister *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a,10961 Berlin

53879	Euskirchen	Autonome Gruppe Rheinbach *	c/o Störtebeker, Viktoriastr. 2
53879	Euskirchen	Aktion "Stoppt Nazi-Zeitungen"	c/o Störtebeker, Viktoriastr. 2
53879	Euskirchen	Forum L	c/o Störtebeker, Viktoriastr. 2
53879	Euskirchen	Antifa-Café Störtebeker	Viktoriastr. 2
54290	Trier	Antifa Trier	c/o Infoladen, Eberhardtstr. 28
54290	Trier	Multikulturelles Zentrum	Gervaniusstr. 2
55128	Mainz	Antifa-Café Mainz	c/o Haus Mainusch, Staudinger Weg 2-3
55206	Ingelheim	Jugend-Antifa Ingelheim	Postfach 1317
55283	Nierstein	Antifa Nierstein	Pestalozzistr. 1
56075	Koblenz	AJF Koblenz	c/o Asta der FH, Hopo-Referat, Am Finkenherd 4
56075	Koblenz	AJF Höhr-Grenzhausen **	c/o Asta der FH, Hopo-Referat, Am Finkenherd 4
56075	Koblenz	Antifa Koblenz ***	c/o Asta der FH, Hopo-Referat, Am Finkenherd 4
56075	Koblenz	Antifa Hochschulreferat	c/o Asta der FH, Hopo-Referat, Am Finkenherd 4
56075	Koblenz	Alabande	c/o Asta der FH, Hopo-Referat, Am Finkenherd 4
56745	Bell	Antifa Cochem-Simmern	c/o Bellevue-Stammtisch, Hauptstr. 7
57629	Stein-Wingert	Autonomia *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
58507	Lüdenscheid	c/o Bündnis 90 / Grüne	Bahnhofstr. 44
58675	Hemer	JRE Hemer	c/o Juz 205, Hauptstr. 205
59256	Beckum	EPIs Beckum/Oelde u.a. *	Postfach 2337
59494	Soest	EPIs Soest *	c/o Alter Schlachthof, Vor dem Ulrichtertor 4
59609	Anröchte	EPIs Anröchte *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
PLZ-Bereich 6...:			
60016	Frankfurt/M.	Pro Asyl	Postfach 101 843
60313	Frankfurt/M.	Jugend-Antifa Frankfurt	c/o Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5
60[illegible]3	Frankfurt/M.	Studienkreis Dt. Widerstand	Rossertstr. 9
60486	Frankfurt/M.	Antifa G	c/o Juz Bockenheim, Varrentrappstr. 38
60486	Frankfurt/M.	Antifa Frankfurt	c/o Juz Bockenheim, Varrentrappstr. 38
60486	Frankfurt/M.	AGF	Jungstr. 13
60487	Frankfurt/M.	Ernie + Bert	c/o Café Exzess, Leipziger Str. 91
60487	Frankfurt/M.	Antifaschistisches Telefon	c/o Café Exzess, Leipziger Str. 91
60487	Frankfurt/M.	Antifa U	c/o Café Exzess, Leipziger Str. 91
60487	Frankfurt/M.	Antifa-Café Frankfurt	c/o Café Exzess, Leipziger Str. 91
60487	Frankfurt/M.	Antifa-Info Frankfurt Redaktion ***	c/o B. Becker, Leipziger Str. 91
61250	Usingen	EPIs Usingen *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
61476	Kronberg	Antifa-Café Kronberg	Juzkeller der Grundschule, Katharinenstr. 1
63019	Offenbach	AJF Offenbach	c/o Tucholsky-Buchladen, Postfach 101 909
63019	Offenbach	AJF Heusenstamm	c/o Tucholsky-Buchladen, Postfach 101 909
64295	Darmstadt	Autonomes Aktionskomitee	Binger Str. 10
65187	Wiesbaden	Antifa Wiesbaden	Erich-Ollenhauer-Str. 51
65195	Wiesbaden	Bildung- + Soliwerk Seghers	Werderstr. 8
65195	Wiesbaden	Antifa Mainz/Wiesbaden ****	c/o Infoladen, Werderstr. 8
65195	Wiesbaden	Jugendantifa Wiesbaden	c/o Infoladen, Werderstr. 8
65404	Rüsselsheim	Antifa X Groß-Gerau	Postfach 1461
66111	Saarbrücken	Antifa-Nachrichten Saar	c/o Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2
6[illegible]	Saarbrücken	Antifa-/Antirassistisches Telefon	Postfach 100 202
66111	Saarbrücken	Rabatz - Saaarländ. Jugendzeitung	Mainzer Str. 35
66123	Saarbrücken	Autonome Antifa	c/o Autonomen-Zentrum, Brauerstr. 39
66674	Losheim	Aktion 3. Welt	Merzig-Wadern, Weiskircher Str. 24
67152	Ruppertsberg	EPIs Ruppertsbg./Deideshm. *	Postfach 7
67454	Haßlach	Blaubär	Am Rathausplatz 5
67655	Kaiserslautern	EPIs Tacheles *	c/o VVN/BdA, Lutrinastr. 6
67657	Kaiserslautern	Antifa-Jugend Kaiserslautern	c/o EPI-Zentrum, Ottostr. 8
68070	Mannheim	Antifa Mannheim	c/o Juz, Postfach 121 965
69036	Heidelberg	EPIs Nordbaden *	Postfach 104 671
69154	Wiesloch	Antifa Wiesloch/Walldorf	Postfach 1311

Anmerkungen: * = Stamm der Edelweiß-Piraten, ** = Mitglied der AJ/BZ, *** = Gruppe des Bundesweiten Antifatreffens, **** = AA/BO

Index der #3

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte